

Bezugspreis:

Für den Monat August 60.— M.
vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, Saar- und
Rheinlandgebiet, sowie Ostpreußen
und Westpreußen 120.— M., für das übrige
Europa 150.— M., für die übrigen
Länder 180.— M. Postbestellungen
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-
land, Estland, Finnland, Frankreich,
Griechenland, Italien, Jugoslawien,
Lettland, Litauen, Luxemburg, Ost-
preußen, Schweden, Schweiz, Tschecho-
slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, die Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleinrentner“
erscheint wochentäglich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die einseitig vollzogene Anzeigen-
preise sind: 1. Zeilenpreis 125.— M.
„kleine Anzeigen“ das fertige Blatt
Wort 7.— M. (schliefen zwei Zeilen-
breite Wort), jedes weitere Wort
6.— M. Stellenangebote und Schul-
stellenanzeigen das erste Wort 4.— M.,
jedes weitere Wort 3.— M. Worte
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-
nenten 10.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptpostamt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Bestimmt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Dandoff 292-295
und 2506-2507

Sonntag, den 27. August 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-
Abteilung: Dandoff 2506-2507

Erste Maßnahmen des Reichs.

Gestern, Sonnabend vormittag, fand unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten ein Ministerrat statt, an dem alle Reichsminister bzw. in ihrer Vertretung die Staatssekretäre und auch ein Vertreter Preußens teilnahmen. Gegenstand der Beratung war die innere Lage des Reiches, namentlich die durch die Geldentwertung der letzten Wochen verschärfte Teuerung und die daraus für das Reich und die Bevölkerung für den kommenden Winter drohenden Schwierigkeiten.

Zur Einleitung regte der Reichskanzler an, daß bis zu der auf morgen, Montag, anberaumten Verhandlung der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten und Innenministern der Länder die hauptsächlich dazu berufenen Reichsressorts fertige Vorschläge ausarbeiten möchten, mit denen der drohenden Krisis in der Ernährung und Wirtschaft unseres Volkes entgegengewirkt werden könnte.

In der sich anschließenden Aussprache gaben die Vertreter der Ressorts ein Bild der Lage innerhalb ihres Aufgabekreises und erörterten die Möglichkeiten gesetzgeberischen oder verwaltungsmäßigen Vorgehens. Auf dem Gebiet des allgemeinen Wirtschaftslebens sind vom Reichskabinett zur

Verringerung des Bedarfs an Einfuhrdevisen bereits Beschränkungen in der Einfuhr von Luxusgegenständen beschlossen; ferner werden Erhöhungen der Ausfuhrabgabe in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Es sind Maßnahmen in Vorbereitung, um die reine Devisenspekulation durch eine periodisch erfolgende nachträgliche Kontrolle der vollgogenen Devisengeschäfte zu unterbinden, ohne daß durch diese Maßregel der für den Geschäftsverkehr notwendige Devisenhandel behindert werden soll. Ob auf dem Gebiete des Geldwesens und der Währungsreform, insbesondere im inneren Geldmarkt, noch weitere Maßnahmen getroffen werden können, wird geprüft.

Der besonders wichtigen

Sicherstellung der Volksernährung

sollen folgende Maßnahmen dienen: Die angebotene Regelung der Kartoffelversorgung für den Winter wird durch nachdrückliche Förderung des Vertragsabschlusses zwischen Erzeugern und Verbrauchern weiter verfolgt werden. Die Verwertung von Kartoffeln in den Brennerien wird auf das mit Rücksicht auf die Viehhaltung (Schlempefuttermittel) gebotene Mindestmaß beschränkt. Durch geeignete Maßnahmen wird eine

saubere Verteilung des Zuckers

im nächsten Wirtschaftsjahr herbeigeführt werden; die Verwendung von inländischem Zucker zur Herstellung von Trinktbranntwein wird verboten, zur Herstellung von Süßigkeiten weitgehend eingeschränkt. In Aussicht genommen ist ferner nach Einvernehmen mit den Ländern ein Verbot der Herstellung starker Biere. In der angesichts der hohen Fleischpreise besonders wichtigen Frage der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen soll auf eine genügende Versorgung der Hochseefischerei mit deutscher Kohle hingewirkt werden; das würde gleichzeitig ermöglichen, ein Verbot des Fischens in fremden Häfen an deutsche Fischdampfer und ein Ausfuhrverbot für Seefische zu erlassen.

Dem ärgernisgebenden und widerlichen Treiben in den

Schlemmergaststätten

und in manchen Vergnügungsorten muß Einhalt geboten werden; es ist Aufgabe der Länder und Gemeinden, durch Steuern und sonstige durchgreifende Maßnahmen diesem wachsenden und beschämenden Unfug entgegenzutreten. In Preußen ist bereits eine Verfügung vorbereitet, dahin, daß bei Behandlung von neuen Konzessionsgesuchen für Schanklokale das Bedürfnis grundsätzlich vorzuziehen ist.

Auf dem Gebiet der Fürsorge für die notleidende Bevölkerung sind vor allem verstärkte

Hilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene, Sozial- und Kleinrentner

eingeleitet. Die Teuerungszuschüsse für bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind mit Wirkung vom 1. August 1922 erhöht worden und erhöhen sich ab 1. September 1922 um durchschnittlich weitere 66% Proz. Die Hauptfürsorgestellen sind ferner ermächtigt, für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Wintervorräte vorschußweise zu beschaffen. Auch die Mittel der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind verdoppelt, für Kleinrentner steht das gleiche bevor. Die Bezüge der Sozialrentner sind erst vor kurzem verbessert worden; Verhandlungen über weitere Hilfsmaßnahmen stehen vor dem Abschluß. Um eine bessere und sparsame Ernährung besonders bedürftiger Volksteile zu ermöglichen, soll der Ausbau und die Erweiterung der Volks-, Kinder- und Studenten-speiseanstalten soweit wie irgend möglich angestrebt werden.

Auf dem Gebiete des Transportwesens hat die Reichsbahnverwaltung alle Vorbereitungen getroffen, um für den Winter einen möglichst geregelten Abtransport der Kohlen, der Kartoffeln und des Getreides zu sichern; der Lokomotivbestand ist gegen das Vorjahr etwas, der Bestand an Güterwagen erheblich vermehrt. Es bestand im Ministerrat Einmütigkeit darüber, daß die Ueberretung der bestehenden und der neu hinzukommenden im Interesse des Volksganzen erlassenen Verbote unter

schärfe Strafen,

insbesondere unter Gefängnisstrafen gestellt werden müßte.

Das Reichskabinett ist entschlossen, in Erkenntnis der Gefahren, denen bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage weite Bevölkerungsschichten ausgesetzt sein würden, mit schnellen und umfassenden vorbeugenden Maßnahmen einzugreifen. Die in der Sitzung des Ministerrats vorbereiteten und hier skizzierten Absichten der Reichsregierung werden am Montag mit den Vertretern der Länder durchberaten, nach ihren Anregungen eventuell erweitert und unmittelbar durchgeführt werden.

Die Maßnahmen der Reichsregierung, wie sie im vorstehenden Communiqué angekündigt werden, sind beachtliche Anfänge zur Durchführung eines Wirtschaftsprogramms, das die schwierigsten Nahrungssorgen für den Winter von den betroffenen Kreisen, insbesondere von den Sozialrentnern abwendet soll. Aber es sind erst Anfänge. Zu begrüßen ist es, daß man ohne Vorurteile die Vorschläge der Gewerkschaften mit aller gebotenen Beschleunigung geprüft und in der Tat positive Maßnahmen ins Auge gefaßt hat. Um nur auf einige, noch dringende einer weitergehenden Regelung bedürftige Punkte hinzuweisen, sei hervorgehoben: Es genügt nicht, dem Unwesen der Schlemmerei durch Steuern entgegenzutreten, es muß auch die Zuckerversorgung bereits bei der Einfuhr richtig organisiert sein, um zu verhindern, daß ausländischer mit inländischem Zucker zusammen in den Versorgungsmarkt kommt und daß in Wirklichkeit der Auslandspreis des Zuckers maßgebend wird. Auch die Kartoffelversorgung müßte noch strenger organisiert werden, vor allem, um zu verhindern, daß eine unnötige Belastung der Eisenbahnen eintritt, welche die Gesamtversorgung mit Lebensmitteln nachteilig beeinflussen würde. Schließlich aber muß noch mehr, als in den kurzen Andeutungen der Regierung zum Ausdruck kommt, für die Kriegsinvaliden und -hinterbliebenen sowie für die Sozialrentner gesorgt werden. Eine Erhöhung der Papiermarkbezüge nützt hier wenig — sie ist meist schon entwertet, ehe die Zahlung erfolgt. Man müßte unter allen Umständen eine Hilfe durch Lieferung von Lebensmitteln in großzügigster Weise organisieren und mit Hilfe der von den großen Organisationen schon gebildeten oder noch zu bildenden Bezugsvereinigungen in ähnlicher Weise wie bei der Kartoffelversorgung eine Gewähr dafür schaffen, daß die Vermittler der Armen, die Hilfsbedürftigsten der Hilfslosen wenigstens etwas zu essen bekommen. Ohnehin sind sie schwer genug davon betroffen, daß sie durch die Geldentwertung ihrer mühsam erarbeiteten oder im Kriegsdienst mit Lebensgefahr und körperlichen Schäden verdienten Bezüge so gut wie enteignet worden sind.

Ernsteste Arbeit tut not. Wir begrüßen die Anfänge, möchten aber wünschen, daß auf dem Wege entschieden weitergegangen wird. Weite Volksteile sind von höchster Not bedroht.

Kompromißmöglichkeit?

Paris, 26. August, 9 Uhr abends. (EE.) Ueber die heutige Nachmittags-Sitzung der Reparationskommission wurde folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

Die Reparationskommission war von 5 bis 7 Uhr versammelt. Sie hörte die Darlegungen ihrer aus Berlin zurückgekehrten Mitglieder Draburg und Mandere an und beschloß danach, am morgigen Sonntag eine neue Sitzung abzuhalten, um den Bericht durchzusprechen.

Hier herrscht heute abend der Eindruck vor, daß ein Kompromiß im Bereiche des Möglichen liegt.

Der deutsche Lösungsvorschlag wird in Berliner Meldungen der „Daily News“ Hugo Sinnas zugeschrieben, der von der

Ruhrbesetzung Streit und ernsthaften Widerstand der Arbeiter voraussetzt, während sie Frankreich kein Geld bringe. Der Vorschlag bringe Frankreich die Kontrolle der Ruhrbergwerke durch die rechtmäßigen Besitzer.

Das schlechte Gewissen.

Rom, 26. August. (EE.) Wie das italienische Außenministerium den an der interparlamentarischen Konferenz in Wien teilnehmenden Abgeordneten mitteilt, haben Frankreich, England, Belgien, die Tschechoslowakei und Rumänien ihre Teilnahme an der Konferenz wegen Meinungsverschiedenheiten in der nationalen Minderheitenfrage in letzter Stunde abgelehnt. Die italienischen Abgeordneten beschloßen, trotzdem an der Konferenz teilzunehmen, um zur internationalen Verständigung beizutragen.

Zeitungsnot und Arbeiterpresse.

Die Krise, die schon seit Monaten das Zeitungsgewerbe bedroht, ist jetzt in ein verschärftes, wenn nicht entscheidendes Stadium getreten. Die Verteuerung der wichtigsten Rohstoffe zur Herstellung der Zeitung nimmt Formen an, denen die selbständigen Zeitungsbetriebe auf die Dauer nicht mehr gewachsen sind. Man muß fürchten, daß die Zahl der Zusammenbrüche im Zeitungsgewerbe in allernächster Zeit noch gewaltig zunehmen wird. Letzten Endes ist dieser kritische Zustand bedingt durch die geradezu phantastische Steigerung der Preise für Druckpapier, die mit dem Dollar nahezu Schritt halten. Ein Kilo Zeitungsdruckpapier, das vor dem Kriege 0,20 M. gekostet hatte, war bis zum Januar d. J. auf 7 M. in die Höhe gegangen; es kostete im August 28 und soll jetzt auf 70 M. erhöht werden. Mit anderen Worten: im September wird ein Kilogramm Zeitungspapier den 350fachen Friedenspreis kosten. Da die Herstellung des „Vorwärts“ für jeden Abnehmer 2 Kilogramm Papier monatlich benötigt, wird allein das Druckpapier im nächsten Monat 140 M. kosten, während heute noch der Bezugspreis 90 M. monatlich beträgt.

Das ist nicht der einzige Rohstoff, der so unglaublich viel Kosten bereitet, auch der übrige Materialaufwand im Zeitungsgewerbe hat sich enorm verteuert. War es schon bisher den Zeitungen unmöglich, ihre Bezugspreise entsprechend den gestiegenen Produktionskosten zu erhöhen, so besteht heute die Gefahr, daß das noch weniger als früher möglich sein wird, daß also eine große Zahl von Zeitungsbetrieben eingestürzt werden muß.

Wenn schon die bürgerliche Presse über diese gewaltige Last schwere Klage führt, so hat die Arbeiterpresse erst recht alle Ursache, dieser Entwicklung mit der größten Besorgnis entgegenzusehen. Viel mehr als die meisten bürgerlichen Zeitungen ist sie auf die Erlöse aus den Abonnements angewiesen, und sie kann sich nicht wie die übrige Presse durch Inserate, die manchmal mit Zugeständnissen an interessierte Kreise verbunden sind, für den Ausfall schadlos halten. Die Arbeiterpresse ist in Gefahr, ihr stärkstes Machtmittel im Kampf um ihr Recht und um die Verbreitung ihrer Forderungen vor der Öffentlichkeit zu verlieren oder in ihrem Wirkungsgrad beeinträchtigt zu sehen. Was das bedeutet, nachdem schon heute ein gewaltiger Teil der öffentlichen Meinung von den Interessen privater Geldgeber diktiert wird, darüber wird sich niemand einer Täuschung hingeben können. In demselben Maße wie die Arbeiterpresse zu Einschränkungen gezwungen wird, wird die Arbeiterschaft mundtot gemacht.

Das muß unter allen Umständen verhindert werden. Angehender Opfer und gewaltiger Kraftanstrengung hat es bedurft, um die Arbeiterpresse zu dem zu machen, was sie heute ist, zu einem Organ, das die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Anschauungen anderer politischer Gruppen mit großem politischen Gewicht und mit dem technischen Aufgebot aller modernen Mittel des Zeitungswesens vertritt. Jetzt droht dieser kraftvollen Entwicklung durch die Rohstoffverteuerung eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Nachdem ohnehin die Aufwandskosten einer Arbeiterfamilie durch die fortschreitende Teuerung der Lebensmittel und Bedarfswaren in erschreckendem Ausmaß gestiegen sind, liegt es nahe, daß eine Anpassung der Bezugspreise an die erhöhten Produktionskosten der Zeitung weite Kreise abschrecken wird, noch weiter eine Tageszeitung zu halten.

Der Arbeiter, der so handelt, der sich seines wichtigsten Kampfmittels begibt, schädigt damit sich selbst. Es ist Aufgabe aller Parteigenossen, nach Mitteln zu suchen, die dazu beitragen, die katastrophale Krise zu überwinden. Oft ist es nur ein Trugschluß, wenn man von den „hohen“ Zeitungsgebühren spricht. Man vergißt oft, daß es andere Waren des täglichen Bedarfs gibt, die noch viel gewaltiger im Preise gestiegen sind, und die trotzdem noch gekauft werden. Aber man ist es nun einmal gewohnt, die geistige Nahrung minder zu achten als die körperliche und als manche Genussmittel. Und so kommt es, daß die Wirkung steigender Bezugspreise im gesamten Zeitungsgewerbe ein Rückgang der Abonnentenzahl ist. Das ist ein offenes Geheimnis; es wird durch die Einstellung vieler Zeitungsbetriebe bestätigt, und es wäre Torheit, an der Gefahr vorbeizugehen, obwohl man gerade in der Arbeiterpresse oft genug die Wahrnehmung machen konnte, daß der weitaus überwiegende Teil der geschulten organisierten Sozialisten den Wert seines Blattes im Kampf um die Macht bisher richtig einzuschätzen wußte.

Es muß also Vorkehrungen dagegen getroffen werden, daß die Arbeiterpresse von der wachsenden Teuerung erdrückt, der politische Einfluß der Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit herabgemindert oder in einzelnen Teilen des Reiches sogar ausgeschaltet wird. Noch mehr als bisher muß sich die Arbeiterschaft bemühen, daß alle Demonstrationen und politischen Aktionen im Parlament an Wirkungskraft verlieren, wenn sie nicht von einer lauffähigen und einflussreichen Presse unterstützt werden. Würde die großstädtische Arbeiterpresse durchweg auch nur einmal täglich erscheinen, so wäre ihre

Schlagfertigkeit erheblich verringert und manches gegnerische Propagandamaterial würde sein Publikum erreichen, ohne rechtzeitig widerlegt werden zu können. Welchen Einfluß das allein auf die Lohnverhandlungen ausüben würde, kann sich jeder leicht vorstellen, der weiß, wie diese Verhandlungen geführt werden und wie Zug von beiden Parteien Gründe für ihre Haltung ins Treffen geführt werden, die es mit Tatsachen zu belegen gilt. Es wäre daher nicht von der Hand zu weisen, daß man die Entziehung der Abonnementsgebühren in eine nähere Beziehung zur Lohnzahlung bringt. In Oesterreich hat man bereits mit gutem Erfolge die Propaganda und die Kaffierung der Abonnementsgebühren in die Betriebe verlegt, so daß im Gesamthaushalt der Familie die Ausgabe für die Zeitung nicht so sehr in Erscheinung tritt. Ein ähnlicher Weg wäre vielleicht auch bei uns in Deutschland gangbar, wenigstens die Organisation auf Schwierigkeiten stoßen mag.

Zudem ist es erforderlich, daß die Arbeiterschaft sich selbst zu einmütiger Arbeit mehr aufricht. Daß von gesetzlichen Maßnahmen nicht viel zu erwarten ist, ersieht man daraus, daß das vom Reichstag beschlossene Gesetz über Hilfsmaßnahmen für die Presse sich bisher als gänzlich unzulänglich gegenüber der katastrophalen Teuerung erwiesen hat. Unaufhaltsam steigen die Preise weiter und wenn jetzt schon der 350fache Vorkriegsstand für Druckpapier erreicht worden ist, so ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Fabrikanten im Hinblick auf die Teuerung in der Urproduktion, in Kohle, Holz usw., früher oder später noch weitergehende Forderungen stellen. Wir verlangen, daß man endlich zu Höchstpreisen für Holz und Zellstoff übergeht, die der erwähnte Gesetzentwurf vorsieht. Aber wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß auch solche Maßnahmen die Krise nur zeitweilig mildern, nicht aber auf die Dauer aushalten können. Das Sterben der Zeitungen, insbesondere aber auch die Gefährdung der Arbeiterpresse bedeutet in Wirklichkeit die Erdrosselung der Demokratie. Die zunehmende Beherrschung der öffentlichen Meinung durch privatrechtliche Interessen ist letzten Endes der Tod der Demokratie, die Auslieferung der Politik an wenige kapitalträchtige Gruppen. Eine demokratische Republik hat die Pflicht, das zu verhindern. Ebenso sehr aber hat die Arbeiterschaft als wichtigste Trägerin des demokratischen Gedankens die Aufgabe, ihre eigene Kraft ganz in den Dienst der Sache zu stellen und ihre bedrohte Presse zu stärken.

Auf der Tagung des Augustinervereins, die den Münchener Katholikentag einleitete, machte der Vorsitzende, Verleger Benzing, M. d. N., erschütternde Mitteilungen über die Not der Presse. (Der Augustinerverein bezweckt die Pflege der katholischen Presse.) Die maßlose Steigerung des Papierpreises — so führte Benzing aus —, der innerhalb weniger Tage von 28 auf 70 und 80 M. pro Kilo gestiegen ist, stellt die Existenz der ganzen selbstständigen Presse in Frage. Die bisherigen gesetzgeberischen Maßnahmen sind kaum ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Versammlung faßte einen Beschluß, der neben der Selbsthilfe des Volkes Gesetzesbestimmungen fordert, um die Presse zu erhalten.

Feinkost-Volkswirtschaft.

Herr Breittopf, der Verbanddirektor der „Anuga“, ist sicherlich ein erfahrener Mann, wenn es sich darum handelt, Genüsse für den Gaumen der Wohlhabenden zusammenzustellen. Von den Räten der arbeitenden Bevölkerung hat er dagegen noch nichts gehört, da er Leser der Rechtsprelle ist. Dafür weiß er, daß eine ledere Tafel durch Tischreden veredelt wird, und daß nichts das Wohl so würzt, als wenn der Redner zwischen Fisch und Braten auf die Begehrlichkeit und Faulheit der Arbeiter schimpft. Herr Breittopf hat deshalb vor dem Reichsverband deutscher Feinkostleute in diesem Sinne einen Vortrag über die Ursachen der Lebensmittelteuerung gehalten, der demnach das Entzücken der „Täglichen Rundschau“ hervorgehoben hat, daß sie ihn

als Leitartikel abdruckt. Wir aber bemitleideten im stillen Herrn Gothein, den Erfinder des „zweibeinigen Hornviehs“. Denn in Gestalt des Herrn Breittopf ist ihm eine fürchterliche Konkurrenz erwachsen.

Herr Breittopf stellt als ersten Grund der Lebensmittelteuerung die Faulheit der Bergleute fest. Das Geld, das wir zum Ankauf von Lebensmitteln brauchen könnten, geben wir für die Einfuhr englischer Kohle aus:

Dabei muß man aber wissen, daß eine tägliche Ueberstunde der deutschen Bergarbeiter genügt, um diesen wesentlichen Faktor der Lebensmittelnot zu beseitigen, und daß die entbehrliche Kohle mehr als die Hälfte des Handelsbilanzdefizits ausmacht!

Dem großen Volkswirtschaftler Breittopf ist es ganz und gar entgangen, daß soeben erst die Bergarbeiter in das Lieberichtenabkommen eingewilligt haben. Die Mehrarbeit im Bergbau wird tatsächlich geleistet. Wir fürchten aber, daß sich nun ganz andere Dinge als die Ursachen der Lebensmittelteuerung herausstellen werden. Allerdings entdeckt Herr Breittopf neben der Faulheit der Bergarbeiter auch noch die Faulheit der Staats- und Verwaltungsbekämten als Ursachen der Teuerung. Hier verkündet er folgende Weisheit:

Wir können heute mit 3 Millionen Staatsfunktionären, das heißt auf fünf Erwerbstätige einen Beamten, rechnen. Durch die unter solchen Umständen zweifellos nicht mehr rein produktiv zu nennende Verwendung so großer Volksteile muß mit Notwendigkeit ein weiterer Rückgang der heimischen Güterherstellung und der Ausfuhrindustrie eintreten, sich die Lebensmittelnot noch weiter verschärfen und die Teuerung ins Uferlose und Unerträglichste gehen.

Selbst ein Direktor der „Anuga“ dürfte wissen, daß der weitaus größte Teil der Staatsbeamten nicht in der Verwaltung, sondern in den Staatswirtschaftsbetrieben, in Eisenbahn, Post und Telegraphie tätig ist und daher durchaus zu der produktiv tätigen Bevölkerung gerechnet werden muß. Aber selbst die reinen Verwaltungsbeamten leisten im Sinne der Produktion wertvollere Arbeit als die zahllosen Schnapsfabriken, von denen die „Anuga“ wimmelt.

Wenn schließlich Herr Breittopf in Anfang, Mitte und Schluß des Artikels den Achtstundentag als „unseren Ruin“ bezeichnet, so sichert ihm das den Beifall aller derer, die noch nie acht Stunden am Tage gearbeitet haben. Und von denen leben ja schließlich die Feinkosthändler! Jeden Flachtopf, der auf die Arbeiter schimpft, aber vom Wucher und den Riesenerträgen des Kapitals sein stiller ist, bejubeln sie als ihren Mann.

Konservative Albernheiten.

Die „Kreuzzeitung“ beschimpft christliche Gewerkschaften.

Die „Kreuzzeitung“ ist so geschmackvoll, die deutschen Gewerkschaften irrsinnig zu nennen, weil ihre Führer die Gewerkschaftsinternationale telegraphisch in tiefster wirtschaftlicher Not Deutschlands um Hilfe anrufen haben. Das christlich-konservative Blatt, das den lieben Gott reichlich überhäuft fogar in seinem Titel alle Tage als Reklame benutzt, meint:

Und heute scheuen sich die Gewerkschaften nicht, wieder zu mischen, um wieder der Gefahr eines Fehltrittes für ihre und der aufrechterhaltenen, internationalen Lüge schwer leidende Arbeiterschaft herauszubekommen. Sind die wirtschaftspolitischen Vorschläge zur Teuerung der heraufziehenden Not auch kindisch, so kann man ihre Albernheiten noch mit dem immerhin fähbaren guten Willen, der dahinter steckt, entschuldigen. Den Hilferuf an die Internationale aber als außenpolitischen Versuch zur Lösung der Reparationskrise gelten zu lassen, verbietet der gesunde Menschenverstand.

Das schreibt die „Kreuzzeitung“ an dem Tage, da der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an den Internationalen Bund der Christlichen Gewerkschaften sowie an die Gesamtverbände der christlichen Gewerkschaften Belgiens, Italiens und Frankreichs das folgende Telegramm abgeschickt hat:

Deutschland erleidet Wirtschaftskatastrophe und Aufruhr im Innern mit Riesenschritten zu. Stand des Dollars gegen die Mark 2400. Deutschland scheidet neben Rußland mit über 60 Millionen Verbrauchern in kurzer Zeit vom Weltmarkt ganz aus. Dadurch werden alle Industrieländer aufs schwerste geschädigt. Arbeitslosigkeit muß in kurzem erneut zunehmen. Wir beschwören, in christlichem Geiste mitzuhelfen, dieses neue Verhängnis abzuwenden und bitten, an zuständigen Stellen einzumitteln, ehe es zu spät ist.

Sind nun, verehrte „Kreuzzeitung“, die christlichen Gewerkschaften auch irrsinnig? Verbietet es der gesunde Menschenverstand, über die Führer der christlichen Gewerkschaften, wie die Reichstagsabgeordneten Siegerwald, Behrens u. a. und ihren Hilferuf an die Internationale zu sprechen? Oder galt es nur wieder einmal die Arbeiter, koste es, was es wolle, mit Schmutz zu bewerfen, wenn nicht anders, dann auch auf Kosten des im Runde geführten Christentums?

Die Not der Landjägerbeamten.

Aus den Kreisen der Landjägerbeamten wird uns geschrieben: Wie es trotz der Berichte über die Besetzungsaufbesserungen der Beamten bei manchen Beamtengruppen in Wirklichkeit aussieht, sei hier einmal geschildert. Die Landjägerbeamten in Preußen (die früheren Gendarmen) erhalten seit jeher fast im ganzen Staatsgebiete die Teuerungszulagen erst nach Monaten ausgezahlt. So sind zurzeit viele dieser Beamten noch nicht im Besitz der Zuschläge für April, Mai usw. Mancher von ihnen hat noch am 1. August sein Monatsgehalt nach den Sätzen für April, jedoch ohne die erhöhten Teuerungszuschläge erhalten, und zwar sage und schreibe 2500 M. Wie er sich mit Frau und Kind im Monat August damit durchschlagen soll, ist ein Rätsel. Es gibt Beamte, die an den Staat rückständige Forderungen (einschließlich Reise- und Umzugskosten) bis zu 20 000 M. haben.

Auch sonst herrschen in der Landjägererei zum Teil noch fonderbare Rückständigheiten. Diese Beamten erhalten auf einzelnen Gebieten noch heute Gebühren nach Vorkriegssätzen. Für eine Dienstreise mit dem Pferde oder Fahrrad erhalten die Landjäger noch immer wie vor dem Kriege 1,50 M. täglich. Davon sollen sie die Unterbringung ihres Pferdes in Gasthäusern bestreiten, beiseite aber nicht etwa von dem Gastwirt eine Preisermäßigung oder gar unentgeltliche Einweisung annehmen! Bei Dienstreisen zu Fuß auf Landwegen bekommt der Beamte ebenfalls noch immer den Vorkriegssatz von 30 Pf. für den Kilometer. Selbst für die Hebekommen haben die Regierungen diesen Satz auf 2,50 M. je Kilometer erhöht. Die Beamten führen diese Benachteiligung darauf zurück, daß kein höherer Beamter heute noch in die Verlegenheit kommt, Dienstreisen zu Fuß auf Landwegen auszuführen. Er fährt im Dienstauto oder fordert die Kosten für einen gemieteten Wagen an.

Alle Eingaben der berufenen Vertretung der Landjägerbeamten haben an diesen trostlosen, unfahbaren Zuständen nichts ändern können. Will der Staat diese Beamten geradezu der Korruption in die Arme treiben? Es bleibt daher nichts weiter übrig, als diese Flucht in die Öffentlichkeit.

Großer Waffensfund in Bremen.

Bremen, 26. August (M.B.) Die Polizeidirektion teilt mit: Am 25. August nachmittags wurden auf einem Grundstück des Kaufmanns W. Schwachhauerstr., in einem verschlossenen Schuppen 553 Infanteriegewehre, Modell 71 und 71/84 Berdbergewehre und Karabiner Modell 71, sowie etwa 50 000 Schuß dazugehöriger Munition gefunden. Waffen und Munition wurden von der Kriminalpolizei sofort sichergestellt und es wird einer genauen Prüfung unterzogen werden, inwieweit nach den gesetzlichen Bestimmungen die Waffenablieferung Pflicht ist. Das Strafverfahren gegen den Kaufmann W. wegen Vergehens gegen § 7 Ziff. 6 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 ist sofort eingeleitet und wird mit aller Beschleunigung und Schärfe durchgeführt werden. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, inwieweit sich der Beschuldigte strafbar gemacht hat.

Wieso ich den Goethekragen erfand.

Von Tobias Femberlein.

Not macht erfindlich.

Erich Käse war in Not.

Also erfand ich den Goethekragen. Womit nicht gesagt sein soll, daß Erich immer den anderen erfindlich macht, oder daß Erich Käse kein Genie wäre. O nein, er ist eines; denn er hat das Haarneh erfunden, was einmal festgestellt werden muß, ferner die Schuhkreme „Gros“ — das Pulver allerdings nicht; dazu ist er nicht Sachse genug.

Um auf des berühmtesten Pudels Kern zu kommen: Erich Käse hatte was am Halbe. Zuerst war es ein Püdel, ein gewöhnlicher kleiner Püdel, wie er in der Jugendbewegung häufig anzutreffen ist. Seiner begnügte sich der Püdel nicht damit, einer zu sein, er wollte über seinen Stand hinaus, was ihm auch gelang. Er wuchs zu einem faustgroßen Furunkel aus. „Man sieht's dem Püdel niemals an, was einmal aus ihm werden kann“, singt der Volksmund. Ich mußte lachen, weil Erich einen so geschwellenen Eindrud machte. Er fragte empört, ob ich mich auf seine Kosten verlustieren wolle.

„Das nicht, lieber Erich, ich wundere mich nur, daß alle solche Dinge immer dir passieren!“ Er hüllte sich in nichtsagendes Schweigen.

Woll der Furunkel nicht gerieben werden durfte, trug Erich nun da ob einen Schillerkragen, was zur Folge hatte, daß dieses famose Kleidungsstück bald allenthalben nur noch „der Furunkelkragen“ genannt wurde. Wenn wir nachts durch die Straßen pilgerten, entwickelte Erichs Furunkel rubinrotes Eigenlicht, und in Neukölln ist es Erich zu nächster Stunde passiert, daß ein Mann auf ihn zurannte, der ihn für einen Feuermelder hielt.

Ein Schimmer düsterer Schwermut verklärte bald Erichs enthaltene Gesichtszüge: „So geht es nicht mehr weiter, Tob, ich werde nicht mehr erst genommen, mein Preislich ist erschüttert.“

„Was kann ich denn für dich tun?“ fragte ich warmherzig an. „Das weiß ich selbst nicht; ich möchte, daß man nicht mehr mein Furunkel sieht, aber ohne, daß es teilt.“

Ich versühl in ein langes Nachdenken mit dem Resultat, daß ich den Goethekragen erfand (D.M.B. Nr. 2492 073). Diese Schöpfung hat den Vorteil, den Hals zu verdecken, steht aber doch so weit ab, daß sie nicht reizt. Seine Festigkeit erhält dieser Krage durch eine dieb-, stich- und feuerfeste Einlage aus Chromniedelstahl, welche direkt auf den Schulterblättern festgelötet werden kann.

Als Erich zum erstenmal im Schilde der neuen Erfindung prangte, konnte ich einen Laut des Entzückens nicht unterdrücken. Er sah schmele aus, knorke, ff. prima, zackig — einfach ebel! „Komm, mein Junge“, sagte ich stolz, „ich lasse dich fotografieren, dann

bist du meine Schutzmarke. Nur echt mit Erich — komm, mein Junge!“

Bei der Rückkehr vom Photographen war mein Bureau von einer großen Anzahl Menschen besetzt. Erich wurde gefilmt, ich interviewt — dann war der Direktor der „Deutschen Schillerkragen-Werke“ anwesend, der seine Produktion auf meine Erfindung umstellen wollte, ein gewisser Werner Janschke wollte einen „Internationalen Goethekragen-Bund“ gründen nebst zugehöriger Propagandazeitschrift, die Geschäftsführerin eines rechtsstehenden Frauenvereins regte die Fabrikation von „Goetheblusen“ an, ein Amerikaner erwarb sich das Recht, 320 Tonnen meiner Krage in einer wohlfeilen Wählchenausgabe herzustellen und im Innern Kritos zu vertreiben (german culture in the world!), ein gewisser Ernst Pissauer hatte eine flammende Goethekragen-Hymne gedichtet, ein Student wünschte seine Doktorarbeit über meine Erfindung zu machen, Professoren und Parteisekretäre schworen ihre Gummimäse ab.

Ich habe alle Hände voll zu tun und verdiene Geld wie Heu. Bin also zu frieden.

Erich Käse jedoch mit nichten. Er beichtet mir voll Kummernis, daß er noch einen Furunkel bekommen habe, aber woanders. Ob ich nicht eine besondere Hase...

Ich denke nicht daran. Andere wollen auch etwas erfinden. Ruhet vor die Front!

Paslik in der Sonntagspredigt. Aus Friedrichroda wird uns geschrieben:

Sonntagmorgen Kirchplatz. Orgel will Singende himmelwärts leiten. Meine Fünfsjährige zupft mich, mit ihr „zum lieben Gott zu gehen“. Sieht mir noch langer ferne Innerlichtes bevor? Drinnen singt die Fleischestraße, die mir gestern 25 Gramm zu wenig zumog (die Briefwage auf der Post verriet es), im Chor der Lindbüchigen Hallelujah. Sie bildet eine Himmelsleiter aufwärts. Die Leiter scheint aus Würstchen für Kurzgäste gefnüpft, so überzogen singt die fleischige Kette, daß uns Gott frei macht von allen Sorgen.

Meine Kleine glaubt, der liebe Gott singt, und wie ich ihr nicht antworte, tröstet sie sich, daß er ganz hinten sitzt — der liebe Gott. Jetzt läuft ein Mann mit der Geschwindigkeit eines Karussellkoeffiziers die Reihen der Anbätigen entlang. Kollekte. „Was will der Mann mit dem Schmetterlingsfänger?“ staunt's neben mir. Ich könnte nur einen 50-Mark-Schein geben, sonst eine 50-Pfennig-Marke. Ich entscheide mich für die letztere. Ich bin verstanden: „Ach ja, der liebe Gott soll uns mal eine Anbättersche schicken“. Der Steuererheber längt grimmig meine statternde Marke.

Der Herr Pastor hebt an. Nicht mit der Gott suchenden Angst eines Melanchthon, sondern halb Rajar, halb Erster Staatsanwalt. „Wir leben, wie Christus auf Jerusalem, von den Bergen. Aber sehen und sehen ist zweierlei. (Ich denke, auch sprechen und sprechen ist zweierlei.) Der nur halb sieht — wie der Franzose, der uns abwürgt, wie die Kälber den Mann auf dem Wege nach Jerichow —, sieht eine blühende Landschaft. Wer tiefer sieht (wie der Herr Pastor) erkennt das Band, das gestraft wird wie einß das Judenvolk.“

Ben aber Gott strafen will, dem nimmt er die Vernunft. Gibt es etwas Sinnloseres als die Erfüllungspolitik unserer Regierung, gab es (spricht Helfferich?) etwas Vernunftwidrigeres als unsere Revolution im Augenblick, wo der Feind Gewalt über uns bekam? ... Und sie werden einen Ball um die Stadt ziehen, und kein Stein soll bleiben auf dem anderen, spricht der Herr.

Ich verlaße vorgezigt „das Reich, das nicht von dieser Welt“ (?). — Störung des Gottesdienstes? — Kanzeleimißbrauch? ... Geleg zum Schutze der Republik??

Ihre, die in jedem Zoo schliefen. Zu diesem Artikel in Nr. 401 wird uns geschrieben: Wenn auch das eigentliche Süßwasser Schnabeltier noch nicht in Zoologischen Gärten gesehen worden ist, so haben wir doch im Berliner Zoo seinen nächsten Verwandten, den Ameisenigel (Echidna hystrix), auch Landschnabeltier genannt. In dem kleinen Hause nördlich vom Bärenzwinger, wo auch der Sekretär, das Hügelkämmguruh, marderartige Raubtiere und Halbaffen wohnen, hat er sein Heim. Der städtische Gefelle mit dem kleinen Kopfe, der spizen Schnauze und der langen dünnen Zunge hat zwar wenig Ähnlichkeit mit dem Schnabeltier, gehört aber mit ihm in die Ordnung der Kloakentiere, die nach ihrem ganzen Bau als die niedersten Säugetiere zu betrachten und auf Neuholland beschränkt sind. Wenn weiter behauptet wird, es sei fast unmöglich, Gorillas in Käfigen zu halten, da diese menschenähnlichen Tiere sofort sterben, wenn sie in ein anderes Klima übergeführt werden, so muß ich dem aus eigener Anschauung widersprechen. 1876 erhielt das Berliner Aquarium, dessen Haus damals an der Ecke der Schadowstraße und den Linden lag und außer Wasserzieren auch Affen, Vögel u. a. beherbergte, einen lebenden jungen Gorilla, Pungu genannt. Ueber Jahr und Tag lebte er in dem großen Aquarium in der Mitte des Baus, spielte ausgelassen mit seinem Wärter sowie mit dem Schimpansen und anderen Affen, wurde auch öfter auf Reisen geschickt und bewährte sich überall als große Anziehungskraft. Am 13. November 1877 starb er in Berlin ohne längere Krankheit und seitdem haben wir hier allerdings keinen lebenden Gorilla mehr gesehen. Ebenfalls im alten Aquarium wurde 1884 ein lebendes Walros gezeigt. Es war freilich ein noch sehr junges Tier, hatte daher in der geologischen Grotte hinreichend Raum, sich nach Belieben zu tummeln. R. Sch.

Die eigenartige Wirkung der Röntgenstrahlen ist noch immer nicht genügend erforscht. Sie bieten noch manche Probleme und Rätsel, deren Aufklärung jahrelangen Studiums bedarf. So ist neuerdings die Aufmerksamkeit auch darauf gelenkt worden, daß man in den Röntgenstrahlen ein Mittel hat, die Befruchtungsfähigkeit auf eine Zeitlang zu unterbrechen, so daß man bei gewissen Krankheiten an die praktische Anwendung des Sterilisationsverfahrens mittels Bestrahlung denken kann. Dies wäre z. B. nach Mitteilungen in der „Deutschen med. Wochenschrift 1922“ bei Lues angebracht, da luetische Kinder entweder an den Folgen der Lues selbst oder infolge geschwächter Konstitution in kurzer Zeit zugrunde gehen müssen. Die Anwendungsweise ist ziemlich einfach, da im Jahre höchstens einmal der Mann und einmal die Frau einer kurzen Sitzung zu unterwerfen wären. Es empfiehlt sich eine derartige Behandlungsweise auch in Fällen leichter Tuberkulose, bei Morphinismus sowie bei Krankheiten, die Heilung versprechen und bei denen eine vorübergehende Sterilisation der donierenden vorzuziehen ist.

Anträge zum Parteitag in Augsburg.

I. Tagesordnung des Parteitages.

Frankfurt a. M., Düsseldorf, Kreis Coblen, Schwerin i. M., Worms, Chemnitz, Schneeberg-Stolberg beantragen, die Einigungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen.
Altona a. d. Elbe. Auf die Tagesordnung die Prüfung der Frage „Neugliederung des Reiches nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ zu setzen.
Hamburg. Auf die Tagesordnung zu setzen: „Sozialdemokratie und Ausbau des Reiches zum organisch gegliederten Einheitsstaat.“

II. Bericht des Parteivorstandes.

Bieber, Breslau, Chemnitz, Ebersdorf, Emden, Erfurt, Flensburg, Frankfurt a. M., Unterbezirk Göttingen, Hamburg, Jauerburg, Köln, München, Semb, Zeilshausen wünschen die Einigung der beiden sozialistischen Parteien und beantragen, daß der Parteitag sich für die Einigung ausspricht.

Hamburg. Nachdem die Ereignisse nach der Ermordung Rathenau's erneut die Unmöglichkeit erwiesen haben, eine gemeinsame Aktion der Arbeiterchaft mit Unterstützung der SPD. durchzuführen, wird der Parteivorstand beauftragt, im Interesse des Ansehens und der Werbekraft der Partei, jedes Zusammengehen mit der SPD. abzulehnen, solange diese Partei sich nicht bereit findet, sich restlos für die Erhaltung der Republik einzusetzen, und auf jede ungeschickliche, beschimpfende und verleumdende Auseinandersetzung mit den übrigen sozialistischen Parteien zu verzichten.

Beizert Chemnitz. Der Parteitag möge beschließen: 1. Sofort eine Kommission von geeigneten Genossen, darunter Vertreter des Hauptvorstandes, für die Beratung der organisatorischen Verschmelzung zu ernennen, die unverzüglich mit der unabhängigen Partei in Verbindung tritt;

2. den im „Vorwärts“ anerkannten neuen Programmentwurf des Schöpfers unseres alten Erfurter Programms Karl Rautsky als Grundlage der theoretischen Verschmelzung zu nehmen;

3. den Parteitag der U.S.P. zu ersuchen, angesichts der Größe der Gefahr sofort die schon einmal von uns angebotene Fraktionsgemeinschaft zu bilden, damit der Gegner bei Zusammentritt des Reichstags in der parlamentarischen Aktion bereits die Einheitsfront der deutschen Sozialisten vorfindet;

4. nach Erledigung der Vorarbeiten noch in diesem Jahre zum Einigungstongress zusammenzutreten, sofern Einverständnis auf beiden Seiten darüber besteht.

Wandorf. Der Parteitag wird beauftragt, Richtlinien aufzustellen, die die Stellungnahme der Partei zur Neugliederung des Deutschen Reiches nach § 18 der Reichsverfassung festlegt. Alle Parteinstanzen, insbesondere die parlamentarischen Vertreter, müssen verpflichtet werden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Annahme dieser Parteirichtlinien einzutreten, um zu verhindern, daß, wie es in letzter Zeit häufig vorgekommen ist, führende Genossen gegen die Interessen der Partei und der Arbeiterchaft wirken.

Altona und Altona-Offensen. Der Parteitag beschließt, einen Hochauschuss einzusetzen, der die Frage der Neugliederung des Reiches nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu prüfen und Richtlinien, nach denen unsere Vertreter im Reichs- und den Landesparlamenten einheitlich arbeiten können, vorzulegen hat.

Arbeitsgemeinschaft der Elbgemeinden. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Elbgemeinden fordert den Parteitag auf, Richtlinien aufzustellen, die unsere Stellungnahme und Forderungen zur Neugliederung des Deutschen Reiches entsprechend des § 18 der deutschen Reichsverfassung festlegen.

Alle Parteigenossen, -genossinnen und Instanzen, insbesondere unsere parlamentarischen Vertreter, müssen verpflichtet werden, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die restlose Durchführung der Parteirichtlinien einzutreten.

Breslau. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, sein besonderes Augenmerk auf die Entwiklung der Wirtschaftsgemeinschaften wie Kartelle (Trusts) zu richten und die Beobachtungen und Erfahrungen durch hervorragende Sachkenner auf dem nächstjährigen Parteitag besonders zur Kenntnis und eventuellen Beschlussfassung vorzulegen.

Bremen. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, einen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen zu berufenden Ausschuss einzusetzen, der beauftragt wird, Richtlinien für Feuerungsmaßnahmen auszuarbeiten, die unseren Vertretern in den Parlamenten der Gemeinden, der Länder und des Reiches zur Richtschnur für ihre Arbeit dienen können.

Schwerin i. M. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, der ungeheuren Geldentwertung mit allen Mitteln entgegenzuwirken, ganz besonders durch Verhandlungen mit der organisierten Arbeiterchaft der anderen Länder, um so der Verelendung des deutschen Volkes vorzubeugen.

Bibel. Die politisch hochbewegte Zeit und die vielfache unerhörte Bewucherung des konsumierenden Volkes erfordern alsbald energische und gebietende Gegenmaßnahmen von allen dazu berufenen Behörden und Organen.

Hamburg. In Erwägung, daß in immer steigendem Maße die Politik von der Wirtschaft beeinflusst wird, muß der Parteitag zu dieser Frage Stellung nehmen. Der Parteivorstand ist zu beauftragen, zur Erörterung von Wirtschaftspragen, Anleitungen und Anregungen durch die Presse, durch Schriften und Vorträge zu geben und dafür zu wirken, daß allerorts ein Zusammenarbeiten mit den Ortsausschüssen des ADGB. angekrebt wird.
München. Der Parteitag möge beschließen: Angesichts des Vorgehens der bayerischen Reaktion gegen die Reichseinheit weist der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf die unheilvolle Rolle hin, die partikularistischen Separatistische Bestrebungen in der politischen und wirtschaftlichen Geschichte Deutschlands bis zur Gegenwart gespielt haben und bekennt sich zur einheitlichen deutschen Republik. Die Eigenart der deutschen Stämme auf allen kulturellen Gebieten kann und muß auch im einheitlichen Deutschland gepflegt und zum Ruhm des gesamten deutschen Volkes fruchtbar gemacht werden. Der Parteitag ist der Ueberzeugung, daß auf einzelnen Gebieten zur Durchführung der gemeinsamen Aufgaben ein Ausbau des Reichseinflusses unerlässlich ist. Die übertriebene politische Auswertung der Stammeseigenart ist um so weniger angebracht, als in den meisten deutschen Ländern keine dieser Eigenarten allein bestimmend und vorherrschend ist.
Berlin. Zur Schaffung eines einheitlichen Schulprogramms beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, eine Kommission zu wählen, bestehend aus Vertretern aller Schulgattungen von der Grundschule bis zur Hochschule sowie Vertretern der Partei und Gewerkschaften, welche die Planlosigkeit in den bisherigen Reformversuchen beseitigt.

Die Kommission wird beauftragt, dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten.

Breslau. Der Parteitag wird ersucht, dahin zu wirken, daß das Kulturprogramm der Partei mehr als bisher zur Durchführung kommt. Es ist auf Durchführung des Reichsschulgesetzes oder eines Reichsgesetzes für „Weltliche Schulen“ zu dringen. Die Schulverwaltungsstellen sind mehr als bisher mit Sozialdemokraten zu besetzen. Bei Aenderung der preussischen Regierung ist bei Besetzung des Kultusministeriums ein Kandidat unserer Partei durchzubringen. Die geistige Reaktion ist der politischen leichtzustellen.

Hamburg. Der Parteitag beschließt: Es kommt alles auf die Sicherung eines Nachwuchses an, der den Anforderungen, die die Zeit an die Partei stellt, gerecht werden kann. Das erfordert neben tiefgründiger, wissenschaftlicher Bildung unter Bevorzugung der Volkswirtschaft, der Rechtslehre und der Staatswissenschaft eine Einführung in die wichtigsten Zweige der Rechts-, Landes- und Kommunalgesetzgebung. Diese Arbeit muß zum Aufgabekreis einer zu bildenden sozialistischen Hochschule gemacht werden. Freie wissenschaftliche Arbeit, klare Führung in die Gesetzgebung führt allein einen weitblickenden Führernachweis. Aus diesen Gründen beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, für die Bildung einer sozialistischen Hochschule, deren baldige Eröffnung ein Gebot der Stunde ist, zu wirken.

München. Der Parteitag möge beschließen: „Es soll ein wissenschaftlicher Beirat für die Partei, allenfalls gemeinschaftlich mit anderen sozialistischen Parteien und dem ADGB. und dem KPD. Bund insbesondere für Fragen aus dem Wirtschafts- und Rechtsleben, des Schul- und Bildungswesens und der sozialen Gesundheitspflege gebildet werden.“

Zur Prüfung dieser Frage soll eine Kommission ernannt werden, welche dem nächsten Parteitag ihr Gutachten herüber zu erstatten hat. Oder: Der Parteivorstand ist nach Erstattung dieses Gutachtens schon vor dem nächsten Parteitag beauftragt, allein oder mit anderen Körperschaften diesen wissenschaftlichen Ausschuss zu begründen.“

Berlin. Der Parteitag möge beschließen, die bisherige Bildungsarbeit in der Partei mehr auszubauen. Insbesondere wird gewünscht, daß diese Bildungsarbeit sich auf die systematische, neuzeitliche, juristische Schulung der Parteigenossen und auf Fachkurse für verwaltungstechnische Fragen erstreckt.

Schmölla (S.-A.). Der Sozial. Verein Schmölla nimmt mit Enttäufung von dem Sachverständigenrat des Genossen Kallist im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats Kenntnis, in dem er die Suspendierung des Achtstundentages auf 5 Jahre empfohlen hatte. Der Parteitag fordert vom Parteivorstand, dahin zu wirken, daß als Sachverständige nur solche Genossen in Frage kommen dürfen, die die Forderungen und Errungenschaften der Sozialdemokratie hochhalten und nicht diskreditieren (wie im Falle Kallist).

Kuchen. Der Sozialdemokratische Verein Kuchen D.-A. Geislinger-St. fordert:

1. Klärung über die Neuerungen in Wort oder Schrift von verschiedenen führenden Genossen über ihre Stellungnahme zum Achtstundentag usw.

2. Bei festgestelltem Verstoß gegen das Parteiprogramm dementsprechendes Handeln.

Stettin. Der Parteitag möge beschließen: Die Mitarbeit von Parteigenossen an reaktionären Zeitungen ist mit den Parteipflichten unvereinbar.

Cassel. Der Achtstundentag ist die Grundlage zum sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse und bei dem heutigen Stand der Technik durchaus ausreichend zur Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft. Ausgehend von dieser Erkenntnis spricht der Parteitag aus, daß der mit so vielen Opfern erkämpfte Achtstundentag für die Partei als unantastbar gilt, soweit durch Gesetzgebung eine Verlängerung der allgemeinen Arbeitszeit von den Gegnern des Achtstundentages versucht wird. Die Parteigenossen haben die Pflicht, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einen Angriff auf dieses Grundrecht der Arbeiter zu verhindern. Parteigenossen oder Genossinnen, die sich in irgendeiner gefeigebenden Körperchaft oder in der Presse oder sonst in literarischer Weise für die Verletzung des Achtstundentages einsetzen, haben das Recht verweigert, Parteimitglieder zu sein.

Bielefeld-Wiedenbrück. Der Parteitag gibt der Auffassung stärksten Ausdruck, daß der Achtstundentag gegen jeden Angriff zu schützen ist. Der Parteitag bebauert die Auslassungen einzelner Sozialdemokraten, die geeignet sind, den Achtstundentag zu gefährden.

Apolda. Demjenigen Parteigenossen, die den Achtstundentag heute als unmöglich bezeichnen, ihn womöglich beseitigt wissen wollen, wird empfohlen, aus der Partei auszuschleiden. Wenn ein Parteigenosse durch seine Haltung beharrlich das Bestreben der Reaktionäre unterstützt, den Achtstundentag illusorisch zu machen, so muß die Möglichkeit des Ausschlusses des betreffenden Mitgliedes aus der Partei geprüft und entschieden werden.

Löbau i. Sa. Der Parteitag möge beschließen, gegen Parteigenossen, die offen oder verdeckt gegen die Arbeiterchaft arbeiten in Wort oder Schrift, das Ausschlußverfahren in beschleunigter Weise herbeizuführen.

Beizertverband Baden. Der Parteitag bekennt sich aufs neue zu dem Beschlusse des Leipziger Parteitages betr. Brantwein-Bonkett. Die Gründe, die damals zu diesem Beschlusse geführt haben, treffen heute mehr denn je zu und sind gesundheitlich, volkswirtschaftlich und kulturell von sehr hoher Bedeutung.

Berlin. Die Genossinnen und Genossen erblicken in dem gewaltigen Verbrauch von Alkohol, der namentlich in Proletarieregenden sich bemerkbar macht, die größte Gefahr für das Proletariat. Sie verlangen, daß durch Wort und Schrift der Alkohol bekämpft wird.

Hamburg, Breslau, Bielefeld-Wiedenbrück, Frankfurt a. M., Kiel. Der Parteitag richtet die Aufmerksamkeit der Genossen auf den wieder um sich greifenden Alkoholismus, der die Arbeiterklasse in ihrer wirtschaftlichen, körperlichen und geistigen Kraft bedroht. Er verpflichtet die Presse und die Organisationen, über die Alkoholgefahr planmäßig Aufklärung zu verbreiten und dafür zu sorgen, daß bei allen Kundgebungen der Arbeiterchaft der Alkoholgenuss gemieden wird. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, ein vollständiges Alkoholverbot für Jugendliche herbeizuführen und das Gemeindefestsetzungsrecht hinsichtlich des Alkoholvertriebs gesetzlich festzulegen, damit durch den freien Willen der Bevölkerung, ihrer Erkenntnis entsprechend, der Alkoholismus eingedämmt werden kann.

Breslau. Der Parteitag möge beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, gesetzliche Maßnahmen zu erwirken, die instand sind, die Fabrikation von Alkohol für Trinzwecke einzuschränken, und die den Gemeinden die Pflicht auferlegen, Konzessionen für den Ausschank geistiger Getränke in möglichst geringem Ausmaß zu erteilen.

Göttingen. Dem in Deutschland bedenklich überhandnehmenden Schnapsverbrauche ist durch aufklärende Arbeit (Vorträge, Presse) schärf entgegenzuarbeiten.

Stettin. Der Parteitag beschließt, mit allen Mitteln den Alkoholbonkett durchzuführen, um dem gesundheitsschädlichen Einfluß des auch für die gewerkschaftliche und politische Bewegung hemmenden Volksgiftes mehr und mehr Abbruch zu tun.

Köln. Seit dem Kriegsende hat in Deutschland der Alkoholismus, insbesondere auch der Schnapsverbrauch, in allen Schichten der Bevölkerung erschreckend zugenommen. Die Wirkungen sind gerade in den Teilen des Volkes, denen es am Notwendigsten mangelt, sehr stark bemerkbar. Der Parteitag hält es für notwendig, nicht nur die früheren Parteitagebeschlüsse zur Bekämpfung des Alkoholismus in Erinnerung zu rufen, sondern auch neue Mittel gegen dieses soziale Uebel zu suchen. Er beauftragt daher den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und unter Hinzuziehung des Deutschen Arbeiter-Abstinenzbundes zu beraten, wie durch gesetzgebende und erzieherische Maßnahmen, durch Aufklärungsaktionen der Presse und Organisationen und durch andere geeignete Wege den verurteilenden Schäden des Alkoholismus entgegenzuwirken werden kann, soweit dies irgendwie möglich ist.

Görlitz. Der Parteitag in Augsburg erneuert den auf dem Parteitag in Leipzig 1902 gefaßten Beschluß über den Schnapsbonkett und verpflichtet alle Parteigenossen, im Sinne dieses Beschlusses zu wirken, um dem Alkoholmißbrauch entgegenzuarbeiten.

Beizertverband der Arbeiterjugend Groß-Thüringen. Der deutsche Parteitag in Augsburg wird ersucht, den Schnapsbonkett zu erneuern und ihm Geltung zu verschaffen.

Unterbezirk Lüneburg. Der Parteivorstand hat dahin zu wirken, daß die erhobenen Forderungen betreffs Säuberung der Reichswehr von reaktionären und republikfeindlichen Elementen schnellstens und rücksichtslos durchgeführt werden.

Lübeck. Der Parteivorstand wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften eine Zentralausstufsstelle einzurichten, welche die Aufgabe hat: 1. Zum Zwecke der Durchsetzung des republikanischen Rechtsgebankens alles, was auf dem Gebiete der Rechtsprechung, Verwaltungsmassnahmen usw. vorhanden ist, zu sammeln, zu ordnen und für geeignete Massnahmen in den einzelnen Ländern vorzubereiten. 2. Den Arbeitersekretariaten und Rechtsausstufstellen Auskunft zu geben. 3. In schwierigen Fällen mit einem über den Ort und das einzelne Land hinausgehenden Interesse selbst bei Behörden und Volksvertretungen vorzugehen. In diesem Zweck ist es notwendig, daß — entsprechend den Bildungsausschüssen — in den Kreisen und Bezirken Volksrechtsausstufstellen gebildet werden, deren Aufgabe es ist, praktische Fälle mit genauer Darlegung des Sachverhaltes der Zentralstelle zu berichten, damit diese eine systematische Darlegung bereit halten kann. Erst wenn dieses authentische Material vorliegt, kann sowohl auf dem Wege der Rechtsprechung als auch der Verwaltung gründlich gebessert werden.

Köln. Die dauernden Schwierigkeiten bei der Besetzung aller Lücken in Staat und Gemeinden zur Demokratisierung der Verwaltung, die eine der wichtigsten Massnahmen zur Erhaltung und Stärkung der Republik darstellt, verlangen von der Partei unverzüglich energische organisatorische Massnahmen. Der Parteivorstand Köln der SPD. ersucht daher den Parteitag, wie folgt zu beschließen: 1. Es wird eine Zentralstelle zur Feststellung geeigneter Bewerber für Staats- und Gemeindestellen errichtet. 2. Diese Stelle verfährt an die Kreisverbände entsprechende Fragebogen, die an die Organisationen usw. weitergegeben werden. 3. Die Fragebogen werden von den Kreisverbänden geprüft und die Doppelausfertigungen gesammelt, damit jederzeit eine entsprechende Auswahl von Bewerbern vorhanden ist.

Burg i. Magdeb. Um die stetig wiederkehrende Förderung nach Demokratisierung der Verwaltung in die Tat umsetzen zu können, was nur dann als gefahrlos angesehen werden kann, wenn Sozialisten in die in Frage kommenden Verwaltungsstellen eingesetzt werden, ist der Ausbildung von befähigten Genossinnen und Genossen die größte Aufmerksamkeit anzuwenden.

Durch Einrichtung von Abendkursen usw., in denen in der Verwaltung praktisch tätige Genossen Unterricht erteilen, soll der Grundstock an allgemeinen und verwaltungstechnischen Kenntnissen gelegt werden. Es wird damit erreicht, daß eine weitaus größere Zahl von Genossen wie bisher zur Uebernahme solcher Ämter befähigt werden.

Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft der Elbe-Gemeinden. Der Parteitag möge beschließen:

1. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur eine durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr die Republik sichern und damit die Lage der minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes erträglich erhalten und besser gestalten kann.

2. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur solch durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung, daß nur eine klare Bekundung des festen Willens der Republik zur Macht bis in den kleinsten Ort unseres Vaterlandes die begüterten gesellschaftlichen, machtweltigen, rassisten wählenden Gegner in ihre Schranken zurückweisen und den Anhängern der Demokratie und Republik das wackelnde Vertrauen wiedergeben kann.

3. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß die nötige Demokratisierung und Republikanisierung bis in den kleinsten Ort von den dafür verantwortlichen Republikanern nur durchgeführt werden kann wenn ihnen ein ausreichendes Personalmaterial zur Verfügung gestellt wird.

fordert der Parteitag den Parteivorstand auf:

I. Sofort durch Umfrage (Fragebogen) bei sämtlichen Ortsvereinen bzw. Distrikten und Vertrauensleuten festzustellen:

- a) Welche Beamten und öffentlichen Angestellten sich gegen die Republik betätigt haben. (Mit Angabe der Betätigung und Zeugen).
b) Welche Personen zuverlässig republikanischer Gesinnung in ihrem Gesichtskreis als Ersatz für die auszuscheidenden Reaktionäre vorgeschlagen werden können. (Mit Angabe von Zeugnissen).
c) Welche Persönlichkeiten von zuverlässig-republikanischer Gesinnung für die Besetzung öffentlicher Posten in ihrem Umkreis in Frage kommen.

II. Das eingehende Personalmaterial durch die Bezirksverbände sorgfältig prüfen zu lassen und den für Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr verantwortlichen Republikanern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und für die Durchführung dieser Vorschläge mit allen gesetzlichen Mitteln einzutreten.

III. Sofort mit dem ADGB., der KPD., der SED. sowie den anderen republikanischen Parteien und den ihnen befreundeten Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung zu treten, um sie zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen.

Stade. Der Parteitag möge beschließen: Unsere Genossen in den einzelnen Regierungen, Verwaltungen usw. haben strengstens darauf zu achten, daß die Befehle zum Schutze der Republik torrett durchgeführt werden. Andernfalls haben unsere Genossen aus der Regierung auszutreten.

Beizert Osthausen 6. Der Parteitag wird beauftragt, zur Bearbeitung volkswirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Fragen einen entsprechend fachmännisch zusammengesetzten Ausschuss zu berufen, der Richtlinien für unser Vorgehen auf wirtschaftlichem Gebiete aufzustellen und die Parlamenteninstanzen zu beraten hat.

Beizertverband Baden. Der Parteivorstand wird beauftragt, in Gemeinschaft mit den übrigen in Betracht kommenden Organisationen die notwendigen Schritte zur Erwerbung oder Errichtung einer eigenen Papierfabrik einzuleiten.

Nur auf diese Weise wird es möglich sein, den wucherischen Verhältnissen auf dem Papiermarkt einigermaßen Einhalt zu gebieten.

Cassel. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, mit der Großhandelsfirma Deutsche Konsumvereine und dem Vorstand des DGB. Verhandlungen anzubahnen zwecks Erwerbung oder Schaffung einer eigenen Papierfabrik.

Die Finanzierung muß von allen drei Korporationen erfolgen. Desgleichen wird es kapitalkräftigen Parteigenossen zur moralischen Pflicht gemacht, dies Unternehmen weitestgehend zu unterstützen.

Heidelberg. Um die Bildungsarbeit unter den Mitgliedern zu erleichtern, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, die wichtigsten theoretischen Schriften des Sozialismus in Heftformat und einfacher Ausstattung zu möglichst billigen Preisen herauszugeben. Ebenso empfiehlt der Parteitag dem Parteivorstand, zur Belebung der Agitation öfters als in der letzten Zeit zeitgemäße kurzgefaßte Flugblätter den Ortsvereinen zur Verteilung zur Verfügung zu stellen.

Hof in Bayern. Der Parteitag wolle energische Maßnahmen von der Regierung zur Sicherung der Ernährung der nichtbesitzenden Kreise verlangen und insbesondere von der Regierung fordern, daß Vorräte von Getreide und Mehl zu ermäßigten Preisen ermöglicht werden.

Der Kampf mit allen Bedürfnissen des täglichen Lebens soll energisch bekämpft werden; der Kampf ist aber nicht allein gegen den Kleinhandel zu richten, sondern nicht weniger auch gegen die Großverleger.

III. Agitation, Organisation.

Parteiorganisation. § 4 des Organisationsstatuts. Das Eintrittsgeld beträgt mindestens 2 M., das voll den Bezirken verbleibt.

Der wöchentliche Mindestbeitrag beträgt für männliche Mitglieder 3 M., für weibliche Mitglieder 1,50 M. Der Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß hat das Recht, den Mindestbeitrag dem jeweiligen Geldwert entsprechend festzusetzen.

Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Mitgliedern der Jugendorganisation und weiblichen Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteiarbeit wird durch Umfrage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkaufte Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiausschuß festgesetzter Betrag quartalsmäßig an die Zentralkasse abgeführt wird. Erfährt der Mindestbeitrag oder die Höhe des an die Zentralkasse abzuführenden Beitrags eine Minderung, so wird der Parteivorstand dies mindestens einen Monat vor Beginn des Quartals in geeigneter Weise bekanntgeben. Die Kassensführung usw.

In § 18 Zeile 3 muß eingefügt werden:

„Über die Höhe des an die Zentralkasse abzuführenden Teiles des Mitgliedsbeitrages und Festsetzung des Mindestbeitrages.“

Heidelberg. Bei der Reizeugung der Parteibeiträge ist auf die wirtschaftliche Lage der Mitglieder in den einzelnen Bezirken und Ortsvereinen durch Einführung von Staffelbeiträgen Rücksicht zu nehmen. Die Einreichung in die einzelnen Staffeln erfolgt entweder auf Grund der Selbsteinschätzungspflicht oder nach der Drittstaffel-einteilung der Reichsbesoldungsordnung.

Hamburg. Der Parteitag möge beschließen: Vom 1. Oktober 1922 an beträgt der Mindestbeitrag für Männer 4 M., für Frauen 2 M. Am Einheitsbeitrag ist festzuhalten, Staffelbeiträge sind abzulehnen. Die Höhe der Sätze zur Abführung an die Hauptkasse bestimmt der Parteitag.

Bödingen. Der Parteitag möge beschließen, den prozentualen Anteil an den Beitragsmarkten zu erhöhen, damit es den Mitgliedschaften ermöglicht wird, mehr Mittel für die Agitation aufzuwenden und somit für die Ausdehnung der Partei mehr als bisher tätig zu sein.

München. Der Parteitag möge beschließen, daß an Stelle der bisherigen Wochenbeiträge Monatsbeiträge eingeführt werden.

Hannau. Da die Eheleute gemeinsam Mitglieder der Partei sind, ist ein Familienbeitrag einzuführen, der 25 Prozent niedriger ist als die Vollbeiträge, unbeschadet darum, ob die Eheleute einen Erwerb hat oder nicht.

Altenreutener und Invaliden mit langjähriger Parteizugehörigkeit können vom Beitrag befreit werden.

Köln. Der Parteitag möge beschließen, daß ein einheitlicher Beitrag erhoben wird, welcher der Entwertung unseres Geldes Rechnung trägt. Der Parteivorstand ist zu ermächtigen, die Beiträge von Fall zu Fall dem jeweiligen Geldwerte anzupassen. In Bezirken, in denen die Lage der arbeitenden Schichten eine besonders schwierige ist, kann ein entsprechend niedriger Beitrag gewährt werden.

Kreis Osnabrück. Bezugnehmend auf den Beschluß, Erhebung eines Stundenlohnes zur Stärkung des Wahlfonds, beantragen wir, daß neben der Ausgabe von Sammelkarten auch Wahlsondenmarken in verschiedener Höhe hergestellt werden, damit auch die Möglichkeit besteht, aus weiteren Kreisen Mittel aufzutreiben, da nach den bisherigen Erfahrungen bei Einreichen von Extrabeiträgen höchstwahrscheinlich die erwarteten Mittel nicht eingeht werden.

Bezirk Osnabrück. Der Parteitag möge beschließen, daß das Mitgliedsbuch der Partei als Eigentum der Sozialdemokratischen Partei erklärt wird, um jedem Mißbrauch vorzubeugen. Bei Austritt aus der Partei ist das Buch abzugeben.

Schwelm. Der Parteitag möge beschließen, daß die Agitation entsprechend zu erhöhen, damit die Partei in der Lage ist, die Agitation wie früher zu betreiben.

Stettin. Der Parteitag möge beschließen, daß diejenigen Reichs- und Landtagsabgeordneten, welche neben ihren Ämtern auch das volle Gehalt aus Organisationsstellen der Arbeiterbewegung beziehen, oder sonst in ihrem Einkommen als Beamte usw. nicht geschädigt sind, verpflichtet sind, einen, mit dem Parteivorstand zu vereinbarenden Prozentsatz ihrer Ämtern an die Parteiparteikasse abzuführen.

Coblenz. Der Parteitag möge beschließen, von jedem geleisteten Beitrag der männlichen Mitglieder unserer Partei sind 10 Pfennige den Bezirksbildungsausschüssen zuzuführen, damit diese in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Wieder bei Offenbach a. M. Der Parteitag möge beschließen: Bei Reichs- und Landtagswahlen sind Doppelmandate nicht mehr zulässig.

Wien. Der Parteivorstand wird beauftragt, die Parteipresse zu veranlassen, den wirtschaftlichen und handelspolitischen Teil der Parteipresse auszubauen.

Göttingen. Die vom Parteivorstand herausgegebenen Nachrichten für Funktionäre sollen sich mehr mit den Verhältnissen rechtsstehender Parteien befassen. Fast Dreiviertel der Rubrik für die Agitation ist mit Mitteln gegen links von uns stehende Parteien gerichtet.

Hamburg. In Anbetracht dessen, daß die Parteipresse das wichtigste Propagandamittel für unsere Ideen, für unsere Partei und für die Republik darstellt, und daß die Propaganda durch die Presse zugleich die beste Propaganda für die Presse ist, beauftragt der Parteitag die Parteileitung, eine Propagandazentrale einzurichten, die die Propaganda der Presse im ganzen Reich und über die Grenzen des Reiches hinaus überwacht und leitet.

Hamburg. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand, die Umwandlung der „Gleichheit“ in eine praktische Hausfrauenzeitung mit Schnittmusterbogen zu erwägen, da mit nur durch eine solche Zeitung an die indifferenten Frauen herankommen und sie für unsere Ideen gewinnen können.

Bochum. Der Parteitag bedauert die Haltung der „Neuen Zeit“ in der Einigungsfrage. Er empfiehlt dem Parteivorstand eine Einmischung auf die Redaktion, damit die „Neue Zeit“ ihre frühere Stellung als führende Zeitschrift der Gesamtpartei wiedererlangt.

Burg bei Mosbrow. Die vom Parteivorstand herausgegebenen Nachrichten für Parteifunktionäre müssen eine Umgestaltung erfahren in der Weise, daß in ihnen neben dem jetzt Besonderen wirtschaftlichen und Wissenswertes gedruckt wird. In der letzten Form bieten sie den aufmerksamen Lesern der Parteipresse nur

Wiederholungen längst bekannter Tatsachen, ohne in irgendeiner Beziehung befruchtend und fördernd in sozialistischen Sinne zu wirken. Die für diese „Nachrichten“ ausgegebenen enormen Druckkosten sind daher nutzlos und gebieten dringend eine Reform im oben angedeuteten Sinne.

Cassel. Das Organisationsstatut wird wie folgt abgeändert: „Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt.“

Chemnitz. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, das Statut der Partei umzuändern, daß die Zahl der Delegierten um etwa ein Drittel eingeschränkt wird.

Bezirk Osnabrück. Die Parteitage finden weiterhin alljährlich statt. Zur Verringerung der Unkosten sind die Parteitage nach mitteldeutschen Städten einzuberufen.

Worms. Der Parteitag wolle unter entsprechender Abänderung des Organisationsstatuts beschließen:

„Zukünftige Parteitage werden nach Bedarf und auf Bestimmung des Parteivorstandes und Parteiausschusses einberufen.“

Teier, Nonnweiler, Biever und Pfalz. Der Parteitag wolle beschließen:

§ 8 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, der vor dem Parteivorstand einzuberufen ist usw.“

§ 11 des Organisationsstatuts erhält folgende Fassung: „Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen: 1. Auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßtem Beschluß des Parteivorstandes und des Parteiausschusses usw.“

Hamburg. Der Parteitag möge beschließen, der Parteivorstand hat unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine umfassende Agitation für unsere Partei einzuleiten.

Breslau. Der Parteitag möge beschließen, daß alle sozialistischen Gemeindevorsteher, Stadträte, Stadtverordnete usw. in ihren Gemeinden Beschlüsse herbeiführen, welche den Stadtrat veranlassen, bei den gefestigten Körperschaften eine Abänderung des Gesetzes über die Schulpflicht dahingehend zu verlangen, daß den Gemeinden ein Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung der leitenden Posten in der Schulpflicht, entsprechend den von den Gemeinden zu leistenden Kostenzuschüssen, gewährleistet wird.

Waldenburg i. Schl. Der Parteitag möge beschließen, daß die Richtlinien des örtlichen Parteitag zum Erfurter Programm im Mitgliedsbuch aufzunehmen sind.

Arbeitsgemeinschaft der Eigemeinden. Der Parteitag wolle beschließen:

1. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur eine durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr die Republik sichern, damit die Lage der minderbemittelten Schichten des deutschen Volkes erträglich erhalten und besser gestaltet kann;

2. In klarer Erkenntnis der Tatsache, daß nur solche durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung, die nur eine klare Bekundung des festen Willens der Republik zur Macht, bis in den kleinsten Ort unseres Vaterlandes die begüterten, gewissenlosen, machtgütternen, rassistischen Gegner in ihre Schranken zurückweisen und den Anhängern der Demokratie und Republik das wankende Vertrauen wiedergeben kann;

in klarer Erkenntnis der Tatsache, daß die nötige Demokratisierung und Republikanisierung bis in den kleinsten Ort von den dafür verantwortlichen Republikanern nur durchgeführt werden kann, wenn ihnen ein ausreichendes Personalmaterial zur Verfügung gestellt wird.

fordert der Parteitag den Parteivorstand auf:

I. Sofort durch Umfrage (Fragebogen) bei sämtlichen Ortsvereinen bzw. Distrikten und Vertrauensleuten festzustellen:

a) welche Beamten und öffentlichen Angestellten sich gegen die Republik betätigt haben (mit Angabe der Betätigung und Zeugen);

b) welche Personen zuverlässig republikanischer Gesinnung in ihrem Gesichtskreis als Ersatz für die auszumerkenden Reaktionäre vorgeschlagen werden können (mit Angabe von Zeugnissen);

c) welche Persönlichkeiten von zuverlässig republikanischer Gesinnung für die Besetzung öffentlicher Posten in ihrem Umkreis in Frage kommen.

II. Das eingehende Personalmaterial durch die Bezirksverbände sorgfältig prüfen zu lassen und den für Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung, Rechtspflege und Reichswehr verantwortlichen Republikanern entsprechende Vorschläge zu unterbreiten und für die Durchführung dieser Vorschläge mit allen gefestigten Mitteln einzutreten.

III. Sofort mit dem DGB, der UFA, der GCS, sowie den anderen republikanischen Parteien und den ihnen befreundeten Gewerkschaften und Genossenschaften in Verbindung zu treten, um sie zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen.

Bezirksverband Witten. Der Parteivorstand wird beauftragt, nach in diesem Jahre eine Reichskonferenz der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Deutschlands einzuberufen, um über die wichtigsten Fragen der Kommunalpolitik, insbesondere solche der Finanzwirtschaft und Regiebetriebe, grundsätzliche Richtlinien zu geben.

Unterbezirk Unterkelbe (Stade). Der Parteitag möge beschließen: Für Bremen wird eine Geschäftsstelle der SPD eingerichtet. In jedem Jahre findet ein Preussentag der SPD statt, zu dem die preussische Landtagsfraktion einen Tätigkeitsbericht zu geben hat.

Bezirk Osnabrück. Die „Neue Zeit“ erfüllt in keiner Weise ihre Aufgabe als wissenschaftliches Organ der Partei. Der Parteivorstand wird beauftragt, für den Ausbau der „Neuen Zeit“ befragt zu sein.

Bezirk Niederschlesien. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in allen Bezirken je einen weiteren Sekretär anzustellen. Die Aufgabe dieser Sekretäre soll sein: Förderung und Ausbau der Arbeiterjugendbewegung, des Arbeiterbildungswesens sowie der Arbeiterwohlfahrtspflege.

Zur Deckung der Unkosten wird ein obligatorischer Extrabeitrag durch den Parteivorstand in allen Bezirken.

Wielmar. Der Parteitag möge die Ausschlußbestimmungen dahingehend abändern, daß der Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes auch von einem anderen Ortsverein, dem der Ausschließende also nicht angehört, gestellt werden kann.

Witten-Ostfalen. Der Parteitag möge beschließen: Beamte oder Vertreter des Reiches, der Länder sowie der Kommunen dürfen nicht Aktionäre eines Unternehmens sein, in dem die von ihnen vertretenen Körperschaften beteiligt sind.

Waldenburg i. Schl. Der Parteitag möge beschließen, den Mitgliedern zur Pflicht zu machen, sich für die weltliche Schule zu bekennen und dahin zu wirken, daß die Geistlichkeit beider Konfessionen die Agitation gegen die weltliche Schule zu unterlassen hat, da sie eine Schule zur Förderung der Republik ist.

Bezirk Westliches Westfalen. Parteigenossen dürfen einem Kriegerverein, der dem Koffhäuserbund angeschlossen ist, nicht als Mitglieder angehören. Treten sie auf Aufforderung nicht aus dem Verein aus, so sind sie aus der Partei auszuschließen.

Sande und Heidemühle. Parteimitglieder dürfen Krieger- und Militärvereinen als Mitglieder nicht angehören.

Semd. Die Partei hat mit den Gewerkschaftsorganisationen ein Abkommen zu treffen, daß in Zukunft jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich politisch zu organisieren hat, ferner hat jeder, wenn es in seinen Kräften steht, eine Parteipresse zu lesen. Jeder von nur gegnerischen Zeitungen sind aus den Gewerkschaften und Partei auszuschließen.

Breslau. Die ungeheure Teuerung zwingt die arbeitende Klasse zu Lohnforderungen, die oft erst durch wochenlange Streiks erkämpft werden müssen. Jede Lohnherabsetzung wird aber sofort durch Wucherpreise überholt, und um diesem Wucher entgegenzutreten, ist es Pflicht jedes Genossen und Gewerkschafters, auch Genossenschaftsmitglied zu werden.

Chemnitz. 1. Der Parteitag möge beschließen, daß der Parteivorstand den Beamtenreichsbeirat, der zur Unterstützung der Zentralkasse für Beamtenagitation gebildet worden ist, bedeutend erweitert. Vorgezeichnet wird, daß jeder Freitags mindestens fünf Vertreter aus den Reihen der organisierten Beamten zu den Sitzungen entsenden darf, wie er Stimmen im Reichspartei vertritt.

2. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß mit dem jetzigen verfehlten Besoldungssystem sofort gebrochen wird, da dieses in seinen Auswirkungen zusehends zu einer wirtschaftlichen und politischen Gefahr sich auswehlt.

Altenstadt (Schwaben). Die Parteileitung wird ersucht, bei allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bewegungen die Ortsvereine schnellstens zu unterstützen.

Coblenz. Der Parteitag wolle beschließen, in erhöhtem Maße die Agitation und Aufklärung auf dem Lande zu fördern, da das platte Land der „Hauptziel“ der Reaktion ist.

Potsdam-Ost. Der Parteitag wird ersucht, den Parteivorstand zu beauftragen, den Zusammenschluß der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher und Schöffen, Stadträte und Bürgermeister, und wo Landbürgermeister vorhanden sind, auch diese, in einer Organisation, getrennt nach Staaten und innerhalb dieser nach Städten und Landgemeinden, herbeizuführen.

Die Bedeutung, die heute schon den Landgemeindegremien wie dem Städte- und Reichs-Städtetag zukommt, erfordert im Interesse einheitlicher Aktion und der Förderung der Kommunalisierung geheimer dieser Zusammenkunft.

Die „Kommunale Praxis“ ist zu einem Organ auszubauen, mit dem die in der Praxis tätigen Genossen wirklich etwas beginnen können. In diesem Organ ist die Auswirkung der kommunalpolitischen Gesetze darzulegen wie auch deren erspürbare Kommunalisierung, weiter aber auch eine bessere Berichterstattung durchzuführen und durch alle diese Dinge ein Organ zu schaffen, das auch den Parteigenossen in den kleinsten Kommunalverbänden Material in die Hand gibt.

Malz. Der notwendige Gesundungsprozess des deutschen Volkslebens wird immer von neuem durch die Klassen- und Standespolitik des monarchistisch-militaristischen Staates bedroht. Mehr und mehr macht sich angesichts des gewaltigen Widerstandes der Schulklassen eine bedenkliche Verberührung aufbauwilliger Volksteile bemerkbar, wenn alle Versuche fruchtbarer Zusammenarbeit fortschrittlicher Schulklassen mit den sich regenden Kräften der Eltern und Lehrerschaft Auswirkungsmöglichkeiten unterbunden werden.

Bei dieser Sachlage macht der Parteitag der SPD, es seinen Mitgliedern zur unabwiesbaren Pflicht, mit größter Begeisterung und größtem Nachdruck der neuen Schule allerorten ausreichende Lebensmöglichkeiten zu erkämpfen. Eine wahrhaft neue Schule sey bei Behörden und Lehrerschaft des Bekenntnis zum republikanischen Volkstum im Geiste der Volks- und Völkergemeinschaft voraus.

Die Elternschaft erhält an allen Schulgattungen ein unterrichtliches, erzieherisch und pfelegerisches Mitwirkungsrecht durch die Einrichtung von Elternbeiräten als einer öffentlich-rechtlichen Institution.

An Stelle einer von außen hereingetragenen Sonderung der Jugend nach Einkommen, religiösen oder politischen Anschauungen der Eltern tritt die von wirtschaftlichen Rücksichten unbeeinträchtigte einheitliche Einheitschule; die einseitige Pflege des Intellekts wird ersetzt durch die alle jugendlichen Kräfte wachsende und pflegende weltliche Gemeinschaftsschule. Für den Aufbau einer wahrhaft freien Schule zum Volk ruft der Parteitag der SPD, alle schulfertigmachenden Parteien und Volksgenossen in Stadt und Land zur Mitarbeit auf.

Rössel. Der Parteitag wolle an die Bruderparteien Englands, Frankreichs, Belgiens und Italiens die Bitte richten, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um eine Revision des Versailler Friedensvertrages, der nicht nur den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und Europas bedeutet, sondern vor allen Dingen die praktische Sozialisierung verhindert, durchzuführen.

München. Der Parteitag möge beschließen, daß der Gruppe der Jungsozialisten nur Jugendliche im Alter von 18 bis 20 Jahren angehören dürfen. Jugendliche über 20 Jahre sind der Partei zuzuführen.

Gelnau. In Orten, wo Arbeiter- oder Arbeitergenossenschaftsorganisationen bestehen, dürfen Parteigenossen nicht Mitglieder oder genannter bürgerlicher Vereine sein, daselbe gilt auch für die Landwehr- und Kriegervereine.

Stollberg-Schneeberg. Um eine gerechtere Würdigung der Parlamentsarbeit unserer Genossen herbeizuführen, verpflichtet der Parteitag die maßgebenden Instanzen, den Parteigenossen schneller als bisher die Beweggründe ihres Handelns darzulegen. Insbesondere müssen unsere Funktionäre frühzeitig genug hinreichend informiert werden, damit sie den Einwänden von rechts und links schlagkräftig begegnen können.

Dies bezieht sich besonders auf jene Fragen, die in besonders hohem Maße die Interessen der arbeitenden Masse betreffen: Wucherbekämpfung, Steuerfragen, Koalition mit bürgerlichen Parteien usw.

Unterbezirkskonferenz Hindenburg-Beuthen. Der Parteitag wolle beschließen: In Ermägung, daß durch die interlokale Besetzung und durch die Abstimmungsmaßnahmen in Oberhesseln die Bevölkerung über die deutsche Innen- und Außenpolitik nicht auf dem laufenden gehalten werden konnte, wolle der Parteitag veranlassen, daß durch Spezialreferenten eine intensive Agitation zur Aufklärung über die Staats- und Gemeindepolitik der Sozialdemokratie und über die parlamentarischen Verhandlungen durchgeführt wird.

Neu-Ulm. Der Parteitag wird beauftragt, von Zeit zu Zeit das wichtigste Material mit den von unserer Partei gestellten Anträgen und die Abstimmungen der einzelnen Parteien in Broschürenform herauszugeben und an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreis zu verabsorgen.

IV. Bericht der Reichstagsfraktion.

München. 1. Der Parteitag möge beschließen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beauftragt wird, mit aller Entschiedenheit den bayerischen Sonderinteressen entgegenzutreten.

2. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, in Zukunft den Forderungen des DGB, in bezug auf die Verbesserung der Gehaltsbezüge der Reichsbeamten mehr Rechnung zu tragen als bisher.

3. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, daß in Zukunft analog der Verbesserung der Bezüge der Beamtenpensionisten auch die Bezüge der Invaliden- und Unfallrentner verbessert werden.

Kiel. Der Parteitag möge beschließen:

1. Die Fraktion hat im Reichstage dahin zu wirken, daß die schwarzweirte Fahne für das gesamte Reichsgebiet verboten und das Zeigen dieser Fahne unter empfindliche Strafe gestellt wird.

2. Als Handelsflagge und als Kriegsschiffsflagge ist die Reichsflagge einzuführen.

Semd. Die Fahnenfabriken werden verpflichtet, bis 1. Januar 1923 sämtliche Gemeinden, Städte und Behörden mit Nationalflaggen zu beliefern, andernfalls erfolgt reichsgesetzliche Schließung des Betriebes.

Berlin. Der Parteitag ersucht den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold zur Flagge der Reichswehr bestimmt wird.

München. Der Parteitag wolle dafür Sorge tragen, daß das Reichs-Mieterschutzgesetz baldigst im Reichstage behandelt werde und daß insbesondere aus der Gesetzesvorlage alle Bestimmungen gestrichen werden, die dem Willen des Gesetzes nicht genügend Rechnung tragen.

Witten i. Ostpr. Die andauernde Geldentwertung führt zu einer immer größer werdenden Verelendung der nichtbesitzenden Bevölkerungsschichten, während die Inhaber der Produktionsbetriebe sich eine immer höher ansteigende Gewinnquote aneignen.

Die Klust in der Nation zwischen verarmenden hungernden Menschen und denen, die in Luxus, Schwelgerei und Uebermut dahinfliehen, reißt immer weiter auf.

Um einen Ausweg aus der Not der fortschreitenden Teuerung zu schaffen, fordern wir Konfessionierung und Vergenossenschaft-

Rückung jeden Handels und Verbot der Spekulation, die Waren aufhäuft, zurückhält und oft dem Verderben preisgibt.

Wir fordern planmäßige Wirtschaft. Wir fordern Festsetzung von Höchstpreisen für alle Lebensmittel, alle Kleidungs- und alle Wirtschaftsgüter auf Grund der Ermittlungen des statistischen Reichsamtes.

Der wilde Preistreiberei soll Einhalt geboten werden durch Höchstpreise, die nicht überschritten werden dürfen.

In der Landwirtschaft ist eine Wirtschaftsorganisation mit staatlicher Kontrolle und Mitteln so auszubauen, daß jedes Gut so intensiv wie möglich bewirtschaftet wird, um dem Volk genügende Nahrung zu sichern.

Wir erwarten, daß durch diese Maßnahmen der fortschreitenden Teuerung im Inlande Einhalt geboten wird und daß sich die jetzt im Streit um Preiserhöhung und Lohnzuschläge befindlichen Wirtschaftsorganisationen wieder der produktiven Arbeit des Ausbaues unserer Wirtschaft widmen können.

Wir erwarten Zufriedenstellung der hungernden Volksmassen, die sich mit dem Gedanken einer Staatsumwälzung tragen, um Ausbeuter und Wucherer gewaltlos zur Vernunft zu bringen.

Wir erwarten durch Zwangshandel und Zwangspreise eine Stabilisierung der inneren Welt.

Königsberg. Die Reichstagsfraktion ist anzudeuten, ihren ganzen Einfluß gegenüber dem Bucher und der dadurch entstehenden Verelendung der arbeitenden Bevölkerung geltend zu machen. Nur durch die schärfste Bekämpfung des Buchers durch die strengsten Gesetze für Bucher und Schreiber ist die drohende Katastrophe — die Katastrophe eines verhungerten Volkes — aufzuhalten. Die Versammlung weiß, daß der Verstoß von Versailles, dieses grausame, himmlische Ergebnis des Krieges, die Hauptursache an dem Elend des deutschen Volkes trägt, aber sie weiß auch, daß ebenso grausam und noch verwerflicher die Tätigkeit der eigenen Volksgenossen ist, die aus der Not des Volkes nach Kapital zu schlagen verstehen. Die Versammlung erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie nichts unversucht lassen wird, um der Ausbeutung der deutschen arbeitenden Klasse energisch entgegenzuwirken.

Kirchheimbolanden. Der Parteitag fordert, daß die Besitzer von Schwerten zu größerer Kuchbarmachung derselben im Interesse der Allgemeinheit gesetzlich verpflichtet werden. Insbesondere wären Besitzer von landwirtschaftlichem Grundbesitz strengstens anzuhalten, eine der Größe ihres Grundstückes entsprechende Anzahl Rüststücke zu halten.

Mainz. Der Parteitag wolle beschließen: Die Zwangswirtschaft ist, soweit sie noch besteht, aufrechtzuerhalten und auszubauen zum Schutze der Verbraucher.

Hindenburg. Der Parteitag wolle beschließen:

Die Reichstagsfraktion sowie die Landtagsfraktionen werden beauftragt, mit größter Entschiedenheit darauf hinzuwirken, daß die Demokratisierung der Verwaltung mit allen Mitteln gefördert wird. Dazu genügt nicht allein, daß vereinzelt republikanische Politiker als Behördenchefs eingesetzt werden; es muß zunächst den alten Reaktionskräften in der Verwaltung, solange sie noch gebildet werden, jeder Einfluß auf die Personalpolitik der Behörden genommen werden, damit nicht, wie bisher, höchst intelligente Beamte, nur weil sie Republikaner sind, ihr Leben lang zum Nachteil des Staates in den untersten Dienststellen stecken bleiben, während erbitterte Feinde der Republik trotz mangelnder Brauchbarkeit in bessere Stellen aufrücken und in erhöhtem Maße die Republik sabotieren können. Unter Preisgabe der bisherigen, veralteten Anstellungs- und Beförderungsgesetze für Beamte muß allen besonders befähigten und tüchtigen Beamten der unteren und mittleren Gruppen, soweit sie überzeugte Republikaner sind, die Bahn für ihren Aufstieg schnellstens freigemacht werden. Dies ist der allein Erfolg versprechende Weg zur Demokratisierung der Verwaltung und daher eine Lebensfrage für die junge Republik.

Heidelberg. In Anbetracht der Tatsache, daß die Einkommensverhältnisse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung immer weniger mit dem riesenhaften Anschwellen der Kosten der Lebenshaltung Schritt zu halten vermögen und dadurch die wirtschaftliche Existenz breiter Bevölkerungsschichten auf das ernsteste gefährdet ist, möge der Parteitag die Reichstagsfraktion beauftragen, sich mit aller Entschiedenheit für die Wiedereinführung der Amanaswirtschaft für die wichtigsten Lebensmittel (vor allem Zucker, Kartoffeln usw.) und die dringendsten Bedarfsartikel (z. B. Schuhe) einzusetzen.

Unterbezirk Birna. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, durch beschleunigte Gesetzentwürfe

1. den in der Denkschrift des Landwirtschaftsministers Genossen Braun vom Jahre 1920 enthaltenen Vorschlag I auf Herstellung von Stickstoff und phosphorhaltigen Düngemitteln durch das Reich und die sofortige öffentliche Bewirtschaftung nach Vorschlag II, zwei Drittel Kredit an die landwirtschaftlichen Organisationen zu beauftragen.

2. Die sofortige Sozialisierung des Kohlenbergbaues zu beauftragen.

3. Eine beschleunigte Beratung des Kommunalisierungsgesetzes zu erwirken.

Der Parteivorstand soll zur Unterstützung seines Vorgehens die Massen aufrufen.

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, die Trennung von Staat und Kirche gemäß den Bestimmungen der Reichsverfassung, die bereits bis zum 31. März 1920 durchgeführt werden sollte, nunmehr mit allen gesetzlichen und parlamentarischen Mitteln durchzuführen.

Der Parteitag wolle nachstehende Anträge der Reichstagsfraktion zur Bearbeitung und Durchführung überweisen:

Antrag auf Schaffung eines Verkaufsverbotes für alkoholische Getränke und Rauchentwürfen an Jugendliche bis zum Alter von mindestens 16 Jahren.

Antrag auf Einführung der Gesundheitslehre, besonders der theoretischen und praktischen Säuglingspflege, für Schulkinder vom letzten Schuljahre ab.

Antrag auf Reform der Waffenhäuser.

Bezirk Orlach. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß im Interesse unserer Volksernährung und des Marktwertes die Verarbeitung von Kartoffeln, Getreide, Zucker und Obst zu alkoholischen Getränken, sowie die Einfuhr solcher Getränke verboten wird. Nach offiziellen Angaben sind bei der Herstellung von Kaufgetränken 22 Millionen Zentner Getreide, 25 Millionen Zentner Kartoffeln und 3 1/2 Millionen Zentner Zucker verbraucht worden. Um diese Mengen aus dem Auslande zu beziehen, müssen bei einem Dollarkurse von 250 M. mindestens 20 Papiermillarden aufgebracht werden. Während auf der einen Seite erhebliche Teile deutschen Volksernährung zur Herstellung alkoholischer Getränke aufwendet werden, muß Deutschland zur besseren Ernährung seiner Kinder die Unterstützung des Auslandes in Anspruch nehmen. Die sozialdemokratische Partei muß es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, die Verschleppung in kostbarer Volksernährung zu unterbinden.

Bezirk Orlach (S. Unterbezirk). 1. Im Interesse der Volksernährung und der Volksgesundheit erscheint ein sofortiges Verbot der Alkoholherzeugung und des Konsums dringend geboten. Falls ein solches zurzeit nicht zu erzielen ist, müßte die Einschränkung der Alkoholherstellung und des Verbrauches nach Möglichkeit erstrebt werden.

2. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu eruchen, auf eine abschließende Verabschiedung des seit etwa drei Jahren fertigen Entwurfs eines Reichspflegegesetzes zu dringen.

3. Der Parteitag wolle beschließen, für in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung latente Anosie eine Unterstützungseintrichtung (Versicherung) zu schaffen, die nach prozentualer Beitragsleistung für Gehalts- und Lohnempfänger so aufgebaut wird, daß eine den Verhältnissen entsprechende Gegenleistung gewährleistet werden kann.

Eine Verarmung mit den bestehenden Pensions- und Unterstützungskassen der Partei, des ADGB und der Konsumvereine ist anzufechten.

4. Unter völliger Anerkennung der Leistung unserer Genossen in den Parlamenten drücken die Parteigenossen den Wunsch aus,

daß die Partei auf wirtschaftlichem Gebiete mehr Initiative entwickelt und als eine der nächsten Aufgaben eine Erweiterung der Zwangswirtschaft durchsetzt.

Bezirk Orlach (S. Unterbezirk). Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß die Gesetzesbestimmungen der §§ 218/19 des Reichsstrafgesetzbuches gemildert werden, welche dem Verstoß gegen das feindliche Leben gelten. Es soll in der Zeit bis zum dritten Monat ärztlicher Eingriff gestattet werden, da mit den Vielgeburten das Los der Arbeiterklasse verschlimmert wird.

Die Reichstagsfraktion ist zu verpflichten, schleunigst eine Revision des Versorgungsgesetzes in die Wege zu leiten und den Aufbau der Polizei nach moderneren staatlichen und staatsbürgerlichen Bedürfnissen, in Anlehnung an das Programm der Polizeibeamten des Reichsverbandes Deutschlands, durchzuführen.

Mindelheim. Der Parteitag ersucht die Reichs- und Landtagsfraktionen der Partei, auf die Reichs- und Landesregierungen in erhöhtem Maße zugunsten der öffentlichen Gesundheitspflege einzuwirken. Vom Reichstag wird verlangt die Genehmigung erheblicher Mittel zur tafelfrüher Bekämpfung der immer mehr um sich greifenden Volksleiden, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. Die Prostitution ist durch Schaffung sozialer Gesetze energigehrig zu unterdrücken. Gleichzeitig soll in Stadt und Land sichtlich hochstehende Aufklärungstätigkeit entfaltet werden, deren Kosten das Reich und die Länder übernehmen.

Bezirk Mitten. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten, daß im Interesse unserer Volksernährung und unserer Valuta die Verarbeitung von Kartoffeln, Getreide, Obst und Zucker zu alkoholischen Getränken sowie die Einfuhr solcher Getränke verboten wird.

Mindelheim. Der Parteitag fordert von der Reichs- wie Landtagsfraktion, daß mit aller Schärfe Schritte unternommen werden, um eine weitere Lebensmittelteuerung nach Möglichkeit zu unterbinden. Auf eine richtige Versorgung der Verbraucher mit Inlandszucker soll das Hauptaugenmerk gerichtet werden.

Unterbezirk Bremen. I. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, einen aus Partei- und Gewerkschaftskreisen zu berufenden Ausschuss einzusetzen, der beauftragt wird, Richtlinien für Teuerungsmassnahmen auszuarbeiten, die von unseren Vertretern in den Parlamenten, den Gemeinden, den Ländern und dem Reich zur Richtschnur für ihre Arbeit dienen können.

II. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion im Interesse unserer Volksernährung zu beantragen, daß die Kartoffel-, Getreide-, Zucker- und Obstmengen, die zur Verarbeitung zu Alkohol in Frage kommen, wesentlich herabgesetzt werden.

III. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion und die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung

1. mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die beschlossene Getreideumlage voll durchgeführt wird,
2. die Ausfuhrabgabe der Großindustriellen und der handelsrechtlich beträchtlich erhöht und sie ständig der Entwertung unserer Zahlungsmittel angepaßt wird,
3. daß Höchstpreise für Eisen und Stahl, Holz und Zement bestimmt werden, da diese Industrien die Entwertung der Valuta weit über das berechnete Maß ausnützen,
4. daß die Luxusimport auf das äußerste beschränkt und der Devisenhandel auf das schärfste beaufsichtigt wird,
5. bei kommenden Steuerkämpfen zur Bilanzierung des Staats ist erneut die Besteuerung der Schwerte zu fordern und energig auf eine Vereinfachung des Steuerwesens zu dringen.

IV. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, sich für einen einfacheren Aufbau der Behördenorganisationen einzusetzen, besonders die Reichszuschüsse zur Schutzpolizei der Länder davon abhängig zu machen, daß diese Truppe sich allmählich zu einer reinen Polizeitruppe umbildet.

Heinrichswalde. Der Kreisvorstand des Kreises Niederung zu Heinrichswalde, sowie die Bezirkskonferenz des Agitationsbezirks Gumbinnen, geduldig zur Broschüre Ostpreußen, stellen zum Parteitage in Augsburg folgende Anträge:

Der Parteitag Augsburg wolle beschließen:

1. Sofortige Abholung der Domänenpächter und die Domänen durch republikanisch gesinnte Verwalter bewirtschaften zu lassen.
2. Regierungseitig die Planwirtschaft in der Landwirtschaft einzuführen, um der Massenverelendung endlich Einhalt zu tun.
3. Die gelegentlichen Körperkassen zu erlösen, gemeinsam mit Sachverständigen dahin zu wirken, der Landwirtschaftskammer und der Landgesellschaft in jeder Provinz ihre selbstherrliche Macht zu beschränken und von der Regierung ein Gesetz zu fordern, welches eine paritätische Aufnahmehung mit Arbeitern vorsieht.

Friedl. Der Parteitag möge die Sozialgesetzgebung behandeln, sowie die Fraktionen der Parlamente des Reiches und der Länder veranlassen, zu beantragen:

1. Die Revision der Krankenversicherungsgesetze.
2. Ausbau der Erwerbslosenversicherung.
3. Bessere Versorgung der Sozialrentner, Kriegsinvaliden, Witwen und Weisen.
4. Ausbau des Heimarbeiterschutzes.
5. Förderung des Wohnungsbaues unter finanzieller Heranziehung der Arbeitgeber.
6. Erhöhung der Entschädigungssummen für Geschworene, Schöffen und Volksschlichter.

Der Parteitag wird ersucht, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die automatische Steigerung der Arbeitslöhne gegenüber den Teuerungsverhältnissen vorsieht.

Heidelberg. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Reichstagsfraktion aufgegeben wird, sich dafür einzusetzen, daß das Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. Dezember 1921 dahingehend ausgebaut wird, daß den kommunalen Verwaltungsstellen zur Pflicht gemacht wird, die in Frage kommenden Invaliden der Arbeit öffentlich aufzufordern, sich bei der hierzu zuständigen Kommission wegen Prüfung ihrer Ansprüche zu melden. In der öffentlichen Aufforderung sind die Namen der Kommission zu nennen und soll durch dieses Verfahren vermittelt werden, daß die Antragsteller nicht vorweg von den kommunalen Verwaltungsstellen abgewiesen werden.

Semb. Ausarbeitung eines richtigen Versorgungsgesetzes und Gewährung höherer Rente hat die SPD. im Reichstag zu beantragen.

Schwabach-Altendorf. Die Reichstagsfraktion wird dringend ersucht, im Reichstage dahin zu wirken, daß in Anbetracht der großen Teuerung die Bezüge der Invaliden- und Altersrentner eine Erhöhung erfahren.

München. Unsere Genossen im Reichstag werden ersucht, jede Gelegenheit wahrzunehmen, der Zersplitterung in der Sozialgesetzgebung (Unfall-, Invalidenversicherung sowie Ortsrentenkassen einerseits, Angestelltenversicherung, Betriebs-, Anwarts- und Erbschaftenkassen andererseits) energig entgegenzuwirken. Die Genossen und Genossinnen erwarten von der Reichstagsfraktion die baldige Vorlage eines großzügigen, einheitlichen, den Verhältnissen angepaßten Sozialversicherungsgesetzes.

München. Die sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten sollen mit allem Nachdruck für eine Herabsetzung des Ortsrentengesetzes eintreten, durch welche die Vororte der Großstädte dieser gleichgestellt werden.

Stollberg-Schneeberg. Der Parteitag wolle beschließen: Die Fraktion zu beauftragen, die von der Sachverständigenkommission in ihrem Gutachten über die Sachverhältnisse herausgegebenen Beiträge, die dem Gewerkschaftsverband Leipzig zur Beurlaubung vorgelegt haben, als Richtschnur für ihre parlamentarischen Arbeiten im Reichstag zu benutzen und mit allem Nachdruck für deren baldige Verwirklichung einzutreten.

Stollberg-Schneeberg. Die Not der Presse ist die Not des Volkes. Nach dem Zusammenbruch von circa 2000 Zeitungen hat sich herausgestellt, daß die von der Regierung hiergegen unternommenen Massnahmen unzulänglich sind. Wir möchten auf die erste Ge-

fahr der weiteren Einschränkung des wichtigsten Faktors der Presse aufmerksam und ersuchen die Reichstagsfraktion, entsprechende Gesetzesvorlagen auszuarbeiten. Die energigste Bekämpfung des Papierwuchers muß sie sich besonders zum Ziel setzen.

Stollberg-Schneeberg. Das Reichstagswahlgesetz vom 27. April 1920 muß einer umfassenden Nachprüfung unterzogen werden. Das kürzlich dem Reichsrat zugegangene neue Reichstagswahlgesetz wird diesem Verlangen nicht gerecht. Es beschränkt sich auf die Bildung des neuen Wahlkreisverbandes Berlin und einer Reihe mehr technischer Einzelheiten. Beizubehalten sind die Grundlagen des bisherigen Verhältniswahlgesetzes, das automatische System, wonach auf je 60 000 Stimmen ein Abgeordneter entfällt, und die Aufrechnung aller Reststimmen auf das ganze Reich hindurch. In der praktischen Ausgestaltung des Systems treten von Wahl zu Wahl Mängel hervor, die ohne Änderung des Grundcharakters des Gesetzes beseitigt werden müssen.

Die Reichstagsfraktion wolle endlich eine wirkliche Neueinteilung der Reichstagswahlkreise in die Wege leiten. Die jetzigen sind viel zu groß. Sie müßten bedeutend verkleinert und ihre Zahl dementsprechend vermehrt werden. Dabei wäre auch eine persönliche Prüfungnahme der Kandidaten mit ihren Wählern besser gewährleistet.

Breslau. Die Reichstagsfraktion hat bei der jetzt beabsichtigten Änderung des Reichswahlgesetzes einen Antrag auf Neuregelung der Reichstagswahlkreise zu stellen. Bei der Neueinteilung ist besonders eine Verkleinerung der Wahlkreise zu fordern. Ferner ist auch der Eigenart von Großstädten, Industriebezirken und rein agrarischen Gegenden nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Stollberg-Schneeberg. Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, von der Regierung die Einbringung eines Gesetzentwurfes über staatliche Grundwert- und Zuwachssteuer zu fordern, ähnlich dem, wie er von Dr. Damaschke, dem Vorsitzenden des ständigen Agrarischen Beirates nach Möglichkeit im Reichsarbeitsministerium, in Verbindung mit den Vertretern ähnlicher Organisationen entworfen wurde.

Der Parteitag hat mit Nachdruck von der Reichstagsfraktion zu fordern, daß der ebenfalls vom ständigen Beirat dem Reichsarbeitsministerium längst vorgelegte Entwurf eines Bodenreformgesetzes, der den erleichterten Erwerb und besseren Gebrauch des deutschen Bau- und Wirtschaftslandes ermöglichen und den Gemeinden ein durchgreifendes Enteignungsrecht geben würde, dem Reichstage endlich zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt wird.

Stollberg-Schneeberg. Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung und im Reichstag dahin zu wirken, daß durch Reichsgesetz die Rechte der Verbraucher in Verbraucherkammern festgesetzt werden.

Die Verbraucherkammern sollen paritätisch zusammengesetzt sein:

1. aus Verbrauchern, die von den gewerkschaftlichen Organisationen ihren Mitgliedsbeiträgen entsprechend delegiert werden;
2. aus Verbrauchern, die von sonstigen Organisationen der Konsumenten und Händler entsandt werden.

Die Verbraucherkammern sollen die Aufgabe haben, bei den Preisfestsetzungen mitzuwirken. Sie sollen das Recht haben, jede Preisfestsetzung, die ohne ihre Mitwirkung entstanden ist, als rechtlich unwirksam zu beanstanden.

Die Verbraucherkammern sollen, da die Freigabe der Wirtschaft nicht die Möglichkeit einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln und Bedarfsartikeln gebracht hat, als Träger einer planmäßig geregelten Wirtschaft für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel fungieren. Ihre Beschlüsse sind von den ausführenden Behörden zu beachten und durchzuführen.

Stollberg-Schneeberg. Die Ernährung des deutschen Volkes wird immer schwieriger. Zu der mangelhaften Ausbeutung, unter der wir seit Jahren unerhört zu leiden haben, droht eine Misere zu kommen. Der Parteitag fordert von der Reichsregierung unverzüglich Massnahmen zur Sicherstellung der notwendigen Lebensmittel. Einen Weg hierzu erblicken wir in der eventuellen Wiedereinführung der Amanaswirtschaft, soweit die Möglichkeit dazu gegeben ist. Auch der Preisbildung der Getreide und Getreideprodukte muß die Regierung entgegenwirken; denn alle Wirtschaft und Beharhalten sind für Millionen von Volksgenossen unerschwinglich. Weiter fordern wir rückständige Bekämpfung des Wuchers durch Beschloßnahme des Vermögens- und langjährige Justizhausstrafe für die Ueberführten.

Jena. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, in entschiedener Weise die Interessen der Kriegsoptioner zu vertreten. Insbesondere müssen die kriegsbeschädigten Industrieerwerber und Angehörigen, deren Einkommen bei allen Gesetzentwürfen erforscht wird, gegenüber dem der selbständigen Berufe, mehr geschützt werden. Die Bedürfnisgrenzen für Schwerbeschädigte und Kriegserwitwen entsprechen zurzeit keineswegs der Geldentwertung. Die Reichstagsfraktion der SPD. muß den Schutz dieser proletarischen Kreise übernehmen.

Erfurt. Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion des Reichstages zu beauftragen, daß erstens bei der Revision des Schutzpolizeigesetzes auf alle Fälle für die Schutzpolizeibeamten das Berufsbeamtentum eingeführt wird;

bei der Neubearbeitung des Beamtenbesoldungsgesetzes (April 1923) eine gerechte Einarruppierung zu erwirken.

Weimar. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, alle parlamentarischen Mittel anzuwenden, damit die Angehörigen der Schutzpolizei in ein Beamtenverhältnis mit seinen Rechten dem Staat gegenüber gebracht werden. Das vom Reichsrat angenommene Schutzpolizeigesetz darf in seinem grundsätzlichen Aufbau nicht bestehen bleiben, weil sich mit ihm der Staat keine Polizeibeamtenschaft heranziehen kann, die eine Stütze zur Sicherung und Erhaltung der republikanischen Staatsform sein soll.

München. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln gegen eine Durchbrechung des Reichstages bei der Verabschiedung des Arbeitsgesetzes zu wirken.

Oberlesben. Die Reichstagsfraktion soll sich dafür einsetzen, daß eine Reichspensionskasse für Angestellte und Arbeiter eingerichtet wird.

Barth. Der Parteitag möge beschließen, daß die Partei mit der Deutschen Volkspartei eine Regierungskoalition nicht einget.

Breslau. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, auf die Fertigstellung des Ausführungsgesetzes zum Artikel 48 der Reichsverfassung nach der Neuwahl des Reichspräsidenten hinzuwirken.

Unterbezirk Lüneburg. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages möge für eine Regierungserweiterung nach links eintreten.

Berlin. Es wird beantragt, daß auf dem Parteitage die Abgeordneten unserer Partei beauftragt werden, dahingehend zu wirken, daß Offiziere und Beamten a. D., die sich geschwändrig in monarchistischem Sinne, also republikfeindlich betätigen, die Pension entzogen wird.

Barth. Bestrafung Sudendorffs wegen seiner Verbindung mit den Räteregierungen und seiner Ritzschlichkeit sowie auch wegen seiner treibenden Kraft beim Rapp-Putsch (siehe Jagow-Prozess).

Barth. Hindenburg die Propagandareisen zu verbieten im Hinblick auf die demagogischen gegenrevolutionären Antriebe bei seinem Empfang in Königsberg, bei dem auch Menschenleben verunruhigt worden sind.

Barth. Landesverweisung der gesamten Hohenzollernangehörigen.

Frankfurt a. M. Dem Parteitag ist zu empfehlen, sofort mit der USG. gemeinsam eine Volksabstimmung über die Konstitution des Hohenzollernvermögens einzuleiten.

Barth. Beschloßnahme des gesamten Hohenzollernvermögens durch die Regierung und Verteilung desselben an die Kriegsschädigten.

Mosbach (Baden). Der Parteitag wolle beschließen: Reichs- und Landtagsfraktionen haben sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln und Kräften dafür einzusetzen, daß die noch bestehenden Ständeherrschaften enteignet und ihr Besitz unter die Betracht kommenden Gemeinden verteilt werden.

Breslau. Der Parteitag wolle beschließen, die Demokratisierung der Hochschulen nachdrücklich zu betreiben und vor allem die Beseitigung jener leitenden Beamten im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die die Demokratisierung durch Scheinreformen verhindern, zu fordern.

Insterburg. Der Parteitag wolle beschließen, die Regierungen nachdrücklich zu ersuchen, die notwendige Demokratisierung bei allen Reichs- und Staatsbehörden entschieden durchzuführen. Im besonderen ist zu fordern, daß alle nichtrepublikanischen politischen Beamten sofort zur Disposition gestellt werden, alle anderen höheren nichtrepublikanischen Beamten zum mindesten an Stellen versetzt werden, wo sie nicht die republikanische und verfassungstreue Beamenschaft zurücksetzen und bedrücken können. Seit Ende Stellen bei Justiz, Eisenbahn und Post sind nur durch zuverlässige Republikaner zu besetzen.

Hannover. Der Parteitag wolle alle Parteinstanzen beauftragen, darüber zu wachen, daß die Maßnahmen, die zum Schutze der Republik getroffen sind, restlos durchgeführt werden. Alle reaktionären Beamten, vor allem Lehrer, welche die jungen Kinderseelen durch hegerische Politik vergiften und das alte System verherben, sind aus ihren Stellen zu entfernen.

Wilmersdorf. Der Parteitag erwartet von den Vertretern der Partei in den Parlamenten, in der Reichsregierung und in den Ländern, daß sie nach den ungünstigen Erfahrungen der jüngeren und jüngsten Vergangenheit künftig der Lösung der Personensachen bei der Besetzung von Staatsamtsstellen für die öffentliche Ordnung sowie der Auswahl der leitenden Beamten wichtiger Polizeikörper, insbesondere auch der neuen Reichspolizei, ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Nur Gesinnungsrepublikaner, bei denen neben ihrer selbstverständlichen äußeren fachlichen Eignung die unbedingte Treue und Hingabe an die Republik und ihre Sicherung außer allem Zweifel steht, dürfen mit Zustimmung von Sozialdemokraten in solche Stellen berufen werden.

Berlin. Der Parteitag beauftragt, daß nach fast vierjährigem Bestehen der Republik in mehreren Ländern die Auseinanderziehung mit den früher regierenden Fürstentümern, insbesondere in Preußen mit den Hohenzollern, noch nicht durchgeführt ist.

Der Parteitag fordert die sozialdemokratischen Abgeordneten und Minister in diesen Ländern auf, der beschleunigten Erledigung dieser Angelegenheit ihre volle Kraft zu widmen und dafür zu sorgen, daß die aus Mitteln der Allgemeinheit erwachsenen Baudenkmäler, Kunstschätze, Biegenschaften und sonstigen Vermögensbestände der Allgemeinheit dauernd erhalten bleiben.

Die zur Erleichterung dieses Vorgehens etwa erforderlichen reichsgesetzlichen Ermächtigungen der Länder sind unverzüglich herbeizuführen.

Semd. Die Gesetze zum Schutze der Republik sind zu verschärfen und müssen mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt werden.

Börsch. Es ist mit Bedauern festzustellen, daß trotz drei Jahren Republik viele öffentliche Verwaltungen der Republik noch vorwiegend monarchistische Propaganda treiben. Beweis: Schul- und Lehrbücher der Schulen, Aushang monarchistischer Bilder in Schul- und Amtsräumen, Nichtflagen der Reichsjahre Schwarz-Rot-Gold bei gegebenen Anlässen, Benutzung von Amtsiegeln und Formularen mit dem Prädikat „Kaiserlich“, „Königlich“ usw. Auf der anderen Seite finden führende Republikaner nicht den gerechten Schutz gegenüber den Verleumdungen der monarchistischen Presse. Beamten wird unterlagt, für den republikanischen Gedanken offen einzutreten. Die Verammlung erwartet von allen Parteinstanzen, daß sie sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß diese systematische „amtliche“ monarchistische Propaganda ausserachtet wird, und fordert von der Regierung und allen amtlichen Organen eine großzügige republikanische Propaganda. Darunter gehört die Beseitigung obiger Mißstände und die Erklärung des 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage, unter Beseitigung des Postgesetzes. Grundfähliche Neuregelung des Amtsblattwesens (Monarchistenpresse darf nicht als amtliches Organ in der Republik gelten).

Hamburg. Der Parteitag erwartet von allen Genossen, die in der Regierung und Verwaltung an verantwortlicher Stelle stehen, daß sie dafür Sorge tragen, daß in ihrem Dienstbereich die vom Reichstag und den Parlamenten der Länder beschlossenen Schutzgesetze mit rücksichtsloser Energie durchgeführt werden. Der Parteitag ist sich bewußt, daß die Widerstände an manchen Orten gewollt sein werden. Dann aber gilt es für die Genossen, ohne jede Beschränkung der Parteigenossenschaft von diesen Schwierigkeiten Kenntnis zu geben. Nur reifliche Klarheit und gegenseitiges Vertrauen sichern den endgültigen Sieg.

Breslau. Die energische Personalpolitik, die der Genosse Seering, soweit ihn nicht die große Koalition daran hindert, auf dem Gebiete der inneren Verwaltung in dem größten deutschen Lande treibt, findet die Zustimmung des Parteitages. Sie genügt aber nicht für die völlige Demokratisierung der Verwaltung. Der Parteitag fordert, daß auch die gesetzliche Regelung des organisatorischen Umbaus der inneren Verwaltung im demokratischen Sinne beschleunigt wird. Für die Neuregelung der gemeinlichen Selbstverwaltung fordert der Parteitag dabei Berücksichtigung der Mindestforderungen des Parteiprogramms, besonders das gemeinliche Einkommen-System. In der beschleunigten Umgestaltung der Selbstverwaltung für Kreis und Provinz im demokratischen Sinne sieht der Parteitag die wichtigste Vorarbeit für die notwendige Neugliederung des Reiches.

Hamburg. Die Fraktion des Reichstages hat einen Gesetzentwurf im Reichstage vorzuschlagen, in dem die Abschaffung des Adels sowie der Titel und Auszeichnungen aus dem wilhelminischen Zeitalter ausgesprochen wird.

Hildesheim. Der Parteitag wolle darauf hinwirken, daß in Kürze im Reichstag darauf hingearbeitet wird, daß alle Jagdpachtverträge, die vor dem Jahre 1918 mit den Kommunen abgeschlossen wurden, gelöst werden können. Die finanzielle Not der Kommunen und die den Gegenwartspreisen angepaßten Erfordernisse der Landwirte für entstandenen Widschaden bedingen eine sofortige Erhöhung der alten Pachtsummen.

Hamburg. Angesichts der Tatsache, daß die Reichswehr unter dem demokratischen Reichswehrminister Geßler immer noch ein willkürliches Werkzeug der Reaktion geblieben ist, wie die Beteiligung der Reichswehrangehörigen an monarchistischen Feiern, Paraden und anderen Anlässen mit bedenklicher Deutlichkeit zeigt, beauftragt der Parteitag die Reichsstaatsfraktion, für die Auflösung der Reichswehr und ihren Neuaufbau mit republikanischen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften zu wirken. Insbesondere sollen beim Neuaufbau organisierte Arbeiter herangezogen werden.

Berlin. Die SPD-Fraktion hat mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß das vom Reichswehrminister Geßler eigenmächtig erlassene Verbot des Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten aufgehoben wird, da dies der durch das Reichswehrgesetz geschaffenen Rechtlosigkeit entspricht.

Breslau. Da die unter Reichswehrminister Geßler durchgeführte „Entpolitisierung“ der Reichswehr nur dazu geführt hat, den republikanischen Einfluß in der Reichswehr auszuschalten und der gegenwärtigen Reichswehrminister keine Aufgabe ausschließlich darin zu sehen scheint, die reaktionären Teile des Offizierskorps gegen Kritik zu schützen, wird die Reichsstaatsfraktion beauftragt, den Haushaltsplan für die Reichswehr, die gegenwärtig mehr eine Gefahr als einen Schutz für die Republik darstellt, abzulehnen.

Wilmersdorf. Der Parteitag fordert von den Genossen in der Reichsregierung und von der Reichsstaatsfraktion, daß sie sich allen Ernstes der Frage der Reorganisation der Reichswehr annehmen. Berlin. Der Parteitag verpflichtet die Reichsstaatsfraktion und die sozialdemokratischen Vertreter in der Regierung, mit allem Nachdruck auf die Umgestaltung der Reichswehr zu einem republikanischen Rechtsinstrument hinzuwirken.

Der Parteitag hofft, daß die außenpolitischen Verhältnisse und die Sicherung der Republik bald die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles, Beseitigung jeden stehenden Heeres, möglich machen werde.

Hannover. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratische Reichsstaatsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die

Reichswehr zu einem für die Republik zuverlässigen Heereskörper umgestaltet wird.

Hamburg. 1. Der Parteitag erblickt in der Mitarbeit der Elternschaft eines der wesentlichen Erfordernisse zur Neugestaltung der Schule. Er fordert alle parteigenösslichen Fraktionen der Landtage auf, für die Einrichtung von Elternbeiräten einzutreten, soweit sie noch nicht bestehen. Den Elternbeiräten sind in der Mitarbeit an der Schule weitgehende Rechte einzuräumen. Die Lehrerschaft muß zur Zusammenarbeit mit den Elternbeiräten überall verpflichtet werden. Die Parteigenossen, besonders die Parteifunktionäre, werden aufgefordert, den Elternbeiräten jede Unterstützung zuteil werden zu lassen.

2. Der Parteitag spricht sich grundfänglich gegen das Berechtigungsweisen und für die Beseitigung der Prüfungen an allen Schulen aus und fordert von den Parteigenossen, daß sie gegen die Berechtigungen als Voraussetzung für den Aufstieg in die Verwaltungen einschiossen Stellung nehmen. Der Parteitag protestiert darum entschieden gegen die Einführung einer sogenannten „Ritterler Reise“, wie sie vom Reichsschulsausschuß geplant ist. Er erblickt darin sowie in der Einführung einer neunjährigen höheren Schule eine schwere Gefahr für die Volksschule als dem wichtigsten Zweig unseres Schulwesens und eine unheilvolle Zerschindung und Verwirrung des organischen Ausbaues der Einheitschule.

3. Der Parteitag sieht in der Errichtung von Privatschulen, wie sie an vielen Orten festgesetzt sind, und in der Erteilung eines gesetzlich nicht zulässigen Privatunterrichts eine Durchbrechung des Gesetzes über die Grundschule. Er fordert alle parlamentarisch und in der Agitation tätigen Parteigenossen auf, die Durchführung des Gesetzes über die Grundschule überall entschieden zu verlangen und alle Versuche den zuständigen Stellen zu melden.

Hamburg. Die Reichsstaatsfraktion wird beauftragt, Anträge zur Förderung der Naturheilkunde durch Einführung von Beiräten an den Universitäten und auf Zulassung der Naturheilkundigen zu den staatlichen Prüfungen und zu den Krankenkassen zur Behandlung der Patienten einzubringen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag ersucht die Reichsstaatsfraktion, darauf hinzuwirken, daß entweder die „Zentrale für Heimatdienst“ in eine wirkliche republikanische Propagandazentrale umgewandelt oder eine besondere republikanische Propagandastelle geschaffen wird, die mit allen Mitteln der mündlichen und schriftlichen Propaganda auch unter Verwendung des Films Aufklärung über die Schäden der alten Staatsform, über die Gründe von Deutschlands Niederlage im Weltkrieg, über die Vorzüge der Republik, die Schwierigkeiten der neuen Regierung usw. in die breitesten Volksmassen zu tragen und dem Verleumdungsstab der Monarchisten durch eine wirksame Gegenoffensive zu begegnen hat.

Frankfurt a. M. Der Parteitag beauftragt die Reichsstaatsfraktion, endlich im Zustande für eine würdige Vertretung der deutschen Republik durch Republikaner Sorge zu tragen und im Auswärtigen Amt Republikaner Stellung zu verschaffen.

Oßlich. Die Bezirkskonferenz wolle den Parteitag beauftragen, Schritte zu unternehmen, um die fortgesetzten Beförderungen von Offizieren des Beurlaubtenstandes zu unterbinden, weil diese eine der größten Gefahren für das Bestehen der Republik bilden und sich außenpolitisch zu unserem Schaden auswirken.

Göttingen. Die Epigen der Behörden und der Reichswehr sind mit Männern zu besetzen, die treu zur Republik stehen. Eine Reformierung des Justizwesens muß der Recht entsprechend erfolgen.

Hamburg. Eine Lebensfrage der Republik liegt in einer entschiedenen Reform der Verwaltung. Wenn gleich diese Reform nicht allein eine Personalfrage, sondern ebenso eine Organisationsfrage ist, so kommt es doch sehr viel darauf an, den volksfeindlichen Einfluß des Korpsstudententums in den maßgebenden Stellen zu brechen durch Befetzung dieser Stellen mit zuverlässigen und tüchtigen Republikanern. Der Parteitag beauftragt die Reichsstaatsfraktion, mit allem Nachdruck in diesem Sinne zu wirken.

Bremen. Der Parteitag ersucht die Reichsstaatsfraktion, sich für einen einseitigen Ausbau der Behördenorganisation einzusetzen, besonders die Reichszuschüsse zu der Schutzpolizei der Länder davon abhängig zu machen, daß diese Truppe sich allmählich zu einer reinen Polizeitruppe umwandelte.

Hannover. Der Parteitag wolle beschließen: die Sozialdemokratische Partei lehnt eine föderalistische Politik entschieden ab, die eine Vermehrung der Länder zur Folge hat. Das Beispiel Bayerns muß davon abgesehen, in Hannover oder anderen Gebietsstellen Preussische Regierungen entstehen zu lassen, von denen die Reichspolitik lahmgelegt und dadurch der Bestand der Einheit Deutschlands von innen heraus schwer gefährdet werden könnte.

Hamburg. Der Parteitag weist die Reichsstaatsfraktion und die Vertreter in den Reichs- und Landesregierungen auf die Notwendigkeit nachdrücklicher republikanischer Propaganda hin. Der deutschvölkischen und monarchistischen Agitation muß die Republik den Gedanken des demokratischen Volksstaats kraftvoll entgegenzusetzen. Für die neuen Reichsforster und gegen die Dolchschleppende, für die Verfassung und gegen die monarchistische Hege muß mit allen Mitteln der Aufklärung und Werbung gearbeitet werden. Es gilt, die Republik in Hirn und Herz der Volksmassen zu verankern. Die Zentrale für Heimatdienst ist in entschiedener Weise auf diese Propaganda einzustellen. Für solche Zwecke veranschlagte Mittel werden sich durch die Konsolidierung der Republik reichlich bezahlt machen.

Unterbezirkskonferenz Hindenburg-Beuthen. Der Parteitag wolle beschließen:

In Ansehung dessen, daß in Oberschlesien infolge der fremden Besetzung nichts Durchgreifendes zur Demokratisierung der Verwaltung sowie zur Entfernung der alten monarchistischen Wahlscheine geschehen konnte, beauftragt der Parteitag die Reichsstaats- und Landtagsfraktion, auf schleunige Maßnahmen hinzuwirken, um die Republik auch äußerlich zur Anerkennung zu bringen.

Die feste Sicherung gegen polnische Einflüsse ist die erkennbare Festigung der republikanisch-demokratischen Staatsform.

Nochhausen. Durch die antirepublikanischen Umtriebe in Bayern wird die Reichseinheit aufs schärfste erschüttert und die deutsche Wirtschaft der Vernichtung preisgegeben.

In Anbetracht dessen verurteilt der Parteitag in Augsburg die verantwortungslose, das deutsche Volk schwer schädigende Politik der bayerischen Regierung und Landtagsmehrheit. In letzter Stunde warnt der Parteitag die reaktionären Kreise in Deutschland, ihre bisherige gegen die Reichsverfassung gerichtete Politik fortzusetzen.

Von der Reichsregierung erwartet der Parteitag, sobald sich wieder partikularistische Bestrebungen, wie in letzter Zeit in Bayern, bemerkbar machen, diese mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln unterdrückt.

Der Parteitag fordert von den Sozialdemokraten, daß sie bei allen Maßnahmen, die die Reichsregierung zum Schutze der demokratischen Republik ergreift, diese mit allem Nachdruck unterstützen.

Breslau. Die Reichsstaatsfraktion wird beauftragt, auf die beschleunigte Verabschiedung des Reichsschulgesetzes hinzuwirken und dafür zu sorgen, daß das Gesetz im Sinne der Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage beschloffen wird.

Hildesheim. Die am 16. Juli in Hildesheim tagende Unterbezirkskonferenz ersucht den Parteitag, Reichs- und Landtagsfraktionen aufzufordern, daß sie sich mit allen Mitteln den „Spornmaßnahmen“ bezüglich der Volksschule entgegenstemmen. Die in den nächsten Jahren in Erscheinung tretenden gerinden Besuchsziffern der Volksschulen dürfen nicht dazu führen, die Zahl der Bekehrte abzubauen, sondern unter Beibehaltung der vorhandenen Zahl der Schulklassen ist die Gelegenheit zu benutzen, um endlich ein altes Unrecht an der Volksschule gutzumachen und die Besuchsziffer der einzelnen Klassen wesentlich herabzusetzen.

Apsoda. Der Parteivorstand wird beauftragt, auf die SPD-Fraktionen in den Reichs- und Landesparlamenten einzuwirken, daß diese die Regierungen in Reich und Ländern veranlassen, entschieden und mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Finanzämter schleunigst die rückständigen Steuern der Besitzenden verrechnen und einziehen.

Semd. Sämtliche Steuererklärungen sind in den einzelnen Gemeinden 8 Tage lang zur Einsicht offenzulegen.

Martinroda l. Th. Bei der nächsten Steuervorlage muß unsere Partei unbedingt an der Erfassung der Schwere festhalten.

Conradswaldau. Die Reichstagsabgeordneten, die im Reichswirtschaftsausschuß tätig sind, sollen die für den 1. Januar in Kraft tretenden Änderungen im Steuerabzug der Lohnempfänger schon zu einem früheren Termin, evtl. 1. Oktober möglich machen oder wenigstens zu versuchen, einen früheren Termin herbeizuführen.

Semd. Sämtliche Kriegs-, Invaliden- und Unsolventner, die gezwungen sind, infolge ihrer Beschädigung das Hausgewerbe zu betreiben, sind von der Umsatzsteuer zu befreien.

Frankfurt a. M. Entsprechend der vom Göttinger Parteitag angenommenen Resolution über die Regierungskoalition darf die Sozialdemokratie künftig mit anderen Parteien im Reich in der Regierung nur zusammenarbeiten, wenn das Arbeitsprogramm neben den anderen in der Göttinger Resolution aufgestellten Grundforderungen auch enthält die „Republikanisierung der Reichswehr“ und die „weitestgehende Heranziehung des Besitzes“ zur Ausbringung der durch den Friedensvertrag bedingten Lasten in erster Linie. Die Sozialdemokratie darf demgemäß in der Reichsregierung nur bleiben, wenn sie dadurch erreichen kann:

1. Die Erhebung der jetzigen Offiziere der Reichswehr durch Beförderung von Feldwebeln und Unteroffizieren, sowie durch Berufung früherer Offiziere mit erprobter republikanischer Gesinnung in die Reichswehr.

2. Bei der nächsten, größeren Steuererhöhung die unablässige Beteiligung des Reiches an den industriellen Großbetrieben und am Großgrundbesitz.

Frankfurt a. M. Der Parteitag beschließt die Bildung eines Sachverständigenausschusses für die Steuerfragen. Der Ausschuß wird von den Landes- und Bezirksverbänden gewählt. Der Ausschuß erhält alle Gesetzesvorlagen zur Begutachtung vorgelegt. Die Mitglieder des Ausschusses müssen jederzeit auch schriftliche Gutachten erteilen. Die näheren Einzelheiten regeln der Parteivorstand mit der Reichsstaatsfraktion.

Hildesheim. Der Parteitag wolle darauf hinwirken, daß in Kürze im Reichstag darauf hingearbeitet wird, daß alle Jagdpachtverträge, die vor dem Jahre 1918 mit den Kommunen abgeschlossen wurden, gelöst werden können. Die finanzielle Not der Kommunen und die den Gegenwartspreisen angepaßten Erfordernisse der Landwirte für entstandenen Widschaden bedingen eine sofortige Erhöhung der alten Pachtsummen.

Breslau. Wir beantragen, daß die Partei unsere Fraktionsmitglieder im Land- und Reichstage dahin verpflichtet,

1. für eine gerechte steuerliche Erfassung des Grund und Bodens einzutreten. Durch eine Grundwert- und Zuwachssteuer wird der Staat die Mittel erhalten, um seinen dringendsten Aufgaben gerecht werden zu können, während eine fortgesetzte neue Belastung der schaffenden Arbeit zum Zusammenbruch des Gewerbes und zur Arbeitslosigkeit führen muß.

Für die Grundwertsteuer ist zu fordern, daß sie durch Selbsterschätzung des Grundbesitzers nach dem gemeinen Werte des Bodens ermittelt wird, daß sie mit der Größe des Betriebes nach oben zu stoßen ist und daß dieser Steuerwert zugleich als Grenze für das Beleihungshöchstmaß und als gerechter Bodenpreis bei der Enteignung, besonders für Siedlungs- und Heimstättenland, gilt.

2. Der vom „Ständigen Beirat beim Reichsarbeitsministerium“ längst vorgelegte Entwurf eines Bodenreformgesetzes, das Mißbrauch mit dem deutschen Boden durch in- und ausländisches Spekulationskapital endlich unterbinden soll, wonach ferner die Gemeinden ein Ankaufsrecht erhalten, ist schleunigst durchzubringen und zu verabschieden.

Hildesheim. Die Reichsstaatsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Höhe des Existenzminimums voll als steuerfreies Einkommen betrachtet und als Existenzminimum, nicht nur die leiblichen, sondern ein entsprechender Satz als geistige Bedürfnisse betrachtet werden. Die Veränderungen des Existenzminimums müssen auch als solche für das steuerfreie Einkommen Geltung haben.

Hildesheim. Die Reichsstaatsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß infolge der Geldentwertung und der steigenden Teuerung die Löhne der Arbeiter und sonstiger Ehrentämter der Zeit entsprechend erhöht werden, da sonst der Verdienstausfall für einen Arbeiter zu hoch ist. Den ehrenamtlich tätigen Arbeitern muß zum mindesten der tarifliche Arbeitslohn als Entschädigung zuerkannt werden.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen, an die Vertreter der Partei in den Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen diese Aufforderung zu richten:

Neben der Sicherung der politischen Demokratie ist die Demokratisierung der Wirtschaft und die Sozialisierung der Produktionsmittel die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit.

Die Schaffung eines neuen Arbeitsrechtes, der Ausbau des Schlichtungswesens, einheitlicher und selbständiger Arbeitsgerichte, des Betriebsrätegesetzes ist mit allen Kräften zu fördern. Um den Arbeitnehmern einen besseren Einblick in das Wirtschaftsleben und einen mitbestimmenden Einfluß auf Gütererzeugung und -verteilung zu gewährleisten, ist auf den baldigen Ausbau des wirtschaftlichen Rätegesetzes (Artikel 165 der Reichsverfassung) zu dringen.

Die zunehmende Verarmung des arbeitenden Volkes, die fortschreitende Minderung des Lohnanteils am Produktionsprozeß einerseits, die ausbeuterische Gewinnpolitik des privaten Unternehmertums und seine rücksichtslose Preisdiktator andererseits verlangen gebieterisch, daß alle Wege benutzt werden, um die kapitalistische Wirtschaft in die Gemeinwirtschaft überzuführen.

Neben dem Bestreben, die Sozialisierung der Urstoffgewerbe — namentlich des Bergbaues — durch das Mittel der Gesetzgebung zu erreichen, ist den Bestrebungen der Arbeitnehmerchaft, auf dem Wege freier Selbsthilfe gemeinwirtschaftlich arbeitende Produktionsbetriebe zu errichten, mehr als bisher Förderung und Unterstützung zu gewähren. Dies gilt im besonderen von der von den baugewerblichen Hand- und Kofarbeiter eingeleitete Bewegung, die durch Schaffung sozialer Baubetriebe (Bauhütten) und gemeinwirtschaftliche Baukooperativen auf die Sozialisierung der Bauwirtschaft abzielt. Die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens ist unbedingt aufrecht zu erhalten und auszubauen und der Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungsmucher mit allen Mitteln zu betreiben.

Besondere Aufmerksamkeit ist ferner den staatseigenen und den kommunalen Betrieben zu schenken, in denen nicht nur eine moderne kaufmännische Geschäftsabbarung einzuführen, sondern gleichzeitig die Mitverwaltung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer sicherzustellen ist.

Beit. Westfälisches Westfalen. Der Parteitag tritt für eine Befreiung der Konsumgenossenschaften von der Umsatzsteuer ein.

Kassel. Der Parteitag möge die Reichsstaatsfraktion beauftragen, im Reichstag dafür einzutreten, daß allen Arbeitern und Angestellten gleich den Beamten ein Erholungsurlaub gesetzlich festgelegt wird.

Erwit. Der Parteitag möge die Reichs- und Landtagsfraktionen beauftragen, in den Parlamenten Schritte zu unternehmen, um eine gesetzliche Regelung der Bezahlung der gesetzlichen Feiertage an alle Arbeiter herbeizuführen.

Semd. Der 9. November, 1. Mai und 11. August müssen abermals als gesetzliche Feiertage gefordert werden.

Köln. Solange der Achtstundentag in Deutschland nicht gesetzlich geregelt, der Völkerrfriede immer noch stark bedroht ist, und die Gemäßigtheit immer stärker in Erscheinung tritt, erhebt das deutsche Proletariat alljährlich am 1. Mai seine diesbezüglichen Forderungen bei völliger Arbeitsruhe.

Köln. Im Falle der Neueinführung gesetzlicher Feiertage sind die Landtagsfraktionen gehalten, auf die Abschaffung der Buß- und Bettlage hinzuwirken.

Breslau. Da der vorläufige Reichswirtschaftsrat in mehr als einjähriger Beratung einen Vorschlag für die Organisation der Bezirkswirtschaftsräte nicht zustande gebracht hat, möge die Reichsstaatsfraktion darauf hinwirken, daß Reichsregierung und Reichstag nunmehr ohne weitere Verzögerung das Gesetz über die Bildung der Bezirkswirtschaftsräte fertigstellen.

Anträge zum Parteitag in Augsburg.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Bibel. Zur Verwirklichung einer wichtigen Forderung des Christl. Parteiprogramms, und zwar letzter Satz der Forderung Gemeindepolitik im Wortlaut: „Reichsgerichtliche Freigabe der kommunalen Sozialisierung“, ist die Reichstagsfraktion zu beauftragen, alsbald diesbezügliche reichsgerichtliche Bestimmungen zu veranlassen.

Auch müßte durch die Reichstagsfraktion dem gesamten Sozialisierungsproblem weitestgehende Beachtung geschenkt werden, denn nur mit durchgreifenden Maßnahmen auf den speziellen Gebieten zum Wohnungswesen kann dem furchtbaren Wohnungsmangel, dem furchtbaren Wohnungseld Abhilfe geschaffen werden.

Semd. In allen Orten und Städten sind Wucherkommissionen einzusetzen. Die Kosten hierfür trägt der Staat.

Bremen. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion und die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung

1. mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die beschlossene Getreideumlage voll durchgeführt wird.
2. die Ausfuhrabgabe der Großindustriellen und der Handelswelt beträchtlich erhöht und sie ständig der Entwertung unserer Zahlungsmittel angepaßt wird.
3. daß Höchstpreise für Eisen und Stahl, Holz und Zement bestimmt werden, da diese Industrien die Entwertung der Valuta weit über das berechnete Maß ausnutzen.
4. daß die Zuzugseinfuhr auf das Äußerste beschränkt und der Devisenhandel auf das Schärfste befestigt wird.
5. bei kommenden Steuerlämpfen zur Bilanzierung des Staats ist erneut die Besteuerung der Sachwerte zu fordern und energisch auf eine Vereinfachung des Steuerwesens zu dringen.

Hamburg. Die sprunghaft einsetzende Verteuerung der gesamten Lebens- und Genussmittel sowie sämtlicher andern Güter des Lebensbedarfs macht es der arbeitenden Bevölkerung einfach unmöglich, ohne schwerwiegende gesundheitliche Schädigungen den Kampf um die Existenz erfolgreich zu bestehen. Wenn auch einerseits innere und äußere politische Ereignisse die Ursachen einer rapiden Entwertung der Mark waren, so sind es doch andererseits in nicht geringem Grade rücksichtslose, gewinnlüstige Preistreibereien. Die Lohn- und Gehaltssteigerungen, die Steigerung der Beiträge der Invaliden und Rentner vermögen nicht Schritt zu halten mit dem rasenden Tempo der Preisentwicklung nach oben. Unter voller Würdigung dieser Tatsache muß daher von den sozialistischen Parlamentsvertretern gefordert werden, daß sie sich sofort für die Einführung von wirtschaftlichen Maßnahmen einsetzen, die jegliche Spekulation in wucherlicher Absicht in Lebensmitteln und auf anderen Gebieten unmöglich machen.

Insbesondere sind durchgreifende Maßnahmen zu fordern: 1. gegen die gewissenlose durchgreifende Devisenspekulation, 2. gegen die Bilanzverkäufereien der Trusts und Kartellgesellschaften; 3. für die restlose Erlassung der Valuta- und Wuchergewinne.

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, im Reichstages darauf hinzuwirken, daß in Zukunft keinerlei inländische Lebensmittel (Brotgetreide, Zucker) zur Herstellung beziehungsweise Veredelung alkoholhaltiger Getränke verwendet werden.

Langenleuba/Niederhain (S.-A.). Der Parteitag erwartet vom Parteivorstand und von den maßgebenden Instanzen der Partei, des Reiches und der Länder sowie von den in den Parlamenten sitzenden Parteigenossen, daß die Teuerung und Auswucherung des Volkes, zu denen der Arbeitslohn in gar keinem Verhältnis steht, auf des Entschiedenste mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft wird.

Martinroda I. Th. Die Reichstagsfraktion wolle ihre ganze Macht dafür einsetzen, daß der Bedarf der minderbemittelten Bevölkerung an den notwendigen Lebensmitteln, wie Kartoffeln, Brotgetreide usw. durch Wiedereinführung der Zwangswirtschaft unbedingt sichergestellt wird.

Bremen. Der Parteitag möge unsere Vertreter im Reichstage, in den Ministerien verpflichten, darauf hinzuwirken, daß der ungeborenen Spekulation in ausländischen Devisen durch geeignete Maßnahmen Einhalt geboten;

energische Maßnahmen zur Bekämpfung des Lebensmittelwuchers, entl. durch teilweise Wiedereinführung der Zwangswirtschaft im kommenden Winter zu ergreifen.

Hannover. Der Parteitag wolle Mittel und Wege suchen, die geeignet sind, der wohnsinnigen Reichstreiberei auf allen Gebieten Einhalt zu tun.

Waldenburg I. Schl. Die Sozialdemokratische Partei hat dafür zu wirken, daß nicht nur die Getreideumlage voll eingetrieben wird, sondern daß sofort durch ein Kartell ein Kartoffelumlage geschaffen wird, um wenigstens den Brotkasseninhabern ihr Quantum Kartoffeln zu annehmbaren Preisen sicherzustellen.

Waldenburg I. Schl. Der Parteivorstand, ganz besonders aber die sozialdemokratischen Fraktionen im Reich sowie in den Ländern haben mit allen Mitteln und mit aller Macht dahingehend zu wirken, daß das Existenzminimum der Arbeiterschaft gesichert wird.

Vor allen Dingen ist dafür zu sorgen, daß die ewige Preistreiberei durch Wucherer und Schieber scharfer als bisher verfolgt wird.

Berlin. Die in letzter Zeit sich rapide entwickelnde Preissteigerung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel hat Formen angenommen, die unter keinen Umständen in Einklang zu bringen sind mit den tatsächlichen Erzeugungskosten. Dasselbe trifft zu auf die Preisregulierung dieser Artikel, soweit diese durch den Zwischenhandel und insbesondere durch den Kleinhandel an die Verbraucher abgesetzt werden. Der durch diese Wucherung (Erzeuger-, Zwischen- und Kleinhandel) erzielte Profit ist der des schonungslosesten Wuchers an den im schweren Existenzkampf stehenden republikanischen Volksgenossen.

Diese Steigerung kann nicht abgewehrt werden in Form fortwährender Lohn- und Gehaltsbewegungen, sondern nur durch schnellste und durchgreifende staatliche und kommunale Verordnungen und deren Ausbau in Form wirksamer Strofen oder Schließung diesbezüglicher, der Wucherer fördernder Handelszweige.

Innsbruck. Der Parteitag wolle der Reichstagsfraktion aufgeben, mit dem ganzen Gewicht ihres politischen Einflusses Maßnahmen gegen die Teuerung und Hungerepidemie zu erzwingen. Als solche seien vornehmlich an:

1. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln (Milch, Brot, Kartoffeln, Fleisch, Zucker) zu erträglichen Preisen durch zwangswirtschaftliche Maßnahmen.
2. Verhängung von Zuschußstrafen über jeden Wucherer.
3. Schaffung weitgehender gesetzlicher Handhaben für eine durchgreifende Taktik der Preisprüfungsstellen, besonders auf dem Bekleidungs-, Lebensmittel- und Brennstoffmarkt.
4. Unterbindung der wilden Spekulation mit Devisen und ausländischer Währung.

Nur schnell wirksame wirtschaftliche Maßnahmen können das Schlimmste verhüten.

Zwickau. Zur wirksamen Bekämpfung der Teuerung und des Wuchers und zur planmäßigen Neuordnung unseres Wirtschaftslebens sind sofort Organe zur Vertretung der Verbraucherinteressen zu schaffen, die einen maßgebenden Einfluß auf die Erzeugung und den Handel in lebensnotwendigen Gütern erhalten müssen.

Diese Verbraucherorgane sollen das Recht haben, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Um ein den Bedarf befriedigende Verteilung der lebensnotwendigen Waren herbeizuführen, müssen Zwangslieferungsverträge zwischen Erzeugern und Händlern festgesetzt werden. In erster

Reihe sind Konjunktionsgesellschaften zu beliefern. Erzeuger und Händler haben auf Anfordern ihre Warenvorräte anzuzeigen.

2. Um eine gerechte Preisbildung lediglich unter Berücksichtigung des Leistungsfalles und eines angemessenen Arbeitsverdienstes des tätigen Unternehmers zu erreichen, müssen auf Anfordern die Nachweise über die Notwendigkeit der Preise und ihre Zusammenlegung erbracht werden. Es können abweichende Preise festgesetzt und die Lieferung zu diesen Preisen durch Zwangsverträge gesichert werden.

3. Die Geschäftsgebarung der Erzeuger und Händler ist zu überwachen. Sie kann jeberzeit geprüft und durch Vorschriften geregelt werden.

4. Zur Förderung der Erzeugung lebensnotwendiger Waren, nötigenfalls durch Einschränkung der Herstellung von Luxuswaren, können Zwangslieferungsverträge auf Bestellung festgesetzt werden.

5. Die Ein- und Ausfuhr ist zu überwachen und derart zu regeln, daß nur lebensnotwendige Waren in dem dringend erforderlichen Umfang eingeführt und daß nur Luxuswaren ausgeführt werden dürfen.

6. Zur Verhinderung der Devisenspekulation ist jeglicher Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln und jeder Privatbesitz von Devisen zu verbieten. Der Auslandszahlungsverkehr hat nur durch die Reichsbank und die von ihr beauftragten Institute zu erfolgen. Alle Auslands Guthaben sind der Reichsbank zur Verwaltung zu übertragen. Verheimlichte Auslands Guthaben verfallen dem Ausland zwecks Anrechnung auf deutsche Verpflichtungen.

Als Verbraucherorgane sind sofort die bestehenden Preisprüfungsstellen neu zu besetzen und bei den in Frage kommenden Reichs- und Landesbehörden Verbraucherbeiräte zu bilden. Die Mitglieder dieser Stellen und Beiräte sind von den Spitzenverbänden der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen zu wählen.

Zur Durchführung ihrer Maßnahmen haben die Verbraucherorgane das Recht, Erzeugerunternehmungen und Händlerbetriebe, die gegen die Vorschriften verstoßen, sofort zu schließen, die Produktionsmittel erschließlic Grundbesitz ohne Entschädigung zu enteignen, verheimlichte oder nicht abgelieferte Warenvorräte und Devisen zu beschlagnahmen und entschädigungslos zu enteignen. Für die oberste Rechtsprechung wird ein „Verbrauchergerichtshof“ gebildet.

Neumün. Die Preise aller im Inland erzeugten Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände stellen eine Bewucherung der Volksmassen von seiten der kapitalistischen Interessentkreise dar.

Die Reichs- und Landtagsfraktionen werden ersucht, durchgreifende Maßnahmen anzustreben, insbesondere soll die Getreideumlage nach den Beschlüssen des Reichstages restlos durchgeführt und in den Ländern durch die gesetzgebenden Körperschaften gesichert werden.

Ebenso wäre auch eine Sicherstellung für Holz und sonstige Brennmaterialien wie Kohlen, Breitsend und Torf erforderlich und auf gesetzlichem Wege anzustreben.

Lebra. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß das Koalitionsrecht der Landarbeiter ungeschmälert erhalten bleibt.

Lebra. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstage einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Beschäftigung ausländischer Schnittkolonnen verbietet.

Hamburg. Die Reichstagsfraktion hat für Bereitstellung von Reichsmitteln im größeren Umfang zu wirken, die zur Bekämpfung des Alkohol-, der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten sowie für Aufklärung und Unterricht über den Gebrauch von Verhütungsmitteln an kranke und schwache Frauen und an wirtschaftlich schwache Eheleute zur Verfügung gestellt werden.

Flensburg. Der Parteitag verlangt angesichts der in weitesten Kreisen herrschenden Lebensmittelnot, insbesondere der durch Mangel an Nährmitteln verursachten Verhinderung der proletarischen Jugend das Verbot jeder Verwendung notwendiger Lebensmittel, wie Gerste, Kartoffeln, Obst, Zucker, zur Herstellung alkoholischer Getränke. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit aller Kraft für Verbesserung der Volksernährung durch Beseitigung dieser Vergeudung von Nährstoffen zu wirken.

Bremen. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, im Interesse unserer Volksernährung zu beantragen, daß die Kartoffel-, Getreide-, Zucker- und Obstmengen, die zur Verarbeitung zu Alkohol in Frage kommen, wesenlich herabgesetzt wird.

Hofelbach (S.-A.). Die Reichsregierung möge ein Gesetz erlassen, das die Bergunternehmungen zwingt, den Mutterboden ihrer Abbauflüsse abzulagern und ihn zur Urbarmachung der abgebauten Flächen zu verwenden. Der heutige Abbau grenzt an Raubbau und kann die gegenwärtige Regierung es vor ihrer Nachkommenschaft nicht verantworten, wenn Tausende von Hektar Land unbebaubar liegen bleiben.

Bezir. Westf. Westfalen. Der Parteitag wolle dahin wirken, daß die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für alle Nahrungs- und Bekleidungsmitel erfolgt.

Machen. Die schwierige Lage der Zeitungen, insbesondere der Arbeiterpresse, ist durch die ungerechtfertigt hohen Papierpreise auf das äußerste gestiegen. Es besteht die Gefahr, daß in absehbarer Zeit weitere Zeitungen ihr Erscheinen einstellen müssen, wenn nicht sofort durchgreifende Maßregeln dem Papierwucher ein Ende bereiten.

Der Parteitag möge daher die Fraktion beauftragen, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die Zwangsbewirtschaftung für Zeitungspapier wieder eingeführt und die Ausfuhr von solchem auf ein erträgliches Maß herabgemindert wird.

Hamburg. Der Parteitag fordert die Fraktionen im Reichstage, den Landtagen usw. auf, mit allen Kräften dahin zu streben:

1. Daß endlich die jetzt veraltete Reichsversicherungsordnung mit ihrem ungeheuren Paragraphenbündel durch eine grundlegende Reorganisation zu einem Gesetz gemacht wird, das als Fürsorgegesetz in verständlicher Weise die Rechte und Pflichten der Versicherungsnehmer und Versicherungsnehmer im Sinne der Broschüre von Lehmann, Beslag WGB. und W.A., zusammenfaßt. Die jegliche Aufspaltung der Fürsorgegesetzgebung auf die Reichsversicherungsordnung muß aufhören, sie wird von den ausübenden Versicherungsorganen im Bunde mit den Wohlfahrtsämtern nur zum Schaden der Sozialrentner ausgeübt, und die Sozialrentner werden durch die Vermögensdempfer herabgedrückt;
2. daß laut Gesetz die Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung vom 23. Juni 1922 Anlage III festgesetzten Unfallrenten so schnell wie möglich den Teuerungsvhältnissen angepaßt und ausbezahlt werden;
3. daß ein Reichsfürsorgegesetz geschaffen wird, das auch den 500.000 Deutschen, die keine Rechte auf soziale Versicherung haben und Armenunterstützung beziehen, wenigstens das Existenzminimum sichert.

Hamburg. Zur Revision des Reichsversicherungsgesetzes wird beantragt: Unsere Partei muß dahin streben, im Reichsversicherungs-gesetz einen Paragraphen einzuschleusen, der Reorganierungen von Betriebskrankenkassen verhindert, da wir im Interesse der Arbeiterschaft eine Vereinheitlichung und keine Zersplitterung des Versicherungswesens herbeiführen müssen.

Hildesheim. Die Unterbezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei erwartet von der Reichstagsfraktion ein entschiedenes Festhalten an den von den Sozialdemokratischen Parteien und Freien Gewerkschaften aufgestellten Forderungen. Die Konferenz erblickt in der Erweiterung der Koalition nach links die sichere Gewähr für die Durchführung der Forderungen.

Hamburg. Der Parteitag beschließt: Die Genossinnen und Genossen müssen in Reich, Ländern und Kommunen für gleiche Unterstützungsfähigkeit für beide Geschlechter bei jeder staatlichen und kommunalen Hilfe eintreten.

Bibel. Die §§ 388 und 389 der Reichsversicherungsordnung (II. Buch, Krankenversicherung) enthalten Vorschriften, die es bei sozial rückständigen Arbeitgeberauschmittgliedern möglich machen, daß die heute so dringend notwendige Familienhilfe nicht zur Einführung kommt.

Die Reichstagsfraktion sollte deshalb dahin wirken, daß diese Paragraphen entsprechende Änderung finden.

Berlin. Bei der sich immer mehr fühlbar machenden Notwendigkeit einer Kinderbeihilfe, besonders bei kinderreichen Familien, wolle die Partei mehr Stellung zu diesem Problem nehmen.

Da die Kinderbeihilfe von den Gewerkschaften übernommen werden mußte, wirkt sie sich bei Lohnbewegungen zum Nachteil der Arbeitnehmer aus, führt zu Zwist und wirkt stets zugunsten des Arbeitgebers.

Das Problem der Kinderbeihilfe ist eine politische Tagesfrage. Der Parteitag wird daher ersucht, dahin zu wirken, daß die Kinderbeihilfe vom Reich oder Staat übernommen und durchgeführt wird.

Die Zahlung von Renten-, Invaliden- und Altersversicherungsbeiträgen auch mit Heranziehung des Arbeitgebers allein kann keine gesicherte, auskömmliche Lebenshaltung für die Arbeitnehmer im Alter schaffen. Es bewirkt dies die stete Zunahme in der Selbstmordstatistik der Sozialrentner u. a. Nur eine Regelung durch das Reich, welche energisch zugreift und den Alters- und Sozialrentnern eine auskömmliche Lebensweise sichert, kann Abhilfe schaffen. Eine Altersversorgung, wie sie bisher und noch besteht, ist vollständig unzureichend.

München. Der Parteitag möge beschließen: 1. Die sofortige Ausarbeitung eines Arbeiterpensionsgesetzentwurfs für das arbeitende Volk.

2. Der zu leistende Beitrag hierfür ist ähnlich wie die Steuer am Arbeitslohn in Abzug zu bringen.

3. Nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ist das Beamtenpensionsgesetz aufzuheben, und zwar für solche Beamte, die noch befähigt sind, Arbeit zu leisten. Denn es geht nicht an, daß das Reich Millionen an pensionierte Beamte auswirft, während dieselben heute in Privatbetrieben einen gleich hohen Gehalt beziehen wie jeder andere Arbeiter.

4. Für kranke und ältere Pensionäre, die keine Arbeit mehr leisten können, soll das Gesetz bis zu deren Tode weiter bestehen.

5. Das Gesetz hat für den Arbeiter beim Staat (Staatsbeamten) die gleichen Rechte, wie für den Arbeiter der Privatindustrie zu enthalten. Denn der Arbeiter erwartet endlich gleiches Recht für alle!

6. Die Alters- und Invalidenversicherung könnte dann am zweckmäßigsten in dieses Gesetz eingearbeitet werden, um es zugleich den Zeitverhältnissen anzupassen.

7. Der Gesetzentwurf ist sofort auszuarbeiten, damit derselbe möglichst noch vor dem 1. April 1923 dem Reichstage unterbreitet werden kann.

Hildesheim. Der Parteitag wolle beschließen, daß der Reichstagsfraktion aufgegeben wird, sich dafür einzusetzen, daß das Gesetz über Rückstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentnempfangern der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. Dezember 1921 dahingehend ausgebaut wird, daß den kommunalen Verwaltungsstellen zur Pflicht gemacht wird, die in Frage kommenden Invaliden der Arbeit öffentlich aufzufordern, sich bei der hierzu zuständigen Kommission wegen Prüfung ihrer Ansprüche zu melden. In der öffentlichen Aufforderung sind die Namen der Kommission zu nennen, und soll durch dieses Verfahren vermieden werden, daß die Antragsteller nicht vorweg von den kommunalen Verwaltungsstellen abgewiesen werden.

Semd. Die Ortsklasseneinteilung ist bei jeder Beratung im Reich wie im Lande von unseren Fraktionen scharfsten zu bekämpfen.

Guden. Der Parteitag wolle die Fraktion auffordern, mit erhöhtem Nachdruck dahin zu wirken, daß das Beamtenrentengesetz den Wünschen der unteren Beamtenschichten entsprechend gestaltet und unbedingt noch in diesem Jahre verabschiedet werde.

Hamburg. Als ein besonderer Lebensstand wird es betrachtet, daß die im Reichstage beschlossenen Gehaltsaufbesserungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht sofort, sondern erst dann ausgezahlt werden, wenn die Kaufkraft des Geldes weiterhin gefallen ist. Die Fraktion möge hier schnelle Erleichterung und Abhilfe schaffen dadurch, daß gleichmäßige Zulagen an alle Gruppen und Klassen gezahlt und eine Verminderung oder Verschmelzung der Besoldungsgruppen und der Dienstaltersklassen vorgenommen wird.

Hamburg. Unter Bezugnahme auf den in Götting beschlossenen Antrag 322 erwartet der Parteitag, daß die Reichstagsfraktion den aus ihrem Kreise bereits 1920 gestellten Antrag Bohm-Schuch-Raddruck, betreffend das Recht der Frau auf Unterbrechung der Schwangerschaft, § 218 und 219 des Reichsstrafgesetzbuchs, zur Verabschiedung bringt. Wenn aus Grund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Reichstage eine Annahme des Antrags nicht zu erwarten sein sollte, so muß der durch die Stellung eines so wichtigen Antrags aufs tiefste erregte Parteigenossenschaft klar und deutlich gezeigt werden, wo die Gegner dieser sozialen Forderung sitzen.

Hamburg. Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion, daß sie baldigst in eine Erwägung eintritt, ob unter den heutigen Verhältnissen der Impfung noch erforderlich ist und daß sie eventuell entsprechende Anträge zur Abänderung des bestehenden Reichsimpfgesetzes im Reichstage einbringt.

Hamburg. Der Parteitag möge beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei der Reichsregierung darauf zu dringen, daß die Ausfuhrbestimmungen zum Hilfsgesetz für die Presse scharfsten erlassen werden und daß darin auf keinen Fall Rückvergütungen an die ausgesprochen republikfeindliche Presse vorgesehen werden.

Hannover. Der Parteitag wolle beschließen: Alle Parteimitglieder haben in Anerkennung des Menschen als Arbeitskraft jedes Menschenleben zu schützen und stets für die Erhaltung des Menschen einzutreten. Insbesondere wird entsprechend unserem Parteiprogramm erneut die Abschaffung der Todesstrafe gefordert.

Bezir. Westf. Westfalen. Die deutsche Wirtschaft, die das Leben von 60 Millionen Menschen sicherstellen muß, leidet in schwerster Weise unter der Wirkung des Friedensvertrags, die an hohen und Sachleistungen das Vielfache dessen vom Arbeits-crisis des deutschen Volkes verlangt, was bei der Bähmung unserer Wirtschaftskraft erträglich ist. Insbesondere sind die Zwangslieferungen an Kohlen an die Entente für das Wirtschaftsleben der deutschen Republik und die Lebenshaltung der deutschen Arbeiterklasse um so unerträglich geworden, als wir durch den Spruch des Völkerbundes in Oberschlesien über Zweidrittel unserer dortigen Kohlenförderung eingebüßt haben. 160.000 deutsche Bergarbeiter sind erforderlich, um die Reparationsloshemmen zu gewinnen, während die deutsche Republik zur notwendigen Aufrechterhaltung ihrer Industriewirtschaft heute über 1 1/2 Millionen Tonnen ausländischer Kohle monatlich zu Weltmarktpreisen einführen muß, die neben den hohen Kosten der Reparation die verhängnisvollste Quelle der deutschen Geldentwertung ist, die die Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands zu Bettlern macht und die deutsche Erfüllungspolizei aufs äußerste erschwert. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erhebt vor der Welt seine Stimme, um auf die Wider-sinnigkeit und Unhaltbarkeit der Zwangslieferungen hinzuweisen, die das deutsche Volk auf das schwerste gefährdet, ohne den Ententeländern, insbesondere Frankreich, Belgien und England zu nützen.

Der Parteitag fordert nachdrücklich Abbau der Reparationsleistungen an Kohle und ersucht in dieser Frage um die Unterstützung der Arbeiterbewegung der übrigen Welt.

Bezir. Westf. Westfalen. Die Reichstagsfraktion wird gebeten, nachstehende Forderungen im Reichstage energisch zu vertreten:

1. Aenderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches in der Weise, daß die unter ärztlicher Kontrolle und möglicher Sicherung der Mutter vorgenommenen Eingriffe straflos werden, wenn durch sie allein ein dauernder Schaden an der Gesundheit der Mutter, die Gefahr einer erheblichen dauernden wirtschaftlichen Not für sie oder ihre Familie abgewendet werden können.

2. Bekämpfung des häufig erpresserischen Kurpfuschertums und ständige Kontrolle der angepriesenen Mittel für Frauen zwecks Verhinderung des systematischen Volksbetruges.

3. Sozialpolitische Maßnahmen, insbesondere
- erhöhter Schutz der Mutterschaft, Verbesserung der Lage der unehelichen Mutter und ihres Kindes, erhöhter Säuglingschutz, Förderung der Erziehung der Gebäranstalten für uneheliche Mütter und der Versorgung deren Kinder.
 - Gleichstellung der Frau mit dem Manne auf dem Gebiet des Familienrechts.
 - Allgemeine Volksaufklärung über sexuelle Probleme, insbesondere über Geschlechtskrankheiten, Einführung des obligatorischen Unterrichts über Gesundheitspflege in den Schulen.
 - Anzeigepflicht und Behandlungszwang für Geschlechtskrankheiten.
 - Einführung des Gesundheitszeugnisses für Brautleute.
 - Staatliche Fürsorge für kinderreiche Familien auf Kosten der kinderlosen, sei es in Form der Mutterschaftsversicherung, des Soziallohnes oder der Erweiterung der Wochenhilfe. Besondere Berücksichtigung kinderreicher Familien bei allen sozialpolitischen Maßnahmen, insbesondere auch auf dem Gebiet des Wohnungsbaues und der Wohnungsvermittlung.

Grethen. Der Parteitag beschließt, daß unsere Fraktionen in den Parlamenten darauf hinzuwirken haben, daß

- gesetzgeberische Maßnahmen getroffen werden, die den Personen- und Kraftautomobilfahrern zur Pflicht machen, in einem solch langsamen Tempo die Ortsstraßen zu durchfahren, das ein Bepflügen sowie Erschlittern oder gar Zerschlagen der Häuser, ferner eine Staubentwischung zur Unmöglichkeit macht.
- alle Staats- und Diktatorstraßen mit einem Leertag versehen werden, der eine große Staub- oder Dreckentwicklung ausschließt. Die Kosten werden entweder vollständig oder aber zum größten Teil durch eine Besteuerung der Automobilbesitzer aufgebracht.

Ortsverein Groß-Kiel. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Augsburg erklärt, daß die Reichswehr und die Reichsmarine weder Instrumente zum Schutze der Republik, noch geeignet sind, dem Reiche außenpolitisch zu nützen. Für den Schutz der öffentlichen Ordnung im Innern reicht die Schutzpolizei, die entsprechend ausgebaut werden könnte, vollkommen aus. Da nach Ueberzeugung der Sozialdemokratischen Partei Offiziere und Mannschaften von Reichswehr und Reichsmarine fast ausschließlich monarchistisch gesonnen sind, bilden diese Institutionen eine dauernde Bedrohung der republikanischen Staatsform. Die Geldmittel, welche Reichswehr und Marine erfordern, können zweckmäßiger für soziale und kulturelle Aufgaben verwendet werden. Aus den Gründen ersucht der Parteitag in Augsburg die Reichstagsfraktion, in Zukunft dem Militär- und Marineetat ihre Zustimmung nicht mehr zu geben.

V. Die Sozialdemokratie im Kampfe um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau.

Berlin. In voller Anerkennung, was für die Gleichstellung der Frau innerhalb der Gesetzgebung bisher erreicht worden ist, richtet der Bezirksstad Berlin an den Parteitag in Augsburg die Bitte, dahin zu wirken, daß sobald als möglich Widersprüche zwischen den bestehenden Gesetzen und der Weimarer Verfassung beseitigt werden.

Dringend notwendig erscheint unter diesem Gesichtswinkel die Umgestaltung des Familienrechts im BGB. Es genügt nicht, wenn eine Reform des Scheidungsrechts nach den bereits vorliegenden Gesetzentwürfen durchgeführt wird, sondern ebenso dringend erforderlich ist es, daß die Mutter dem Vater in allen Rechten, die das Kind betreffen, gleichgestellt wird. Dem Artikel 109 der Verfassung ist Geltung zu verschaffen, ebenso dem Artikel 119, der die Mutterschaft als solche, und dem Artikel 121, der das uneheliche Kind unter den besonderen Schutz des Staates stellt. Dem Artikel 28 der Verfassung entsprechend sind alle Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte (also auch gegen die unehelichen Mütter unter den Beamtinnen) zu beseitigen.

Die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau, wie sie in der Verfassung und im Betriebsrätegesetz ausgesprochen ist, wird sich dann erst erfüllen, wenn dem Mädchen die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten offen stehen wie dem Knaben. Hierzu sind in der Schulgesetzgebung und in der Reform des gesamten Lehrplanges die Vorbereitungen zu schaffen.

Zuletzt wünscht der Bezirksstad, daß der von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte, dem Reichstag seit über zwei Jahren vorliegende Entwurf zur Aenderung der §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches in der nächsten Tagung des Reichstags zur Verhandlung kommt.

VI. Justizreform.

Cassel. Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion ersuchen, im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung der Strafrechtspflege zu verlangen. Der Parteitag stellt dazu folgende Forderungen auf:

Abhängigkeit der Strafkammern an den Landgerichten; als Berufungsinstanz sind die Schwurgerichte zuständig.

Die Schöffen und Geschworenen sind alle vier Jahre durch die gesamten Volksgenossen, die das 20. Lebensjahr erreicht haben, nach dem allgemeinen gleichen Verhältniswahlsystem zu wählen.

Bei den Schwurgerichten sind neben drei Berufsrichtern drei Laienrichter zur Beurteilung der Sache zu berufen.

Zugleich protestiert der Parteitag gegen die Angliederung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte an die Amtsgerichte.

Weimar. Der Parteitag verlangt eine Reform des deutschen Zivilprozeßverfahrens und die Einführung des sogenannten obligatorischen Güterverfahrens, wie es in den meisten Kulturländern Europas besteht und wie es vom Reichsjustizminister Genossen Dr. Radbruch zugesichert worden ist.

Semd. Die Ausarbeitung eines neuen Strafgesetzbuches, Bürgerlichen Gesetzbuches, Reichsversicherungsordnung und Verbesserung derselben hat baldigt zu erfolgen.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen, daß bei der in Aussicht genommenen Justizreform die Frage der Strafbefreiung aus dem Strafregister als Forderung mit aufgenommen werde. Desgleichen möge die Forderung auf Zulassung von Arbeitersekretären sowie Vertretern wirtschaftlicher und ähnlicher Organisationen, als Vertreter der Beklagten, zu den ordentlichen Gerichten erneut erhoben werden.

Hamburg. Die Fraktion möge keine Mittel und Wege unversucht lassen, damit wir endlich eine Rechtspflege bekommen, die sich im Geiste der sozialistischen Weltanschauung bewegt.

Vor allem eine sofortige Reform des Scheidungsrechts und des Strafgesetzes sowie Anpassung der Geldstrafen an die heutigen Verhältnisse wären erforderlich.

Als Gegengewicht zur Bekämpfung der Weltfremdheit und zur stärkeren Betonung des Volkswillens fordern wir die Berufung von Laienrichtern aus den Kreisen der organisierten Arbeiterchaft und die Bereitstellung von Mitteln, um Angehörigen der werktätigen Bevölkerung das Rechtsstudium zu ermöglichen.

Hamburg. Das neue Gesetz über die Entschädigung der Laienrichter macht dem Arbeiter die Ausübung dieses Bürgerrechts unmöglich. Es muß eine Umgestaltung des Gesetzes dahingehend stattfinden, daß generell eine Entschädigung des entgangenen Arbeitsverdienstes in voller Höhe gewährt wird.

Hamburg. Der Parteitag richtet an die Reichstagsfraktion der SPD. die Aufforderung:

- mit aller Entschiedenheit für eine erweiterte Mitwirkung des Volkselements in der Rechtsprechung einzutreten;
- dafür Sorge zu tragen, daß das mittelalterliche Abschreckungssystem des heutigen Strafvollzuges durch baldige Schaffung eines auf dem Gedanken der Erziehungstrafe gegründeten Strafvollzugsgesetzes schnellstens ersetzt wird.

Emden. Der Parteitag möge beschließen: Die Fraktion zu beauftragen, alle Mittel anzuwenden, um endlich zu einer Rechtsprechung zu gelangen, die dem Geiste der heutigen Verfassung entspricht.

Zur Bekämpfung der Klassenjustiz müssen mehr Laienrichter aus der Arbeiterchaft berufen werden, um den Volkswillen stärker zur Geltung kommen zu lassen.

Das Gesetz über die Entschädigung der Laienrichter muß dahin umgestaltet werden, daß eine Entschädigung des entgangenen Arbeitsverdienstes in voller Höhe gewährt wird.

Frankfurt a. M. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, ungesäumt ein Notgesetz zur Beseitigung der Klassenjustiz auszuarbeiten zu lassen, das die Wahl der Schöffen und Geschworenen durch die Vertretungen der Gemeinden bzw. erweiterten Kommunalverbänden nach dem Verhältniswahlsystem und die Verwandlung der Strafkammern in große Schöffengerichte mit einer Mehrheit von Laienrichtern vorsieht. Ueber dies Gesetz ist sofort das Volksbegehren in die Wege zu leiten.

Weimar. Der Parteitag fordert eine Amnestie für die gemäßregelten Eisenbahnbeamten, soweit die Maßregelungen aus Anlaß des Eisenbahnstreiks erfolgt sind.

Oderk. Die Partei und die Fraktionen sollen dahin wirken, daß die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in der jetzigen Form erhalten bleiben und nicht dem Justizbeamtentum ausgeliefert werden.

Jena. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, keine Mittel unversucht zu lassen, die Kaufmanns- und Gewerbegerichte wie alle Arbeitsgerichte wie bisher selbständig zu erhalten und ihre geplante Angliederung an die ordentlichen Gerichte (Amts- und Landgerichte) zu verhindern.

Frankfurt a. M. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge schärfere Strafbestimmungen für Lebensmittelmischer und Schleichhändler beantragen. In schweren Fällen muß außer höheren Geldstrafen auf hohe Freiheitsstrafen ohne Strafaufschub erkannt werden.

Waldenburg i. Schl. Der Parteitag möge dahin wirken, daß die Immunität auf die Gemeindevertreter ausgedehnt wird.

München. Der Parteitag wolle beschließen: Die Unsitte des Zweikampfes (Duell) soll dadurch bekämpft werden, daß die Sonderbestimmungen über den Zweikampf im deutschen Strafgesetzbuch aufgehoben werden.

VII. Sonstige Anträge.

Mitona. Der Parteitag wolle beschließen, Beamte oder Vertreter des Reichs, der Länder sowie der Kommunen, dürfen nicht Aktionäre eines Unternehmens sein, in dem die von ihnen vertretenen Körperschaften beteiligt sind.

Mainz. Der Parteitag empfiehlt:

1. In allen Ortsgruppen die Mitglieder auf die Wichtigkeit der Welthilfssprache Esperanto hinzuweisen.

2. Allen Parteiredakteuren die Aufnahme von Artikeln, die die Welthilfssprache Esperanto fördernd betreffen.

3. Allen Mitgliedern die Erlernung der Welthilfssprache Esperanto, um der internationalen sozialistischen Idee zu dienen.

München. Der Parteitag empfiehlt:

a) Allen Mitgliedern für die Verbreitung der Welthilfssprache Esperanto zu wirken.

b) Allen Ortsvereinigungen für ihre Mitglieder und deren Angehörige Esperantokurse abzuhalten.

c) Allen Redakteuren der Parteizeitungen Artikel über die Welthilfssprache Esperanto aufzunehmen.

d) Allen Abgeordneten des Reichstages, der Länder-, Städte- und Gemeindeparlamente der Einführung des Esperanto in den Schulen als Pflichtfach die Wege zu ebnen, und eine diesbezügliche Aufforderung von Seiten des Völkerverbundes auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Hamburg. Der Parteitag richtet an die Genossinnen und Genossen die Aufforderung, den Bestrebungen zur Ausbreitung der Welthilfssprache „Esperanto“ als einem wichtigen Mittel zur Erzielung der internationalen Völkerverständigung in weitestgehendem Maße Förderung zuteil werden zu lassen.

Passau. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand darüber zu wachen, daß der Inseratenanteil (oder Teile) der Parteipresse an bürgerliche Verleger auf längere Zeitabschnitte zur Ausbeute nicht mehr vermietet werden. Neue Verträge mit bürgerlichen Verlagsanstalten abzuschließen wird hiermit den Parteizeitungen untersagt. Ausgenommen hiervon sind die üblichen zugewiesenen Inserate der Annoncenexpeditionen Rosse, Hagenstein u. Vogler usw.

Faßth. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, die Parteizeitungen zu veranlassen, Wahlkreise gegnerischer Parteien nicht aufzunehmen.

Schwerin i. M. Der Parteitag kann sich nicht mit der Erhebung des Deutschlandsliedes zur republikanischen Volkshymne einverstanden erklären, weil der Text „Deutschland, Deutschland über alles in der Welt“ einer Völkerverständigung hinderlich ist.

Ausbach-Windsbach. Der Parteitag wolle eine Kommission einsetzen, welche die Aufgabe hat, den Einfluß der Reichsbank auf die Geldentwertung zu klären und die Literatur über die Währungsreform von Silvio Bello zu prüfen, um gegebenenfalls der Reichsregierung Währungsreformvorschläge unterbreiten zu können.

Hildesheim. Die Preussische Landtagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Richtlinien, die der Preussische Landwirtschaftsminister erlassen hat, dahin abgeändert werden, daß die Gemeinden nicht nur höchstens 15 Proz. erheben dürfen, als Zuschlag, sondern bis zu 100 Proz., andernfalls die Sache den einzelnen Kreistagen zu überlassen.

Hildesheim. Die Preussische Landtagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß der arbeitenden Bevölkerung Brennholz aus den nächstgelegenen Staatsforsten zu angemessenen Preisen sichergestellt wird.

Berlin. Der Parteitag des Jahres 1923 findet in Berlin statt. Semd. Der nächste Parteitag findet in Frankfurt a. M. statt. Schwerin i. M. Der nächste Parteitag findet in Schwerin statt.

(Schluß des rebellischen Teils.)

herorragend bewährt bei:

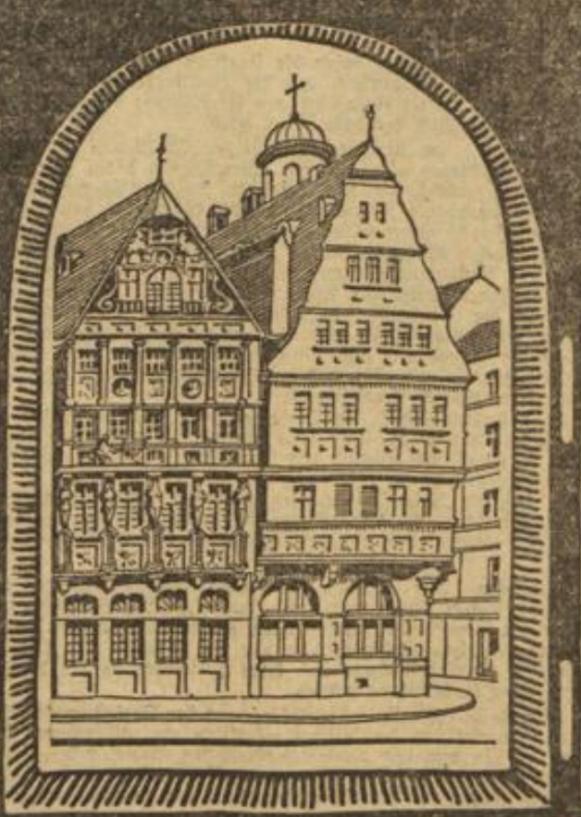
Jogal	Gicht	Grippe
	Rheuma	Hegenchuß
	Ischias	Nervenschmerzen.

Jogal stillt die Schmerzen und schelbt die Harnsäure aus. In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,3%, Acid. aoot. salic., 0406%, Chinin, 12,6%, Lithium, od 100 Amylam.

Ausführ. Broschüre gratis und franko. Fabrik Pharmacia, München 27.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besis Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. H.
Gertraudenstraße 20-21.

Maßfary.
Dessf
edel wie
der Name



Fritzi
Maßfary
eine Zigarette
von Rang

Urteilen Sie selbst!

Wann liegt Wucher vor?

Ursache und Wirkung der Preiskatastrophe. — Was Verbraucherorganisationen sagen.

Die katastrophale Geldentwertung ist die drückendste Sorge aller Verbraucher. Kein Wunder, wenn sich die Erbitterung der Massen oft in erregten und unzweideutigen Äußerungen über die Warenverteilung, also über den Handel selber ergeht, weil man die Gründe der sprunghaften Preissteigerungen nicht immer richtig übersehen kann. Wann liegt Wucher vor, wann nicht? Wann ist die Teuerung durch die Geldentwertung bedingt, wo spielt die Profitgier der Hyänen des Warenmarktes, die es ja trotz des Abbaues der Zwangswirtschaft noch immer gibt, die entscheidende Rolle. Ein klares Urteil darüber an Hand der Gesetzgebung ist nicht immer möglich. Es kann nur durch die Erfahrung gefunden werden. Wir wandten uns daher an zwei im Dienste der Verbraucherschaft stehende Organisationen, die nicht auf die Erzielung von Gewinnen eingestellt sind, infolgedessen auch keinen Wucher treiben können und gerade deshalb für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage des Warenmarktes und der Ausschreitungen darauf besonders berufen erscheinen. Es sind dies die Konsumgenossenschaft für Berlin u. U. und die Bekleidungsstätte der Gewerkschaften G. m. b. H., Abteilung Warenversorgung. Wir haben ihnen eine Reihe von Fragen vorgelegt, deren Beantwortung zur Klärung der Ursachen, Triebkräfte und Wirkungen der Teuerung geeignet ist.

Die Ansicht der Konsumgenossenschaft.

Frage: Wie wirken sich die Preissteigerungen auf dem Warenmarkt aus?

Antwort: Alle Schichten der Bevölkerung versuchen zunächst, nach Möglichkeit ihrer Kaufkraft sich mit Waren einzudecken, um der Teuerung auszuweichen. Vielfach wird dabei ganz wahllos drauflos gekauft. Es ist in vielen Fällen ganz unmöglich, so viel Waren heranzuschaffen, als verlangt werden. So entsteht eine Warenknappheit, die wieder neue Preissteigerungen im Gefolge hat. Da die Löhne nicht so schnell steigen wie die Preise, ist mit einer erheblichen Abnahme der Kaufkraft des größten Teils der Bevölkerung zu rechnen. Es wird schließlich nur noch das Nötigste gekauft. Die Stilllegung von Betrieben, die entbehrlich erscheinende Waren herstellen, wird dadurch begünstigt. So hat z. B. auch die Kuchenbäckerei der Konsumgenossenschaft ihre Arbeit wegen des geringen Absatzes fast eingestellt.

Frage: Ist die plötzliche Änderung der Preise, die vom Publikum oft als Wucher angesehen wird, begründet und berechtigt?

Antwort: Die plötzliche Änderung der Preise erscheint in den Fällen berechtigt, wo Waren, insbesondere Auslandswaren, sofort zum Verkauf kommen und neue Ware vom Kleinhändler nur mit ganz erheblichem Preiszuschlag erworben werden kann. Es muß dann der Preis der vorhandenen Ware erhöht werden, weil sonst nicht genügend Mittel zum Einkauf der neuen und teureren Ware vorhanden wären. Wenn die Erhöhung als Wucher bezeichnet werden muß, kann bei der Schnelligkeit der Preischwankungen nicht in allgemein gültiger Form bestimmt werden. Eine Entscheidung könnte nur unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse von Fall zu Fall getroffen werden. Daß zuweilen übermäßige Preiszuschläge gefordert werden, wird nicht zu leugnen sein. Das kaufende Publikum wird es auch jetzt noch oft in der Hand haben, solche Geschäfte zu meiden, in denen es glaubt, überverteilt zu werden. Die Konsumgenossenschaften haben sich stets bemüht, preisregulierend zu wirken. Das war in normalen Zeiten, in denen man mit festen Preisen rechnen konnte, möglich. Heute ist festzustellen, daß viele Mitglieder der Konsumgenossenschaften auch für Nichtmitglieder Waren einkaufen, da die Genossenschaften für ihre Waren niemals Höchstpreise, sondern stets Durchschnittspreise nach Maßgabe ihrer eigenen Selbstkosten festsetzen und so häufig billiger als andere Geschäfte verkaufen. So vollzieht sich Kauf und Verkauf so schnell, daß auch die Konsumgenossenschaften nicht mehr auf längere Frist preisregulierend wirken können.

Frage: Wie wirkt die Teuerung auf das Betriebskapital?

Antwort: Viele Geschäfte geraten in Zahlungsschwierigkeiten, da ihr Betriebskapital nicht ausreicht, um die durch die Teuerung hervorgerufenen Belastungen zu tragen zu können.

Frage: Welche Auswüchse sind am Warenmarkt festzustellen? In welcher Richtung bewegt sich die Preispolitik der Kartelle usw. gegenüber den Konsumgenossenschaften?

Antwort: Der schlimmste Auswuchs, den die Teuerung am Warenmarkt gezeitigt hat, ist darin zu sehen, daß die Waren schon bei der Bestellung bezahlt werden müssen, und daß bei der Lieferung, die oft sehr viel später erfolgt, die Differenz nachbezahlt werden muß, um die die Warenpreise zwischen dem Tage der Bestellung und dem der Lieferung gestiegen sind. Wenn beispielsweise aber ein Zigarrenhändler von seinem Kunden, der eine Zigarre kaufen will, erst das Geld verlangt, um sie selbst besorgen zu können, würde man ihn auslachen. Im Großhandel aber ist dieses System seit Jahren üblich geworden. Dieser Auswuchs bringt ebenfalls eine große Unsicherheit mit sich. Niemand kann im voraus kalkulieren, jede feste Norm schwindet. Es mag auch zuweilen vorkommen, daß Waren mit der Absicht zurückgehalten werden, um sie später mit großen Gewinnen zu verkaufen. Das ist in jedem Falle als Wucher zu verurteilen.

Die Kartelle usw. benutzen ihre Monopolstellung zu souveräner Preisfestsetzung, der die kleinen Händler völlig ausgeliefert sind. Sie unterlegen somit einer Art der Zwangswirtschaft, die auch durchaus nicht im Sinne der Konsumenten liegt. Die Kartelle versuchen auch, die Konsumgenossenschaften ihrer Preishegemonie unterzuordnen, indem sie es ihnen so schwer wie möglich machen, Ware aus erster Hand zu kaufen, um sie so zu zwingen, mit ihren Verkaufskonditionen Geschäfte abzuschließen. Die Konsumgenossenschaften wehren sich selbstverständlich dagegen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln.

Die Ansicht der gewerkschaftlichen Warenversorgung.

Frage: Auf welche Weise und in welchem Umfange kann die Warenverteilung der Gewerkschaften auf dem Warenmarkt eingreifen?

Antwort: Die Warenversorgung der Gewerkschaften wurde im Jahre 1920 zu dem Zweck gegründet, um durch Erhöhung der Produktion die damalige Arbeitslosigkeit zu vermindern und die Gewerkschaftsmitglieder mit preiswerten Waren zu versorgen. Das Reich gab das Betriebskapital. Man hoffte durch diese Einrichtung bei einem Preissturz regulierend wirken zu können. Das Reich hatte in diesem Jahre zum 1. Juli seine für diesen Zweck hergegebenen Mittel gekündigt, dann den Termin aber bis zum Ende dieses Jahres verlängert. Jetzt wird die Warenverteilung der Gewerkschaften nur noch in Berlin weitergeführt. Ihr Einfluß auf den Warenmarkt ist mithin sehr gering. Er könnte jedoch wieder in die Erscheinung treten, wenn sich das Reich wiederum an dieser Institution beteiligen würde.

Frage: Wie ist die Lage in der Versorgung mit Bekleidung?

Antwort: Einkauf von Stoffen ist kaum noch möglich. Trotdem die Vorratslager gefüllt sind, sind die Verkaufslager leer, da die Ware künstlich zurückgehalten wird, so daß Stokung im Verkauf eintritt. Phantasiereise sind die Folge, weite Kreise der Bevölkerung werden unter diesem Mangel an billigen Bekleidungsstücken alsbald fürchtbar zu leiden haben.

Frage: Sind genügend Warenbestände vorhanden? Wie macht sich der Einfluß der Geldentwertung auf das Betriebskapital bemerkbar?

Antwort: Die Beantwortung des ersten Teils der Frage ergibt sich im allgemeinen aus dem vorher Gesagten. Was die Warenbestände der Bekleidungswarenfabrik der Berliner Gewerkschaften anlangt, so ist zu sagen, daß sie sich durch zeitige Abhülfe mit Stoffen in zunächst ausreichendem Maße eingebekleidet hat, so daß sie die augenblickliche Krise vorläufig noch bestehen kann. Es wird also möglich sein, Gewerkschaftsmitglieder zunächst noch mit preiswerten Ware versehen zu können. Im Hinblick auf die allgemeine Lage der Versorgung der Bevölkerung mit Bekleidung wäre es nur zu wünschen, daß das Reich sich wiederum um diese Angelegenheit kümmerte und das Unternehmen tatkräftig stütze, da die ganze Einrichtung lediglich dem Allgemeinwohl dient und auf jeden Geschäftsgewinn verzichtet wird. Kleinere Geschäfte, die mit geringem Betriebskapital arbeiten, müssen in der heutigen Zeit in arge

Schwierigkeiten geraten. Sie werden in vielen Fällen nicht in der Lage sein, die neuen Waren einzukaufen, da ja auch der größte Teil ihrer Kunden sich außerstande sieht, die Preise, die sie fordern müssen, damit sie bestehen können, zu zahlen.

In den Sorgen der beiden gemeinwirtschaftlichen Organe der Warenverteilung kommt zunächst klar die Tatsache zum Ausdruck, daß die Geldentwertung der entscheidende Faktor der Teuerung ist. Auf die Dauer ist es bei freier Wirtschaft eben nicht möglich, die Inlandpreise weit unter den Weltmarktpreisen zu halten. Deshalb muß eine so katastrophale Verschlechterung wie die Valuta der letzten Tage gewaltige Erschütterungen auf dem Warenmarkt auslösen. Der Abbau der Zwangswirtschaft rächt sich bitter, und wo noch Teile von ihr übrig geblieben sind, wie beim Brot, ist die Verteuerung längst nicht in dem Ausmaß fortgeschritten wie bei den übrigen Waren, sonst müßten wir schon seit Wochen auf einem Brotpreis von 120 bis 150 Mark sein. Trotdem ist es auf die Dauer nicht möglich, auf dem stürmischen Warenmarkt solche Inseln mit billigen Preisen zu bilden, denn früher oder später wird sich der schlechte Geldstand auch auf die im Preise gebundenen Waren aus, wie wir das jetzt z. B. bei der Kohle erleben. Daß die Teuerung auf den meisten Gebieten so rapide fortschreitet, ist also eine Folge der von bürgerlichen Parteien durchgeführten freien Wirtschaft, denn die gebundene Wirtschaft kann immerhin die Entwicklung in ruhigere Bahnen lenken. Eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft aber dürfte kaum die erforderliche parlamentarische Mehrheit finden und ohne sie kann ein Gesetz nicht zustande kommen. So bleibt nur eins übrig, Bekämpfung der Ausschreitungen am Warenmarkt. Und diese Ausschreitungen liegen in der Hauptsache da vor, wo Waren inländischer Herkunft, die gar keine oder nur wenig ausländische Rohstoffe enthalten, sofort mit der Valuta im Preise gesteigert werden. Wir glauben, daß hier die Wucherpolizei ein weites Feld der Tätigkeit hat. Noch stärker aber ist die Gewalt der Verbraucher, denn ohne Nachfrage kann keine Ware verkauft werden. Wer z. B. ohne durch Krankheit oder andere Ursache dazu gezwungen zu sein, und nur dem Zuge des Gaumens folgend, für Naturbutter einen Preis von 250 Mark ausgibt, hat kein Recht, sich darüber zu beschweren, daß dieser Preis verlangt wird.

Wirklichen Schutz vor Wucher findet der Konsument nur in seinen eigenen Verbraucherorganisationen, die gar keine Veranlassung haben, Wucher zu treiben, weil es einen persönlichen Gewinn des Geschäftsinhabers in ihnen nicht gibt.

Matthäi am letzten?

Im Norden Berlins. Früh 16 Uhr. Laut hallen Schritte der zur Arbeit Eilenden an den Häusern empor, deren Fronten verwittert, zerfallen, sich dem rauhen Frühwind bieten. Der Kalender zeigt Ende August. Auch die Sonne streift in dieser trüben Zeit des Marksterbens. „Vater, Vater!“ ruft plötzlich eine Kinderstimme die Straße herab. „Nanu, was gibst du denn da?“ Ein kleines Mädchen, zehn bis zwölf Jahre alt, aufgelöstes Haar, mit bloßen Beinen, läuft eilends dem Wanne nach. Die eine Hand hält das wehende Haar, die andere ein winziges Paket. „Vater, Vater!“ Endlich hat es den Vater eingeholt. „Hier, Vater, du hast ja deine Stulle vergessen! Von wem sollst du arbeiten, sagt Mutter. Schnell aus der Bettel, und trag's nach, sagt Mutter.“ Darauf der Mann: „Ach wot, vagesse! Behalt den trocknen Bolzen! Hast wenigstens wat for die Schule!“ — Berausert bleibt das Kind stehen, während der Mann zum Bahnhof eilt. Endlich wendet es und geht nachdenklich der Wohnung zu. Lehtet nicht des böigen Windes, nicht der Regenschauer. Wie jagte Vater? Trockne Bolzen? Aber er hat doch gehört, daß Mutter gestern abend, als sie von der Markthalle kam, erzählte: „Margarine kommt id nich koofen. Der Dollar is gestiegen! Es langt nich.“ — Gewiß hat er's gehört, denn Vater jagte drauf: „Na, denn sind wir ja bald Matthäi am letzten!“ —

Markkatastrophe und Drahtverkehr.

Der Sturz der deutschen Mark wirkt auch auf den Telegraphenverkehr äußerst bedrohlich. Der Ansturm auf das Haupttelegraphenamt Berlin nach Vörsenschluß ist derartig, daß es trotz höchster Anspannung der Betriebsmittel und des Personal ganz unmöglich ist, alle nachts eingehenden Telegramme bis 7 Uhr vormittags an das Inn- und Ausland abzusetzen.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jungarbeiterroman von Artur Zidler.

„Du bist das lebendigste Süßholz, das mir je vorgekommen ist; ein richtiger Weibertel. Wird dir das nicht langweilig?“

„Im Gegenteil, es macht mir helles Vergnügen, wenn ich sehe, daß die kleinen Mädchen Schmelzaugen bekommen. Wenn ich sie richtig zu packen kriege, zerzause ich sie ohne Erbarmen, sie sind ja zu nichts anderem auf der Welt. Jeder Mensch nützt die Macht aus, die ihm gegeben ist, und ich siege leicht und immer...“

„Hast du dich schon einmal ernstlich verliebt?“ fragte Hans. Der andere lachte. „Nein — wo wollte ich da hinkommen. Die Mädchen schmecken mir gut, im Grunde bleibe ich immer kühl dabei, und nichts ist mir so verhaßt wie Sehnen und Geheule. Wozu sich aufregen — so viele Mütter haben ein lieb' Kind.“

„Eigentlich hat er recht.“ wandte sich Rudi an Hans, „denn er fühlt sich sicher wohler bei seiner Art, als wir uns bei der unsrigen. Ich werde das Gefühl nicht los, daß wir zuviel Aufhebens um Dinge machen, die leicht und schmerzlos erlebt sein wollen. Nun hat ja jeder die Meinung, die zu ihm paßt, und Hannes ist ein Windhund, aber es schadet nichts, wenn wir von ihm lernen. Er hat es leicht, etwas zu erleben, in uns flaut sich zuviel Drang nach Abenteuern, darum überschätzen wir jedes Erlebnis und messen ihm überflüssige Bedeutung bei, schaffen künstliche Konflikte, die alle nicht notwendig sind. Das wäre nicht so schlimm, wenn nicht der lustige Sinn dabei zum Teufel ginge. Da hast du es gleich wieder: wir philosophieren, und er lacht!“

Hannes lachte wirklich, sein Gesicht war voll hellen Hochmutes. Er piffte durch die Zähne und sagte dann: „Man merkt doch, daß ihr Proleten seid. Ich muß sagen, daß ihr mir zuweilen besser gefallen habt. Spürt ihr denn nicht, wie komisch ihr mit eurem Bemühen um Weltweisheit auf Leute wirken müßt, die euch das voraus haben, was ihr vordrückt: Erziehung und Bildung...“

Hans blieb stehen, atmete tief, Röte stieg ihm ins Gesicht: „Sagen Sie das bitte noch einmal: Erziehung und Bildung. Vielleicht empfinden Sie dann richtiger, wer komischer ist, Sie

oder wir. Sie sind ebenso eitel wie taktlos; suchen Sie sich andere Gesellschaft — adieu!“

Der Student sah sie verduht lächelnd an und machte eine verdönnende Geste, aber sie ließen ihn stehen. Als die beiden Freunde dann auf Brühnbildes Feste standen und auf den blanken Strom und das rauschende Land hinabsahen, hatten sie den Vorfall schon vergessen.

Am Himmel jagten die grauen Wolken wie zottige Büffelherden dahin, über deren Rücken die Sonne nur selten brandigrot aufglühte. Vom Wind getrieben, der beißenden Staub über sie warf, eilten Hans und Rudi auf der Straße nach Badaroch dahin. Noch bevor sie die ersten Häuser erreichten, brach Sturzregen aus den Wolken, und nun rannten die Freunde, so schnell sie konnten, um die trockene Haut zu retten.

So erreichten sie schließlich den Ort und triefeten, als wären sie eben dem Strom entflohen. Sie fanden Unterstand im dämmernden Flur eines geräumigen Hauses. Von der behäbigen Frau, die ihnen die Tür geöffnet hatte, erfuhren sie, daß es das katholische Pfarrhaus war. Da kam auch schon der Pfarrer selbst. Sein weißes Haar stand im seltsamen Kontrast zu einem frischen und jungen Gesicht, man wußte nicht, ob seine Haare vorzeitig bleich geworden oder seine Züge jung geblieben waren. Er lud die Freunde ein, abzulegen, dann ging er mit ihnen hinaus in seine Studiestube. Hier roch es nach Tabak, Büchern und welken Blumen, im alten Gehäuse tickte langsam die Uhr.

„Ich bin ein Freund des jungen Wandervolkes.“ sagte der Pfarrer, „weil ich glaube, daß die wandernde Jugend ein neuer Anfang ist. Die Menschen, die sich in den großen Städten zusammendrängen, werden dumpf und ungelentig, das ist eine große Gefahr. Ich bin nicht weit in der Welt herumgekommen, aber ich habe immer zwischen Bäumen und Blumen gelebt und habe ein großes Mitleid mit Menschen, denen das versagt ist. Die Städte und ihre Unrast sind mir unheimlich, ich kann mir nicht denken, daß von ihnen etwas Gutes kommt. Es ist leicht, nachzuweisen, warum die großen Städte entstehen mußten, aber es ist schwer, zu sagen, wo die Arbeit, die von den Städten gelistet wird, hinaus will. Es ist eine unnatürliche Welt. Von der anderen, von der natürlichen, kann man behaupten, daß sie dazu da ist, die Geschöpfe glücklich und zufrieden zu machen. Sie hat also einen einfachen

und guten Sinn, das Stadtvolk aber ist nicht glücklich, lebt in seinen Mauern wie in einem Gefängnis und sucht nach Auswegen, die es nicht findet, solange es glaubt, die Dinge, mit denen es sich befaßt, könnten es erlösen. Es kommt nichts Gutes von den Maschinen, die nur Dämonen sind, blanke Teufel, die den Stadtmenschen beherrschen und betrügen. Sie sind zu den Menschen gekommen, wie die weißen Völker zu den schwarzen, schenkten ihnen hunderterlei bunten und unnötigen Land und nahmen ihnen die Freiheit. Millionen unseres Volkes sind ohne Land und ohne Besitz, ihre Arbeit ist ihnen fremd und wird ohne Liebe verrichtet, die Freuden, die sie suchen, reiben die Leiber nur auf, statt sie aufzurichten. Die Seelen sind leer und ohne Gott, es gibt keine Fröhlichkeit mehr, nur noch Vergnügungen, die Besucher werden blaß, die Bestimmungen unehrlich — ein krankes Volk! Darum freue ich mich so sehr, daß die Jugend der Städte in das freie Land hinausströmt und wieder Gottes natürliche Welt zu lieben beginnt; wenn diese Jugend zur Geltung gelangt, kann alles wieder gut werden und einen gerechten Sinn erlangen, auch in den Städten.“

In Hans regte sich der Widerspruch.

„Die Städte sind häßlich und gefährlich, weil eine schlechte und ungerechte Ordnung in ihnen herrscht. Wer in diesen Städten geboren ist, kann ihnen nicht entfliehen, auch die Jugend nicht. Wir müssen lange und unter Entbehrungen in den Fabriken arbeiten, um für kurze Zeit aus ihrer Haft entlassen zu werden. Morgen holt uns die Industrie wieder zurück, wenn wir es nicht vorziehen, als bettelnde und von der Polizei gekehrte Landstreicher zu verkommen. Wir lieben die Pflanzen, die Sonne und die freie Luft, die Blumen und den Acker mehr noch als jene, denen das alles selbstverständlich und für immer zugefallen ist, aber diese Liebe ist schmerzhaft; denn die Stadt ist unser Schicksal. Sie haben recht, daß es schöner wäre, die Stadt zu verlassen, aber der Rat klingt uns wie Hohn; denn wie sollen wir das machen? Wir würden es nicht einmal tun, wenn es für uns als einzelne möglich wäre — denn in den Städten, in den Fabriken geht der Kampf um die bessere Ordnung der Gesellschaft, gegen die Maschinenbesitzer und Ausbeuter, gegen die reichen Volksfeinde, und dieser Kampf ist um so schwerer, daß die Jugend des Großstadtvolkes sich schämen müßte, die Alten in diesem Kampfe allein zu lassen.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Eisenbahnfahrpreise.

50prozentige Erhöhung ab 1. Oktober.

Neben der bereits angekündigten 50prozentigen Verteuerung der Reichsbahn-Güter- und Tarifpreise...

Table with columns: km, 3 Kl., 4 Kl., km, 3 Kl., 4 Kl. and rows for Breslau, Dresden, Frankfurt, Halle, Gamburg.

Neben diesen Erhöhungen sollen gleichzeitig ab 1. Oktober Fahrpreiserhöhungen für die Zeit-, Monats-, Wochen- und Arbeiterfahrkarten...

Der neue Straßenbahn-Tarif

tritt, wie bereits angekündigt, am Montag in Kraft. Die einfache Fahrt wird 8 M. kosten.

Da ist das Wohnungsdamt machtlos?

Wie unbenuzte Bohrräume den Berlinern verloren gehen, dafür gibt es im Hause Dörnbergstraße 1 ein lehrreiches Beispiel.

Ein Kriminalist als Verräter.

Weshalb Spielfubrazzlen oft erfolglos bleiben.

Lange Zeit hindurch wurden die Bemühungen der Berliner Polizei, Nachspione und Spielfubrazzler auszuschalten...

Als eines Tages wieder eine große Razzia auf Spielfubrazzler und Nachspione in Gang gesetzt werden sollte...

Zuland- und Auslandzucker.

Durch die Presse gehen neuerdings Mitteilungen, wonach damit zu rechnen sei, daß im September die Preise für in- und ausländischen Zucker...

und insbesondere durch Stichproben in den Läden festzustellen, ob die Verkaufspreise angemessen sind.

Karl Klein.

Am heutigen Sonntag feiert Karl Klein, Georgenstraße 12, der „Jägermarke“, wie ihn die alten unter und noch heute nennen...

Der Tod durch ein Versehen.

Gestern vormittag explodierte auf dem Grundstück der Margarinefabrik Jägerstraße, Berliner Allee 216 in Weiskensee...

5000 Papiermark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 28. August bis 3. September d. J.

Schlegel bei einem Sommervergnügen. Am Freitagabend fand in der Versuchs- und Lehrbrauerei, Ede Kameruner Straße und Seeferstraße...

Verhaftet werden die Genossen Josef Huber aus Ungarn und Rudolf Pechner aus Drobj seit September 1921.

Heilmaterialversorgung der Beamten und Volksschullehrer. Um den vorbereiteten planmäßigen und nichtplanmäßigen Beamten und Volksschullehrern die Möglichkeit zu geben...

Inverfählung Gehörleidender. Aus der „Sanitätsrot Dr. Paul-Friedländer-Stiftung“ sollen am 27. November d. J. Unterweisungen an solche Leute der mittleren Stände...

Entschädigungen für Aufbruchschäden. Der Ausschuß II Berlin zur Feststellung von Entschädigungen für Aufbruchschäden...

Eine blutige Chetragödie spielte sich Sonnabend nachmittag im Hause Grünthaler Str. 25 ab.

Besitzbildungs-ausschuß Groß-Berlin. Am Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, Sitzung des engeren Bildungsausschusses im Bureau des BBA.

Lebensmittelpreise der Woche.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschlacht roge. Fische genügend, Geschäft ziemlich flott. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft flott.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde. Am Montag, den 28. August, im Arbeiterjugendheim Döllschtr. 29 (Ecke), pünktlich 7 1/2 Uhr: Konferenz sämtlicher Mitarbeiter des 17. Verwaltungsbezirks.

Auf alle von Volkstein gekauften Lose haben die nachstehenden Nummern gewonnen. Die Gewinne sind täglich nachmittags von 4-6 Uhr...

Ein französisches Kriegsschiff gekunken. Das Panzerschiff „France“ ließ bei der Rückkehr von einer nördlichen Schießübung...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2. Kreis (Kriegarten). Die Parteigenossen und -genossinnen aller Abteilungen werden dringend gebeten, zum Freuenabend am Montag...

Heute, Sonntag, 27. August.

31. Mt. (Kriegarten). Beschäftigung der Gartenarbeitsgemeinschaft am Badendplatz, Treffpunkt 9 1/2 Uhr.

Morgen, Montag, 28. August.

4. Mt. 7 1/2 Uhr Funktionärsführung bei Köpcke, Neue Friedrichstr. 10A.

Frauenveranstaltungen.

2. Kreis (Kriegarten). 7 1/2 Uhr „Arbeitskreise“, Fremder Str. 78. Thema: Die weltliche Schule.

Dienstag, 29. August.

78. Mt. (Kriegarten). 7 Uhr Turnplatz, Kottbuscherweg: Besprechung der Funktionäre und Funktionärinnen über: Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Frauenveranstaltung.

137. Mt. (Kriegarten). 7 1/2 Uhr im Lokal „Zum Lebensquell“, Schornweberstr. 37. Thema: „Karl Marx“. Ref.: Dr. Schütte.

Arbeiter Sport.

Auf dem „Fichtensportplatz“ in Baumgartenweg findet am heutigen Sonntag, nachm. 2 Uhr, ein Rennen des „Proletarischen Gesundheitsdienstes“...

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bereitigung der Freunde von Religion und Völkerverständigung. Die Eltern, die ihre Kinder nicht an der Jugendbewegung teilnehmen lassen, werden gebeten...

Verein der Kameraden von der Inf. 2. Bataillon. Heute, Sonntag, Generalsversammlung auf der Inf. Treffpunkt nachm. 3 Uhr vor dem Zeit der Genossen Koch.

Deutscher Arbeiter-Abwehrband, Ortsgruppe Berlin. Heute, Sonntag, Ausflug. Treffpunkt Bahnhof Scharnberg 8 Uhr morgens.

Religions- und Völkerverständigung. Freitag, 28. August, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums, Kottbuscherweg, 10 Uhr: Vorträge: Die Weltliche Schule.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Cunard Linie hat im letzten Jahr und im Vorjahr eine größere Anzahl neuer, auf den modernsten technischen und mit besten Besatzungen versehenen Dampfer fertiggestellt.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. - Jeder für den Briefkasten bestimmten Brief soll einen Buchstaben und eine Nummer enthalten. Briefe ohne Buchstaben und Nummer werden nicht abgeholt.

Torfstein.

Eine Verbilligung des Kleinhausbaues.

So trostlos unsere wirtschaftliche Lage im allgemeinen ist, so verzweifelt sind auch die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt im besondern. Stellen Reich, Staat und Gemeinden Milliardensummen wieder neu zur Verfügung, in der Absicht, damit einmal einen Ruck vorwärts zu tun im Kampf gegen die Wohnungsnot, dann werden diese neuen Milliarden wieder aufgefressen durch die inzwischen eingetretenen Verteuerungen auf dem Bauplatz. Und die Preise steigen weiter und weiter! Die Wohnungsnot wird jährlich größer. Das Bauprogramm muß aber immer kleiner werden!

In dieser hoffnungslosen Situation erweckt natürlich die Nachricht großes Interesse, daß eine neue Bauweise erfunden ist, welche geeignet sein soll, das Herstellen von Wohnungen nennenswert zu verbilligen. Eine Verbilligung des Häuserbaues kann nur dadurch erreicht werden, wenn zur Herstellung der Baustoffe weniger oder gar keine Kohle benötigt wird, wenn die Bauzeit erheblich verkürzt und das Bauwerk sozusagen von „jedermann“, also nicht ausschließlich von gelerntem Bauarbeitern ausgeführt werden kann. Diese Verbilligung darf natürlich nicht auf Kosten der Haltbarkeit und der guten Warmhaltung des Gebäudes gehen.

Der Architekt Georg Reinhold in Gelsenkirchen glaubt, nach jahrelangen Experimenten, eine neue Baumethode gefunden zu haben, die all die vorgenannten Bedingungen erfüllt. In Gelsenkirchen habe ich ein nach dieser Methode hergestelltes Häuschen gesehen. Torfstein heißt das neue Element. Um es gleich zu sagen: die Sache ist gut und muß offenbar billiger werden als die übliche Ziegelsteinbauweise.

Torf haben wir überall in Deutschland. Man braucht nicht einmal den guten, gestochenen, als Kohleerfah wertvollen Brennstoff, und soll ihn gar nicht nehmen! Gerade der Abraum von Torfsteinen ist geeignet; Torfstreu oder Torfmüll. Dieses Material vermengt Reinhold mit Schlackenland, Sackfall und etwas Zement, stellt mit einer gewissen Menge Wasser bei intensiver Durchschiebung eine Mörtelmischung her und stampft dieses Material in die Schalung. Die Stampfbauteile mittels Schalung ist in der Regel nicht billig, weil das Brettmaterial sehr teuer wird. Die gestampfte Torfsteinwand kann aber sofort ausgeschalt werden, die soeben hochgestampfte Wand „steht“, und die Schalung kann gleich wieder für die nächste Wand verwendet werden. Selbst andauernden Regen braucht die ausgeschaltete Stampfmaße nicht zu fürchten, wie z. B. die gestampfte Lehmwand, denn das Probehaus in Gelsenkirchen ist während des schönen Regensommers ausgeführt worden, und zwar, wie mir beteiligte Arbeiter erklärten und informierte Betriebsratsmitglieder benachbarter Zechen bestätigten, nur von ungelerten Arbeitern! In fünf Wochen war das Häuschen von 45 Quadratmetern bebauter Fläche wohnfertig. An gelerntem Bauarbeitern haben nur Tischler (Fenster und Türen) und Putzer daran mitgewirkt.

Die Torfsteinwände enthalten 66 Proz. Torfstreu und 34 Proz. Steinmasse. Notwendig ist die gute Durchschiebung des Stampfgutes, damit der Torf zellenartig von den harten Stoffen umgeben ist. Die Außenwände sind nur 10 Zentimeter stark gestampft. Sofort nach dem Ausschalen wird die Innenseite der Umfassungswand, noch weich, glattgestrichen, und es ist nur noch das Aufziehen des dünnen Feinputzes erforderlich. Der Außenputz wird nach Austrocknung der Mauer in üblicher Weise aufgebracht; er muß, wie das bei porösen Wänden immer selbstverständlich ist, unter Verwendung von etwas Zement oder hydraulischem Kalk, wasserundurchlässig hergestellt werden. Die gestampfte Wand ist rau und ein guter Putzträger.

Auch die Fußböden sind auf der gestampften Torfsteinmasse verlegt und die Dachsparrenfelder und die Deckenbalken mit der gleichen Masse ausgefüllt. Darüber dann Bitumitell oder eine ähnlich gute Dauerpappe. Auch alle inneren Wände haben die Bauleute in dem Material hergestellt.

Daß diese Umfassungswände mit den Torfsteinen sehr warm sind, darüber ist gar kein Zweifel. Nach den bekannten amtlichen Untersuchungen über den Wärmedurchgang bei Torfwänden darf einwand-

frei angenommen werden, daß die Reinhold'sche Wand, 10 Zentimeter, mit Putz etwa 13 Zentimeter stark, in bezug auf Wärmeleitung einer Ziegelwand von 40 bis 50 Zentimeter Stärke entspricht. Das Häuschen ist absolut standfest, und bei dauernder Pflege des Außenputzes prophezeie ich einem solchen Häuschen die gleiche Lebensdauer wie einem Ziegelhaus.

Reinhold erklärt, den Rohbau samt Putz um 40 Proz. gegenüber dem Ziegelbau billiger herzustellen zu können. Aber selbst wenn die Verbilligung nur 25 Proz. ausmachen sollte, was mir auch bei ungünstigen Fällen ziemlich sicher zu sein scheint, dann können dem Volkvermögen viele Millionen erspart bzw. Tausende von Wohnungen mehr gebaut werden.

Die Behörden könnten das neue Bauverfahren fördern durch Erleichterung des Torfstreubezuges. Paul Schlegel.

Aus der Partei.

Zur Einigungsfrage.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt gegen eine Korrespondenzmeldung: Bekannt ist, daß zwischen den beiden Parteien schon vor mehreren Wochen Besprechungen über die Einigung stattgefunden haben. Seit dieser Zeit haben die Parteivorstände keine offiziellen Besprechungen mehr abgehalten. Soweit Beschlüsse der Parteitage in Augsburg und Gera über die Einigung in Frage kommen, soll zwischen den beiden Zentralinstanzen erst noch verhandelt werden. Die Einigung kann also, so sehr wir sie wünschen, vorläufig noch nicht als sicher bevorstehendes Ergebnis der Parteitage bezeichnet werden.

17. Generalversammlung der Lederarbeiter.

Stuttgart, 24. August 1922.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Verbandstag mit dem dritten Punkt seiner Tagesordnung „Lohnbewegungen und Tarifvertragswesen“. Der Punkt 2 „Statutenberatung“ war noch zurückgestellt worden, bis die Vorlage der Kommission gedruckt vorliegt. Die Verhandlungen über die Taktik des Verbandes bei den Lohnbewegungen waren naturgemäß vertraulich. Für die Lederindustrie berichtete der Gauleiter Boos-Stuttgart sehr ausführlich, daran schloß sich ein gleichfalls umfangreiches Referat über das Tarifwesen in der Handschuhindustrie, welches durch Führer vom Zentralverband erstattet wurde. In der Debatte wurden alle Einzelheiten der Tarifverträge und der Lohnbewegungen eingehend durchgesprochen und zahlreiche Wünsche für die Zukunft geäußert.

Während für die Led-, Chrom- und Weißgerberei zum Teil örtliche Tarifverträge bestehen, befindet sich die Handschuhindustrie unter einem Reichstarifvertrag. Am Schluß der Aussprache über die erstgenannte Branche wurde beschlossen, daß die Zentralleitung das Recht haben soll, die Hauptträger der Tarifverträge, die Gaus, neu einzuteilen und eventuell für einen Gau auch einen zweiten Gauleiter anzustellen. Angenommen wurde ferner ein Antrag des Gauleiters Ebert, beim Abschluß von Tarifverträgen die Rechte aus den §§ 615 und 616 B.G.B. nicht ausschalten zu lassen. Ein weiterer Antrag Ebert zugunsten eines Reichstarifvertrages für die Lederindustrie wurde dagegen abgelehnt. Der Rest der Nachmittags Sitzung wurde ausgefüllt von der Aussprache über die Handschuhindustrie.

Filmschau.

Die Filme der Woche.

Im Rariorhaus geht in dieser Woche merkwürdig zu. Der vielgeleitete nordamerikanische Regisseur Cecil B. de Mille erobert das Land Monzegumad für die Spanier. Das macht er so opernhaft, so wunderbar schön großartig und sympathisch, daß er darüber unsere ganze Anerkennung verliert, die er in früheren Filmen ziemlich mühselos gewonnen hatte. Die Geschichte, wie Monzegumad Tochter aus lauter glühender Liebe zu dem im weiteren Verlauf der Begebenheiten höchst edlen spanischen Hauptmann Morado das Land ihres mexikanischen Vopas vertritt, ist von der sonst sehr routinierten Verfasserin Germaine Raderer son mit allen erdenklichen fischen Hilfsmitteln ausgestattet. In diesem mehr bunten als lebendigen Bilderbuch spielt Geraldine Farrar die „Kobesprinzessin“ mit halbtüchtiger Grinasse ohne Spur von Verinnerlichung. Im Vorprogramm läuft ein Faltz-Film. Der größte

Spahmacher, der uns allmählich schon ein ganz klein wenig auf die Kerben geht, spielt diesmal einen Litzbo.

Am U. Z. Rollendoesplatz erlöst „Der Ruf des Schicksals“. fünf Rufe nach Kurt Kröms Roman „Die Krone aus Amerika“, von Johannes Bränd, mit großem Filmgeschick und bestem Will für Bildwirkung zusammengestellt. Dr. Johannes Güter leitet laudert, Nimmungsblödsinnige Regie, ein neuer Star Kenia De Sni führt sich mit einem patentierten Exzessalachen als noch noch lange nicht fertig, aber einiges verblühende Schauspielerin ein, Rortner dabei als lauslicher Fähr in schäblicher Anmaltät. Da lenne Kurt Kröms Roman nicht, weiß nicht, ob er künstlerische Qualität hat, weiß nur, daß die Filmgeschichte von der Dollarsamerikanerin, die in Europa mit ihrer pleitegegangenen Familie abgerechnet und dann dem kostlichen Bildung ist, ein sehr guter Unterhaltungskunst wurde. Fürs Geschäft ist das viel, für den Erfolg, den Brandt und Güter haben, führt zu wenig — Man sieht überdies ein über schickes Seitenprogramm: „Einmal und nie wieder“ mit Kurt Veiper mann, der diesmal so tut, als ob er sonstig wäre. p-s.

Die Schauburg, die man während des (sogenannten) Hochsommers geschlossen hielt, um sie innerlich auszuräumen und ihr ein sehr geschmackvolles Gewand anzuziehen, wartet mit einem abwechselungsreichen Programm auf. „Der Graf von Monte Cristo“, der Alexander Dumas' weltbekanntesten Roman zur Grundlage hat, gelangte in seinem ersten Teil zur Uraufführung. Der Film zerfällt in 5 Kapitel mit 25 Akten, doch überkommt einem diesmal kein Grauen, wie das sonst üblich ist, wenn ein solcher Filmabendprogramm angefüllt wird. Der Abend war nämlich ein guter, denn im ersten Teil: „Das Geheimnis eines Strahlings“, hat man alles mit sehr großem Geschick dem Filmgeschehen dienstbar gemacht. Alles ist, von etlichen unklaren Innenaufnahmen abgesehen, auf beste herangebracht, mag es sich nun um das Leben und Treiben an Bord des „Baron“, um Napoleons Umplang in Paris oder um düstere Kerker- Szenen handeln. Wirkungsvolle Momente bietet die langwierige Verurteilung der verurteilten Gefangenen, und bildlich wird es glaubhaft dargestellt, wie es Dumas, der an Stelle des verstorbenen Abbé in Leinwand gekleidet, sich im Meer verhaften läßt, gelangt, sich unter Wasser zu betreten. Die Bühnenschauspielerin „Das Geheimnis um Mitternacht“ hält das, was der Titel verspricht. Rik Bellas und Partner ernteten mit ihrem komischen musikalischen Darbietungen verdienten Beifall. e. h.

„Die Sage eines Sommers“ sollte zum ersten Male im U. Z. am Kurfürstendamm. Im Leben richtet die Liebe schon allerlei Unheil an, im Film natürlich noch erheblich mehr. Hier kommt ein Nord, ein Selbstmord und ein unglücklich Verdrängter auf ihr Konto. Obwohl das Publikum Mitleid mit dem Nord hat, behält der Film doch, freilich nur insoweit erhebt sich Unklarheiten, bis zum letzten Akt Spannung. Der Regisseur, Erik Lund, verstand es, aus dem Stoff etwas zu machen. Die Nebenrollen sind von großer Schönheit und können getrost alle guten Landschaftsaufnahmen zum Wettbewerb herausfordern. Bruno Barkner spielt die Paraderolle, Ulfh Ellest ist außerordentlich sympathisch als Kaffee- und Olga Engl bietet als Geheimrätin Remus eine fein beobachtete Tante.

„Die Wänerfalle“ hat Blois Lena in der Hauptrolle. Man verbannt der interessantesten Schauspielerei bezüglich demgemäß Augenblicke.

„Deutsch bringt Silber aus der Umgebung Salzburgs“. Gute Naturaufnahmen scheinen jetzt die Erwähnung von der sich sonst häufig national-böhmisch gebärdenden Meister-Woche zu bringen. e. h.

„Das Wunder des Schneehubs“ wird, während der erste Teil einen Natur- und Sportfilm darstellt, in seinem zweiten Teil, den jetzt das Filmhaus Sage S. G. herausbringt, wunderbare Natur- und Sportaufnahmen im Rahmen einer spannenden Handlung bringen.

Alle Welt raucht

LANDE
ZIGARETTEN

Bei Kopfschmerz
Cyproanille
Erhältlich in Apotheken
Chem.-Pharm. Laborat.
Otto & Co.,
Frankfurt a. M. 3.

Kaufe Deinen Trauring

direkt in der Fabrik

H. SCHNEIDER & SOHN

Brunnenstraße 41

10 000 Mk.

Erfinder

Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71.
Ein Ladengeschäft.

Leiterwagen
u. alle ander. Transport-
geräte liefert
billig.
Großer Vorrat.
Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71.
Ein Ladengeschäft.

Innenbehrlich
im Haushalt ist
Dr. Thompson's
Seifenpulver
Marke Schwan
Es eignet sich nicht nur zum Waschen sondern auch zum Putzen, Schenern u. Abseifen
Überall erhältlich

Gold Silber Platin Brillanten
Blauer Laden
Beusselstr. 58

So lange Vorrat!
Am. Op. Pelle v. 250 an
Am. Op. Schal v. 1800 an
Ausr. Op. Schal v. 2000 an
Kruzz-, Alaska-, Zobel-, Silber-Fuchs
Pelzwarenhaus
A. Klass & Co.
Rosenhauer Str. 40-41
a. Hackescher Markt

Möbel
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
G. Camnitzer
Schönb. Allee 82,
Ecke Wichertstr.
Hochb. Nordr.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung!

Gegründet 1894.
Kein Laden
Herabgesetzte Preise
Damen-Mäntel
für Sommer u. Herbst
Homespan 950
Tuch 850
Selden 950
Kostüme 1850 1950 480 350
Strickjacken 1500 1250 750
Lodenmäntel 1200 850
Neue Winter-Konfektion
jetzt noch zu sehr billigen Preisen
Winter-Über-, Astrachan-Krimmer Katzen-Jacken, Affenhaute, Spezialität: Extra-Woll- und Längen Damen Mäntel.
M. Mosczytz, Landsberger Str. 59
1. Truppe, Berlin E.
Sonnabends und Sonntag geschlossen.

Kleide dich billig, elegant
Nur bei
Garderober-Franck
Neukölln,
Söhlische Str. 47
1. Minute vom Reichplatz

BERLITZ SCHOOLS
Leipziger Str. 123a
Ecke Wilhelmstr.
Tourenstr. 19a
FREMDE SPRACHEN
Einzel-Unterricht
Zirk. monatl. 200 M.

Schreibmaschine
all bekannt, System
deutsch und russisch
auch für Export
Reise- u. Rechenmach.
Ges.-Vertr. d. Stauer
SchNier & Clauss
Berlin, Leipziger Straße 18,
Telefon 5211 u. 9781

8 Zeitungskioske
in Neukölln zu gewerblichen Zwecken
ab 1. Oktober d. J. zu vermieten. Angebote sind zu richten an das Bezirksamt Neukölln, Bauverwaltung, Rathaus.
Insensiere im Vorwärts

Potsdamer Str. 118
Verlust beim Verkauf von Juwelen
Wir brechen jeden Rekord!
hatten fast alle unsere Kunden, die nicht unseren Rat und unsere Taxen gehört haben. — Wir taxieren Ihnen kostenlos und kaufen zum höchsten Dollarkurs
Brillanten bis 350 000 Mark pro Karat
alte Familienschmuckstücke, insbesondere sehr große Objekte, Perlen, Smaragde, Perlschnüre, kleine Brillantringe, überhaupt jeden Schmuck, goldene Uhren, Ketten, Ringe, Fatin-, Gold- und Silbergegenstände, Münzsammlungen. Wir zahlen jedem Kunden nachweislich bis 30 Proz. mehr, als er irgendwo erzielen konnte, da wir als eine höchstzahlende Firma in Groß-Berlin bekannt sind. Goldene Herren-Uhren bis 70000 Mark und höher. Sofortige Barzahlung jeder Summe ohne Luxussteuer-Abzug. Diskrete Einzelbedienung in unseren modernen Räumen.
Berliner Juwelen-Verwertungsstelle
Laden: Potsdamer Straße 118 dicht neben der Lützowstraße
Geöffnet von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr
Filiale Lützowstraße 92
Devise: Saum cuique (Jedem das Seine)

Tafeln Shag
Vorzüglicher Rauchtobak.
PATENTE Zahn-Atelier für modernen Zahnersatz
Dr. Bogdahn, Zahn- u. Trenn-Verein leit. Sprechstunden 9-1. 8-6, Sonnt. 10-12
Kottbuser Damm 70/71. Tel: Mpl. 7827

Geschlechtskranke
Syphilis, Männerschwäche, Frauenleiden, Hartnäckige veraltete Anfälle finden schnelle Hilfe ohne Berufsstörung durch
Phorosanos
neues deutsches Reichspatent
Tausende, auch die schwersten Fälle, die anderweitig jahrelang ohne Erfolg behandelt waren, wurden d. Phorosanos kurzfristig geheilt. Täglich viele Dank-schreiben u. Dankschreiben. Untersuchung und Aus-kürung kostenlos. Teilzahlung. Gewissenhafte ärztliche Leistung. Phorosanos Heilanstalten Potsdamer Str. 109, nahe Steglitzer Str., Brunnenstr. 191, nahe Rosenhauer Platz. — Getrennt für Herren und Damen. — Sprechst. 10 bis 7 Uhr tagl., Sonntags 10-12

Gold Silber- & Brillanten Platin, alle Münzen Uhren, Zahngelbisse
Hodam
Linkstraße 46
Ecke Potsdamer Str. und Potsdamer Platz.

Ehrlich bedient werden Sie
in der bekannten Goldankaufsstelle von
Richard Herrmann, Wilhelmstr. 39, nahe Potsdamer Pl.
für **Gold- Platin-, Silbersachen, sowie Brillanten, alte Münzen, Zahngelbisse, Uhren, Ringe, Ketten usw.**
zahle ich unbedingt die realisten und höchsten Tagespreise. Der weiteste Weg zu mir lohnt sich sehr.
Bei Ankauf Fahrgeldvergütung

Die Internationale klärt die Völker auf.

Ihre Vertreter informieren sich in Deutschland.

Der Reichskanzler empfing gestern, Sonnabend, mittags Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien, um sie über die Verhandlungen der Regierung mit der Reparationskommission und die Pläne des Kabinetts gegen den Wucher usw. zu unterrichten. Auch der inzwischen beigelegte Konflikt mit der bayerischen Regierung wurde erörtert. Im großen und ganzen erklärten sich die Vertreter der beiden Parteien mit der von der Reichsregierung in letzter Zeit verfolgten Politik einverstanden.

Durch Vermittlung des Genossen Wels wurden am Nachmittag die in Berlin weilenden Genossen Jouhaux, Paris und Jimmen-Amsterdam vom Internationalen Gewerkschaftsbund und Tom Shaw-London von der II. Internationale vom Kanzler empfangen. Sowohl die Vertreter der Gewerkschaftsinternationale als auch Tom Shaw beabsichtigten bei den deutschen Gewerkschaften und amtlichen Stellen die Sammlung von statistischem Material zur Einleitung einer umfangreichen Propaganda im Ausland über die wirkliche Lage Deutschlands. Vor allem soll dieses Material auch zur Widerlegung der fortgesetzten falschen französischen Behauptungen dienen.

Die Besprechung mit dem Reichskanzler leistete den ausländischen Arbeiterführern für die von ihnen übernommene Aufgabe gute Dienste. Dr. Birth schilderte ausführlich die deutschen Wirtschaftsverhältnisse und die Lage der deutschen Arbeiterschaft. Er verwies insbesondere darauf, daß der Niedergang Deutschlands nicht nur schwere innerpolitische Gefahren für unser Land und seine freiheitliche Entwicklung in sich birgt, sondern katastrophale Rückwirkungen auch auf das Ausland mit sich führe. Deutschland könne die von Frankreich geforderten „produktiven Pfänder“ nach den von ihm bereits erledigten Verpflichtungen und der Gesamtlage des Reiches nicht geben. Der Reichskanzler erwiderte auf die Frage nach der Festigkeit der Republik, daß nur ein Zusammenbruch unserer Wirtschaft den Bestand der Republik gefährden könnte, die sonst gesichert sei.

Wie von den Gewerkschaften erhielten unsere ausländischen Genossen auch von dem Reichskanzler umfangreiches statistisches Material, dessen weitestgehendste Ausnutzung sie ausdrücklich zusagten.

Frankreichs Hilfe für Deutschösterreich.

Paris, 26. August. (TL.) Nach dem „Echo de Paris“ hat die französische Regierung verlangt, daß der Bericht des Völkerbundes über die Unterstützungsfaktion für Deutschösterreich noch vor dem 1. September den interessierten Regierungen mitgeteilt werde. Die französische Regierung wünscht lebhaft, daß vor dem 15. September (den Selpe) eine Lösung zustande kommt. Sie ist der Ansicht, daß bevor eine Finanzreform durchgeführt werden könne, eine Verwaltungsreform zu erfolgen habe. Vor allem sollte eine internationale Polizeigewalt eingesetzt werden, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, da die (sozialistische Red.) Bundeswehrmacht nicht genug diszipliniert sei. . . .

Münchener Lerchenfeld-Hezse.

München, 26. August. (Eigener Drahtbericht.) Während die Regierung Lerchenfeld den gestrigen Demonstrationstag als einen wesentlichen Erfolg buchen kann, der die staatliche Autorität und den Zusammenhalt der energisch eingreifenden Polizeitruppe merklich befestigt, wächst die Opposition der Straße und des rechten Flügels der Oppositionsparteien gegen die Regierung Lerchenfeld auf. Es ist nicht abzusehen, wie sich die Dinge weiter entwickeln sollen bei der Gegnerschaft der Regierungsparteien gegen ihr eigenes Kabinett und bei der nunmehr mit aller Schroffheit eingenommenen Kampfstellung der Regierung gegen die Straße gegen den Staat und seine Organe.

Der Flaschenkurs. Der Dollar, augenblicklich Delpot in Mitteleuropa, hat in Berlin einen Konkurrenten. Eine unansehnliche, unehrbürige, in das Familienbuch der Baluta nicht eingetragene Schwester. Sie heißt die Flasche, und wie der große Bruder (plast und zucht, hat sie ihm getreulich abgequodt. Diese Flasche ist sozusagen der Dollar des kleinen Mannes. Soweit das Berliner Auge reicht und sein Horizont ist gegenwärtig nicht sehr weit, er ist im Schaufenster mit Preisausschriften besetzt, steht es Anbahnungen: „Kaufe leere Flaschen zu höchsten Tagespreisen“. Die Flasche ist Spekulationsobjekt geworden. Ihr Wert steigt von Tag zu Tag. Die leere Pulle geht mit dem Dollar, sie geht mit der Politik. Ganz egal, mit welchem Geist sie einmal gefüllt war, wenn sie leer ist, wird sie Gegenstand von Haufe und Baufe. Der Kauf ist, hält Flaschen an, um sie, wenn der Flaschenkurs ansteigt, auf den Markt zu werfen, was bei einer Flasche allerdings bedeuten muß. Wenn Kapital und Atem fehlt, um in Dollars zu hauffieren, der tut's in leeren Weinflaschen. Hausfrauen sind von dem Flaschenfieber ebenso ergriffen, wie Feinkostbesitzer, Wirte und Altändler. Man kann ein kleines Vermögen in allen Flaschen verdienen und verlieren, und wer Bach hat, wird sich dabei den Flaschenhals brechen. Wo die Kurve von allen Flaschen „gesprochen“ werden, weiß niemand; so um die Mittagzeit sind sie eben da, und einer sagt's dem andere, wie heute alle Flaschen stehen. Der Kurs läuft nur langsam durch Groß-Berlin, gleichsam mit der Flaschenpost, aber schließlich erfährt doch jeder, wie die Flasche Geld oder Brief nallert. Und morgen wissen es schon andere Städte: Rotweinflasche Devise 18 M. Daß das scheinbar Wertlose, der Abwurf des täglichen Gebrauchs, zum Wertobjekt aufsteigt, daß es sogar Gegenstand der Spekulation wurde, ist ein Zeichen der Zeit. Im Zirkus der Dollarkisten spielen die Flaschenpekulanten die Clowns.

Dem Berliner Aquarium ist von Herrn Weinberg eine prächtige Krustentiere aus Nordamerika mitgebracht und zum Geschenk gemacht worden. Dieses als giftig angelegene Kriechtier lebt nur in Süd-Arizona und Neu-Mexiko, ernährt sich wohl hauptsächlich von Wern und hat die Eigenart, sein Fett im Schwanz anzulagern. Seine Schuppenhaut sieht aus, als sei sie aus ziegelroten und schwarzen Perlen geschid. Der ionderbare Fremdling ist in dem kleinen Behälter Nr. 9 an der Protobühne untergebracht. — Im Zoologischen Garten findet am Sonntag von 4 Uhr nachmittags ab großes Doppelfonzert unter Leitung der Obermusikmeister Knoch und Boeler statt. In der Woche täglich großes Nachmittagskonzert von 5 Uhr ab.

Tod Philharmonische Orchester gibt in der kommenden Woche folgende Jubiläumskonzerte: Orphenum Sonntag, Brauerei Friedrichshain Dienstag, Brauerei Königstadt Donnerstag, Konzertsaal bei St. Bernheim, Leipziger Straße, in der Gewerkschaftskommission, im Zigarrengeschäft von Gorch und in den Konzertsälen.

Im Wallner-Theater beginnt am 31. August die neue Winterpielzeit unter der Direktion Heinz Saltzberg und Maximilian Hädel. Als erstes Stück wird der lustige Schmaus „Der deutsche Lehmann“ von Franz Arnold und Ernst Bach mit Guido Tschickler gegeben.

Im Oberanoverversand Berlin, Bellevuestr. 15, spricht Dienstag 8 Uhr Gabriel Hädel, der Generalsekretär des „Contra Esperanto-Ofisejo“ in Paris, über die Ergebnisse des Weltkongresses in Göttingen und über die Ausbreitung des Esperanto. Die Teilnahme ist unentgeltlich.

Die Bayerische Volkspartei eröffnet in ihrer partei-offiziellen Korrespondenz einen neuen Feldzug gegen die Reichsregierung, indem sie schreibt:

Wenn die Reichsregierung beabsichtigt, die Berliner Vereinbarungen in dem Geiste durchzuführen, in dem die Veröffentlichung vom 24. August gehalten ist, so wird der eben beendigte Kampf naturgemäß bald wieder ausbrechen. In dem Augenblick, wo es sich zeigen sollte, daß die Reichsregierung mit illegalen Mitteln ihre Zusicherungen an Bayern umgehen wollte, bliebe Bayern nichts übrig, als seine Lebensinteressen wieder mit eigenen Mitteln zu wahren.

Die Bayerische Volkspartei steht also in Opposition. Die linke bürgerliche Presse, darunter die „Neuesten Nachrichten“, stehen in schroffer Opposition zur Außenpolitik des Reiches und die Presse der Rechtsparteien wütet gegen die äußere und innere Politik Bayerns und des Reiches; davon profitiert der nationalsozialistische Straßenpöbel. Er wächelt in den letzten Tagen durch eine beispiellose Demagogie zu einem gefährlichen Faktor der bayerischen Politik heran. Die Vorstände des Ordnungsbundes drohen dem Innenminister: „Danken Sie Gott, daß Sie es gestern mit einer Bevölkerungsschicht zu tun hatten, welche Zucht und Ordnung noch kennt.“

Die Augsburger Abendzeitung spricht von der „tiefen Empörung“ der staatsverhaltenden Elemente des Bürgertums. Der Aufruf der Vaterländischen Verbände aber droht in düren Worten mit dem Sturz der Regierung. Es heißt dort:

Deutsch! Bayern! Man hat Angst und glaubt an lächerliche Putschgerüchte. Gewiß wade in verschiedene Ministerfesseln und man greift zum letzten Mittel: jeder wacklernde Regierung: zur brutalen Unterdrückung. Ein Schrei der Entrüstung muß solche Männer hinwegjagen: Was von Berlin! Bayern voran im Reich! Mit neuen Männern, denen die große Zukunft des deutschen Volkes über den Gehorham gegenüber den Berliner Gewalttaten geht.

Ein bezeichnendes Bild aus dem rechtsbolschewistischen Volkstag in München geben die Berichte aus der von den Nationalsozialisten eingenommenen „Kampfstellung“ im Münchener Lindl-Keller gestern abend. Der Hauptzweck dieser Organisation füllte die Zeit während des „Kriegsraus“ der Parteileitung mit Beschimpfungen des Ministerpräsidenten aus. Wir sind nun schon so weit, daß diese Demagogie ungestraft die Frau des höchsten Beamten im Staat öffentlich eine Hure und eine gelaunte Jüdin nennen dürfen! Der Ministerpräsident könnte nicht einmal seine Frau regieren, geschweige denn das Land. Die Nationalsozialisten hatten Zugang von 1500 Oberländern erhalten, die offenbar zum Putsch nach München geladen waren. Diese wackeren Bayern vergnügten ihre antisemitischen Gefinnungsfreunde aus dem Norden mit Schupplattchen und Messertanz. Auch die frühere „Einwohnerwehr“ hatte gestern große Bereitschaft, sie betrieb einen regen Potrouillendienst. Die Nachricht von der Ankunft der Oberländer wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. Zu einer Schierelei und Messertocherei kam es bei der Abreise der Oberländer am Offiziershof. Demonstrationssparole war: „Hoch Rahr! Rieder mit Verchenfeld!“

Trotz alledem ist diesmal die rechtsbolschewistische Aktion ins Wasser gefallen. Die fünfzig Automobile, welche die Flugblattpropaganda betrieben, waren umsonst ergangert, das Bier umsonst gekostet und das Kampfgeschrei umsonst erhoben. Es wäre nur zu wünschen, daß die Regierung den Ernst der Lage erkannt hat und eine Wiederholung derartiger Stände, die bereits von den Nationalsozialisten angezündet ist, so rücksichtslos unterdrückt, wie es derartigen Rohheitsausbrüchen gebührt. Im übrigen erheben selbst bürgerliche Blätter jetzt wohnerd ihre Stimme und die deutsch-nationalen „Münchener Zeitung“ verweigert den Abdruck des Aufrufs der Nationalen Verbände. So beginnt der Katholikentag in München morgen unter recht merkwürdigen Auspizien. Wie ein Hahn kündigt der Begrüßungsartikel der „Münchener Zeitung“ aus: „Ueber allem steht die Liebe.“

Schutz der Republik in Sachsen.

Dresden, 26. August. (WPl.) Dem sächsischen Landtag ist heute ein Gesetzentwurf über die Pflichten der Beamten vorgelegt, der zur Festlegung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform dienen und deshalb möglichst schnell verabschiedet werden soll. Der Gesetzentwurf begründet zunächst die Pflicht der Beamten zur Einstellung auf die Republik in enger Anlehnung an das entsprechende Reichsgesetz. Der Beamte muß in seiner amtlichen Tätigkeit für die verfassungsmäßige republikanische Staatsform eintreten und allgemein alles unterlassen, was mit seiner Stellung als Beamter der Republik nicht zu vereinigen ist. Darüber hinaus bringt der Gesetzentwurf eine vollkommene Neugestaltung sämtlicher Disziplinargerichte, die erheblich über die Vorbilder des Reiches und Breuhens hinausgeht. Die Befugung der Disziplinargerichte ausschließlich mit Berufsrichtern wird ebenso beseitigt, wie das Uebergewicht der richterlichen Mitglieder. Den Disziplinargerichten braucht künftig überhaupt kein Berufsrichter anzugehören. Für die Spruchkammer genügt ein Mitglied mit Fähigkeit zum Richteramt und für den Spruchhof, die Berufungsinstanz, zwei solcher Mitglieder. Die Amtsdauer aller bisherigen Disziplinargerichte endet am 30. September. Endlich bringt das Gesetz eine außerordentlich weitgehende Erstreckung des Begriffs der politischen Beamten, die jederzeit durch das vorgesehene Ministerium einstweilen in den Ruhestand versetzt werden können. Zu diesen politischen Beamten sollen gehören die Ministerialdirektoren, die Ministerialräte, die Kreishauptleute und ihre Stellvertreter, die Amtshauptleute, der Präsident und Vizepräsident des Staatsrechnungshofes, der Präsident des Statistischen Landesamtes, der Präsident der Brandversicherungskammer, der Leiter des Landeswohnungsamtes, der Leiter des Personalamtes beim Ministerium des Innern, der Vorstand des Landesamtes für Kriegerversorgung, die Bezirksführer, die Oberstudiendirektoren, die Oberstudienratsdirektoren, der Generalkonsulatsanwalt und sein Stellvertreter, die Staatsanwälte sowie alle planmäßigen Beamten der Staatskanzlei, der Ministerien, der auswärtigen Vertretungen, des Landgenossenschafts, der Kriminalpolizei, der Landespolizei und der Polizeiamter, soweit diese Beamten mindestens der Besoldungsgruppe XII angehören.

Um dieses Gesetz nach zu verabschieden, werden Regierung und sozialistische Parteien das Bestreben auf sofortige Auflösung des Landtages aufs nachdrücklichste bekämpfen.

Peßfälle in Paris?

Paris, 26. August. (EP.) In einer Vorstadt von Paris wurden drei Peßfälle festgestellt. Es sind strenge Peßfallmaßnahmen getroffen worden.

Die Erkrankungen ereigneten sich in St. Ouen, wo viele arme Teufel wohnen, die den Müll nach verwertbaren Dingen durchsuchen.

Juderzwangswirtschaft in Danzig. Der Danziger Volkstag hat ein neues Juder-Kotzgesetz angenommen. Nach diesem werden die Juderkoräte im freiköcize Danzig sofort beschlagnahmt und 40 000 Zentner für die Bedienung des Kreisstaats zurückgestellt. Die Ausfuhr von Juder ist verboten. Die Abgabe des Juders erfolgt auf die Brotarten wöchentlich 2 Pfund.

Wirtschaft

Die Hamburger Uebersee-Woche.

Aus Hamburg wird dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst geschrieben:

Die Hamburger Uebersee-Woche hat vom 17. bis 27. August das erste Mal stattgefunden und mit einem gewissen Erfolg geendet. Geboren aus der Scheinblüte der deutschen Wirtschaft, hatte sie ihren eigentlichen Ursprung in dem Wunsch der führenden Wirtschaftskreise in Hamburg, der Ausfuhr von deutschen Handels- und deutscher Industrie, den Messen von Frankfurt und Leipzig etwas Entsprechendes gegenüberzustellen. Der Name „Uebersee-Woche“ erklärt sich von selbst. Das äußere Kennzeichen ihrer ersten Veranstaltung war die überwiegende Teilnahme der Presse, die dazu berufen sein sollte, den Gedanken der Uebersee-Woche in der Welt bekannt zu machen. Was die deutsche und neutrale Auslandspresse anbelangt, konnte die Absicht verwirklicht werden. Um so mehr wurde bedauert, daß die Entente, auch England, fehlte.

Die Veranstaltungen der Uebersee-Woche waren so zahlreich, daß man scherzhaft von einer „Unübersee“-Woche sprach. Hier war des Guten zweifellos zuviel getan, mancher Ausländer war nicht in der Lage, die Spreu vom Weizen zu sondern. Eine gewisse Konzentration wird im nächsten Jahre not tun. Nehmliches gilt von der Vortragsreihe über Probleme der internationalen Wirtschaftspolitik, die man etwas übertrieben „Internationalen Weltwirtschaftskongress“ genannt hatte. Bei dem Mangel jeder Diskussionsmöglichkeit und dem Fehlen geeigneter Referate etwa von sozialistischer Seite (kennt man in Hamburg Namen wie Professor Lederer, Hilferding, Baentia und andere nicht?), war auch die sachliche Begründung für diesen Titel nicht gegeben. Trotzdem hörte man des Interessanten genug. Ein amerikanischer Professor Coor machte Eindruck, obgleich er jenseits des Ozeans wenig bekannt sein sollte. Professor Harms-Riel forderte in sehr einseitiger Stellungnahme u. a. auch gegen den Achtstundentag zum Widerspruch heraus, und Professor Mendelssohn-Bartholdy wußte kluge Worte über den staatsrechtlichen Wiederaufbau Deutschlands angesichts des Vertrags von Versailles zu sagen. Schließlich sprach Genosse Wissel unter starkem Eindruck auch bei der Gegenüberstellung der Weltwirtschaft und internationalen Arbeiterbewegung. Als Paradestück wurde schließlich noch ein in englischer Sprache gehalten Vortrag Prof. J. M. Keynes gehalten.

Erfreulich war, was man von dem Wiederaufbau der deutschen Schifffahrt im Rahmen der Uebersee-Woche zu sehen bekam. Hier hat die Hamburg-Amerika-Linie verdienstliche Arbeit geleistet, die voller Bewunderung auch von dem vertretenen Ausland gewürdigt wurde. Auch nur einen Teil der Ausstellungen und Veranstaltungen, die hierzu im Rahmen der Uebersee-Woche stattfanden, an dieser Stelle zu berücksichtigen, würde zu weit führen. Das Gebotene gab ein umfassendes Bild von der wirtschaftlichen Wiedergeburt Deutschlands. Der große Anteil, den die Arbeiterschaft daran hat, kam ebenfalls zu deutlichem Ausdruck.

Der Ortsausschuß des ADGB hatte vorbildliche Arbeit mit seiner Ausstellung geleistet, die das besondere Interesse der zahlreichen Fremden fand. Genosse P. Grassmann vom Bundesvorstand hielt eine Reihe öffentlicher Vorträge, in denen er tief in die wirtschaftliche Not der Arbeiterschaft hineinschautete und die Forderung vertrat, die wir gegenüber der Reparationspolitik Frankreichs und gegenüber der verhängnisvollen Leuerung zu erheben haben. Das äußerlich eindrucksvollste Moment jedoch der Woche war der Besuch des Reichspräsidenten, der sich zu einer einzigen republikanischer Kundgebung gestellte und von der Arbeiterschaft begeistert gefeiert wurde.

Ob die hamburgische Uebersee-Woche sich durchziehen wird, müssen die kommenden Jahre lehren. Das wird in erster Linie eine Frage unserer wirtschaftlichen Gesamtlage sein. Lebensfalls war die vergangene Woche ein Ansporn zu erster Arbeit am Wohl des Ganzen.

Gegen den Ausverkauf des Rheinlandes. Auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz wurde kürzlich in Köln eine Sitzung abgehalten, an der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, Handwerkskammer, Gewerkschaften aller Richtungen und die Vertreter aller Geschäfts- und Industriezweige teilnahmen, um über Mittel und Wege zu beraten, wie dem Ausverkauf der Rheinprovinz durch die Ausländer zu begegnen ist. Die bei dieser Gelegenheit vom Oberpräsidenten vorgelegene erhebliche Einschränkung des Verkehrs an Ausländer für die Dauer eines Monats im besetzten Rheinland ist nunmehr von der Interalliierten Rheinlandkommission genehmigt worden. Eine entsprechende Verordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz wird demnächst veröffentlicht werden.

Prinzipale Bauklauigkeit in Sowjetrußland. Die Sowjetregierung hat ein Gesetz erlassen, welches die Organe der Kommunalverwaltung ermächtigt, Grundstücke an Genossenschaften und Privatpersonen zur Bebauung zu verpachten. Die Pachtverträge können für Fristen bis zu 20 Jahren für Holz- und bis zu 49 Jahren für Steinbauten abgeschlossen werden. Der Pachtpreis muß in Goldrubeln festgelegt werden. Der Pächter erhält auf die zu errichtenden Bauten und das Grundstück ein als „Baubauungsrecht“ bezeichnetes Anrecht, welches weiterveräußert werden kann. Neubauten für Wohnzwecke genießen für drei Jahre Steuerfreiheit.

Unterrichte Dich,

kümmere Dich um die Lage Deiner Klassengenossen, um die wirtschaftliche Zukunft Deines Landes, dann kümmerst Du Dich um Dich selbst. Du allein bist ein Tropfen im Meer, luche Dir Befinnungsgenossen, lies ein Blatt, das Deine Interessen vertritt.

Lies den „Vorwärts“!

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Post und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Erit nst. — Tr. links — rechts

bei _____

